

**TIROLER
WIRTSCHAFTS- UND
ARBEITSMARKTBERICHT
2011**

Innsbruck, im Mai 2011

Vorlage an den Tiroler Landtag

gemäß EntschlieÙung vom 4. Juli 2001

**Abteilung Wirtschaft und Arbeit
AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG**

Impressum:

Herausgeber und Medieninhaber: Amt der Tiroler Landesregierung, 6020 Innsbruck

Für den Inhalt verantwortlich: Abteilung Wirtschaft und Arbeit

Internet: <http://www.tirol.gv.at>

Druck: Eigendruck

Vorwort



Der Tiroler Wirtschafts- und Arbeitsmarktbericht 2011 zeigt für Tirol Erfreuliches. Die Wirtschaftslage hat sich in Tirol 2010 stabilisiert und ist wieder auf einen Wachstumskurs geschwenkt. Der Aufwärtstrend dürfte nach den jüngsten Prognosen auch anhalten. Im Tourismus sind manche pessimistische Prophezeiungen nicht eingetreten. Die Nächtigungszahlen haben in den letzten Saisonen das überaus hohe Niveau weitgehend halten können.

Besonders erfreut bin ich über die positiven Entwicklungen und Signale vom Tiroler Arbeitsmarkt. Die Zahl der Beschäftigten ist bereits 2010 wieder um knapp 6.000 Menschen angewachsen und die aktuell verfügbaren Arbeitsmarktdaten zeigen ein Anhalten des Trends. Die Zahl der arbeitslosen Menschen in Tirol geht wieder zurück, am prozentuell stärksten dabei die Zahl der arbeitslosen jungen Leute unter 19 Jahren mit -12% und der 20 bis 24-jährigen mit -8,6%. Das beweist, dass es in Tirol besonders gut gelingt, junge Menschen in Beschäftigung zu bringen und damit persönliche Zukunftschancen zu sichern.

Es ist mir erlaubt, an dieser Stelle nicht ganz ohne Stolz zu erwähnen, dass Tirol zu den Top-Regionen in Europa mit den niedrigsten Jugendarbeitslosenquoten zählt.

Die bewährten Maßnahmen des Landes Tirol zur Bekämpfung der krisenbedingten Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt sowie die laufenden arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten sind im Wirtschafts- und Arbeitsmarktbericht ausführlich dargestellt. Die amg-tirol als operative Einrichtung der Träger der Tiroler Arbeitsmarktpolitik hat sich mittlerweile als Koordinations- und Anlaufstelle bestens etabliert. Mit diesen Instrumenten ist dem Land Tirol eine auf die spezielle Situation der Tiroler Bevölkerung abgestimmte aktive Arbeitsmarktpolitik möglich.

Der Tourismus zeigt sich für unser Land als besonders stabilisierender Faktor. In den letzten Jahren pendelte sich die Zahl der Nächtigungen bei knapp 43 Millionen ein, was mehr als ein Drittel der Nächtigungen für Gesamtösterreich ausmacht. Der Anteil des Tourismus am Tiroler Bruttoinlandsprodukt wird laut einer Studie des MCI auf rund 16% geschätzt, wobei dieser Wert in den Tourismuszentren naturgemäß noch weit höher ist.

Ihr

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Günther Platter'.

Günther Platter
Landeshauptmann

Vorwort



Die aktuellsten Konjunkturdaten und –prognosen zeigen für die Tiroler Wirtschaft wieder eine deutliche Aufwärtsentwicklung. Ein Wachstum der Bruttowertschöpfung für Tirol von 3% und sogar mehr scheint für das Jahr 2011 in Reichweite zu sein. Damit dürften wir aus derzeitiger Sicht ein höheres Wachstum als die Gesamtwirtschaft Österreichs erreichen.

Die positive Grundstimmung der Tiroler Unternehmer und Unternehmerinnen wird von den laufenden Konjunkturumfragen bestätigt, auch wenn natürlich noch immer unkalkulierbare Unsicherheiten, wie die künftige Entwicklung der Staatsschulden verschiedenerer EU-Länder oder die Unberechenbarkeit der Entwicklung der Preise für Rohstoffe die Konjunktur negativ beein-

flussen können.

Getragen wird der Aufschwung in besonderem Maße von der exportorientierten Wirtschaft. Im Jahr 2010 hat Tirol nach ersten Schätzungen mit einem Exportvolumen von über 10 Milliarden Euro das Niveau vor der Krise erreicht. Diese Stärke unserer Wirtschaft verbunden mit der breit gefächerten Wirtschaftsstruktur Tirols hat uns bei der Überwindung der Wirtschaftskrise sehr geholfen.

Das Land Tirol hat in den letzten Jahren besonders umfangreiche Anstrengungen unternommen, um die Auswirkungen der Krise möglichst gering zu halten, wie bereits in den letzten beiden Wirtschafts- und Arbeitsmarktberichten ausführlich berichtet wurde. Die Konjunktur- und arbeitsmarktbelebenden Maßnahmen haben mitgeholfen, eine hohe Beschäftigungsquote im Land zu erhalten.

Ein zentraler Schlüsselbereich für erfolgreiche Volkswirtschaften liegt in der Schaffung eines forschungsfreundlichen Umfelds für die Unternehmen. Ich bin überzeugt, dass wir mit der Anfang dieses Jahres in Kraft getretenen Neupositionierung der Tiroler Zukunftsstiftung als Standortagentur Tirol und der noch kundenfreundlicheren Technologieförderungsprogramme der Wirtschaft die nötige Unterstützung bieten können.

Mit dem Tiroler Wirtschafts- und Arbeitsmarktbericht 2011 wird den Tiroler Abgeordneten heuer wiederum in ausführlicher Form eine Grundlage für die Debatte im Landtag gegeben. Bei der Gelegenheit möchte ich den Verfassern des Berichtes meinen besonderen Dank aussprechen.

Ihre

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'P. Zoller-Frischauf'.

Patrizia Zoller-Frischauf
Landesrätin für Wirtschaft

Inhaltsverzeichnis

1	WIRTSCHAFTS- UND ARBEITSMARKTLAGE IN TIROL.....	9
1.1	WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN	9
1.1.1	Konjunkturelles Umfeld	9
1.1.2	Wirtschaftliche Entwicklung in Österreich.....	11
1.1.3	Konjunkturaussichten für 2011 und 2012.....	12
1.2	KONJUNKTURELLE ENTWICKLUNG IN TIROL.....	16
1.2.1	Konjunkturverlauf in Tirol	16
1.2.2	Wirtschaftsentwicklung in Tirol 2000 bis 2010.....	21
1.2.3	Perspektiven für Tirol	21
1.2.4	Exkurs: Konjunkturlage Südtirol	23
1.3	STRUKTURDATEN ZUR TIROLER WIRTSCHAFT	25
1.3.1	Exportentwicklung	25
1.3.2	Unternehmensstatistik	25
1.3.3	Forschungsausgaben und -quote	28
1.3.4	Insolvenzentwicklung.....	30
1.4	ENTWICKLUNGEN AM TIROLER ARBEITSMARKT	34
1.4.1	Arbeitsmarktstatistik 2010.....	34
1.4.2	Tiroler Arbeitsmarkt im April 2011	36
1.4.3	Arbeitsmarktvorausschau	37
1.4.4	Arbeitsmarktöffnung am 1. Mai 2011	39
1.4.5	Einkommensentwicklung.....	42
1.4.6	Arbeitsmarktvergleiche	47
2	WIRTSCHAFTSPOLITISCHE AKTIONSFELDER DES LANDES TIROL	49
2.1	STRATEGISCHER HANDLUNGSRAHMEN.....	49
2.2	AKTIONSFELDER DES LANDES TIROL ZUR STÄRKUNG DES WIRTSCHAFTSSTANDORTES.....	51
2.2.1	Wirtschaftsförderungsprogramm	51
2.2.2	Spezialbereich Technologieförderungen	53
2.2.3	Spezialbereich Förderung von Energiesparmaßnahmen	54
2.2.4	Tiroler Wirtschaftsförderungsfonds	55
2.2.5	Infrastrukturförderungsprogramm.....	55
2.2.6	Sonderprogramme der Wirtschaftsförderung.....	56
2.3	AKTIVITÄTEN DER STANDORTAGENTUR TIROL	60
2.3.1	Leistungsfeld „stärken“	61
2.3.2	Leistungsfeld „ansiedeln“.....	62
2.3.3	Leistungsfeld „vermarkten“	63
2.3.4	Leistungsfeld „fördern“ (bis Ende 2010).....	63

2.4	AUSGEWÄHLTE INITIATIVEN DES LANDES TIROL GEMEINSAM MIT VERSCHIEDENEN PARTNERN.....	64
2.4.1	we workshops for entrepreneurs	64
2.4.2	Qualitätshandwerk Tirol	65
2.4.3	Tiroler Innovationspreis	66
2.4.4	Ideenpreis „Ideenreich Tirol“	67
2.4.5	Öffentliche Auftragsvergabe.....	67
2.4.6	Kooperationsbeirat	68
2.5	WIRTSCHAFTSRECHTLICHE ENTWICKLUNGEN.....	68
2.5.1	Gewerbeordnung - Berufsrecht	68
2.5.2	Tiroler Buchmacher- und Totalisateurgesetz	69
2.5.3	Ausblick Schwerpunkte 2012	69
2.5.4	Fahrerqualifizierung	70
2.5.5	Gesetzliche Neuerungen im Umwelt- und Anlagenrecht.....	71
2.5.6	Betriebsanlagenverfahren	72
2.5.7	Wirtschaftsaufsichtsrecht	73
2.5.8	EU-Dienstleistungsrichtlinie - Einheitlicher Ansprechpartner EAP und Verwaltungszusammenarbeit mit dem Binnenmarkt-Informationssystem IMI	75
3	ARBEITSMARKTPOLITISCHE AKTIONSFELDER DES LANDES TIROL	77
3.1	AKTIONSFELDER DES LANDES TIROL ZUR SICHERUNG DER BESCHÄFTIGUNG	77
3.1.1	Maßnahmen in Reaktion auf die Wirtschaftskrise	77
3.1.2	Aktivitäten im Bereich der Jugend-/Lehrlingsbeschäftigung.....	80
3.1.3	Die Beteiligung an EU-Programmen, insbesondere des Europäischen Sozialfonds .	85
3.1.4	Lebensbegleitendes Lernen.....	91
3.1.5	Laufende Aktivitäten / Projektförderungen im Bereich der Arbeitsmarktförderung.	92
3.1.6	Ausgabenstatistik 2010 des Bereichs Arbeitsmarktförderung	95
3.2	AKTIVITÄTEN DER TIROLER ARBEITSMARKTFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT MBH	96
3.2.1	Beschäftigungspakt Tirol.....	96
3.2.2	bildungsinfo-tirol	100
3.2.3	Arbeitsstiftungen.....	101
3.2.4	Projekte	103
4	DIE LAGE DER TIROLER TOURISMUSWIRTSCHAFT.....	106
4.1	ENTWICKLUNGEN IM TIROLER TOURISMUS.....	106
4.1.1	Tourismusedwicklung im Kalenderjahr 2010	106
4.1.2	Entwicklung der Ankünfte und Übernachtungen	108
4.1.3	Überblick über die wichtigsten Quellmärkte	109
4.1.4	Nachfrageentwicklung nach Destinationen	110
4.1.5	Nachfrageentwicklung nach Unterkunfts-kategorien	111
4.1.6	Entwicklung des Bettenangebots und Auslastung.....	111
4.1.7	Tiroler Seilbahnwirtschaft.....	112
4.1.8	Sommersaison 2010	113
4.1.9	Wintersaison 2010/2011	117

4.2	WIRTSCHAFTLICHE BEDEUTUNG DES TOURISMUS.....	119
4.3	TOURISMUSPOLITISCHE AKTIVITÄTEN	120
4.3.1	Der Tiroler Weg 2008 bis 2012	120
4.3.2	Tourismusförderungsbeiträge	121
4.3.3	Aufenthaltsabgaben.....	121
4.3.4	Zusammenschluss von Tourismusverbänden.....	122
4.3.5	Schischulrecht.....	123
4.3.6	Plattform „theALPS“	124
4.3.7	Snow Card	124
5	DIE LAGE DER TIROLER ENERGIEWIRTSCHAFT	126
5.1	ALLGEMEINE ENERGIESITUATION	126
5.1.1	World Energy Outlook 2010.....	126
5.1.2	Entwicklung des Ölpreises	127
5.1.3	Reaktorunfall in Fukushima	129
5.2	ENTWICKLUNGEN IN DER EUROPÄISCHEN UNION.....	129
5.2.1	„Energie-Strategie 2020“ der EU	129
5.2.2	EU-Richtlinie Endenergieeffizienz	131
5.2.3	Weiter EU-Energieeffizienz-Maßnahmen „Energieeffizienzpaket“	132
5.2.4	EU-Regulierungsrahmen	133
5.2.5	Roadmap der Europäischen Union bis 2050	133
5.3	ENERGIEWIRTSCHAFT IN ÖSTERREICH.....	135
5.3.1	Energiestrategie Österreich	135
5.3.2	Treibhausgas-Emissionen in Österreich in Relation zum Kyoto-Ziel	137
5.3.3	Klimaschutzgesetz	138
5.3.4	Österreichs Position zur Antiatom-Politik.....	138
5.3.5	Zweiter Nationaler Energieeffizienzaktionsplan.....	139
5.3.6	Neues Ökostromgesetz 2012.....	139
5.4	TIROLER ENERGIESTRATEGIE 2020	140

1 Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in Tirol

1.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

1.1.1 Konjunkturelles Umfeld

Quelle: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung WIFO, Monatsbericht 4/2011

Nach dem Einbruch der **Weltwirtschaft** erholte sich die Produktion 2010 deutlich. Dem Rückgang von 0,6% im Jahre 2009 folgte 2010 ein Anstieg der Weltproduktion um 5%. Damit war das Wachstum fast so hoch wie im Jahr 2007, vor der Finanzkrise. Jedoch musste in vielen Ländern die Wirtschaft nach wie vor durch eine äußerst expansive Geldpolitik gestützt werden.

In den **USA** wuchs die Wirtschaft 2010 erstmals seit 2006 um über 2%. Das BIP expandierte real um 2,9%. Der Konsum der privaten Haushalte stieg 2010 real um 1,7%, nachdem er in den zwei Jahren zuvor zurückgegangen war. In den USA besserte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt 2010 kaum. Die Arbeitslosenquote sank im Jahresverlauf nur von 9,7% auf 9,4%. Die Sparquote blieb bei etwas unter 6%. Die Exporte und Importe der USA stiegen 2010 wieder kräftig. Per Saldo lieferte die Außenwirtschaft real einen negativen Wachstumsbeitrag.

Trotz des im mittelfristigen Vergleich überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums konnte noch nicht von einem selbsttragenden Aufschwung gesprochen werden.

In **Chinas** Wirtschaft hinterließ der weltweite Konjunkturunbruch 2009 trotz der enormen Exportabhängigkeit nur geringe Spuren. Das Wachstum verstärkte sich 2010 nur leicht um rund 1 Prozentpunkt auf über 10% und nahm damit wieder den Pfad vor der Krise auf. China löste 2010 Japan als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt ab. Die rasche Zunahme der Inlandsnachfrage und der Anstieg der Rohstoffpreise trieben die Inflationsrate im Jahresverlauf von 1,5% auf 4,6%.

Japan verzeichnete nach dem Einbruch im Jahr 2009 einen kräftigen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Nach -6,3% im Jahr zuvor erhöhte sich das BIP 2010 real um knapp 4%. Mitte März 2011 brachten ein schweres Erdbeben und eine darauf folgende Flutwelle beträchtliche Zerstörungen. Schäden an Atomkraftwerken lösten eine länger anhaltende nukleare Bedrohung aus, die Energieversorgung musste eingeschränkt werden. Diese Ereignisse beeinträchtigten die Produktion in Japan.

Deutliche Wachstumsunterschiede in der EU nach der Krise:

Die exportorientierten Volkswirtschaften der EU erholten sich deutlich mit dem Wiedererstarken der internationalen Nachfrage. Wo die Krise Strukturprobleme offengelegt hatte, hemmten notwendige fiskalpolitische Sparprogramme das Wachstum.

Die internationale Wirtschaftskrise zog auch die Wirtschaft der EU-Länder erheblich in Mitleidenschaft. Das **BIP sank in der EU 2009 real um 4,2%**. Im Zuge der Belebung der weltweiten Nachfrage erholte sich die Wirtschaft, **2010 wurde ein Wachstum von 1,8% verzeichnet**.

Innerhalb des **Euro-Raumes** verlief die Aufwärtstendenz 2010 recht unterschiedlich. Die deutsche Wirtschaftsleistung, welche 2009 besonders unter der Weltwirtschaftskrise gelitten hatte (BIP real $-4,7\%$), zog mit $+3,6\%$ am stärksten an. Etwas geringer fiel das Wachstum in den Kernländern Belgien, Niederlande und Österreich aus (rund $+2\%$).

In einigen Ländern der Peripherie traten jedoch erhebliche Probleme auf. Die griechische Wirtschaft schrumpfte 2010 neuerlich. Die Sparmaßnahmen angesichts der ausufernden Staatsschulden erhöhten die Inflation deutlich und dämpften die Wirtschaft. In Irland hatte ein umfangreiches Bankenrettungspaket den Staatshaushalt beträchtlich belastet; das deshalb umgesetzte Sparprogramm ließ die Wirtschaft neuerlich schrumpfen. Fiskalische Probleme beeinträchtigten 2010 auch die Entwicklung in Portugal und Spanien. In Spanien stagnierte die Wirtschaft 2010 ($-0,1\%$). In Portugal verschärften sich die Probleme hingegen erst im Jahresverlauf, die Wirtschaftsleistung schrumpfte erst im IV. Quartal 2010.

Die Reaktion auf dem Arbeitsmarkt fiel in den EU-Ländern ebenfalls unterschiedlich aus. Die **Arbeitslosenquote** erhöhte sich in allen 27 EU-Ländern außer Deutschland, Österreich, Luxemburg und Malta – hier verringerte sie sich. Im EU-Durchschnitt stieg die Arbeitslosenquote von $8,9\%$ auf $9,6\%$ im Jahr 2010, im Durchschnitt des Euro-Raumes von $9,5\%$ auf $10,0\%$. Im Jahresverlauf war keine rückläufige Tendenz zu beobachten.

Das Wiederanspringen der Weltwirtschaft trieb die Rohstoffpreisnotierungen rasch nach oben. Im Jahresverlauf 2010 zog der Rohölpreis (Brent) auf Dollarbasis um 20% an. Weltweit beschleunigte sich dadurch die Inflation. Im Euro-Raum stieg die Teuerungsrate von einem Jahresdurchschnitt von $0,3\%$ (2009) auf $1,7\%$, im Dezember 2010 erreichte sie $2,3\%$. Die EZB beließ den Leitzinssatz im gesamten Jahresverlauf 2010 bei 1% .

Zwischen ihrem EU-Beitritt und dem Ausbruch der Wirtschaftskrise (2004/2008) wuchs die Wirtschaft der **ostmitteleuropäischen EU-Länder**, die nicht an der Währungsunion teilnehmen, jeweils um mindestens 3 Prozentpunkte stärker als im Euro-Raum. 2008 betrug dieser Wachstumsabstand noch 3,7 Prozentpunkte, im Krisenjahr 2009 aber nur mehr 1,2 Prozentpunkte. Die Wirtschaft des Euro-Raumes schrumpfte 2009 um $4,1\%$, jene der ostmitteleuropäischen Länder um $2,9\%$. 2010 stieg das BIP in den Euro-Ländern wieder um $1,7\%$, in Ostmitteleuropa war die Rate mit $+2,3\%$ um nur 0,6 Prozentpunkte höher.

1.1.2 Wirtschaftliche Entwicklung in Österreich

Quelle: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung WIFO, Monatsbericht 4/2011

Nach dem Konjunkturunbruch im Jahr 2009 erholte sich die heimische Wirtschaft 2010 etwas. Das **BIP** stieg nach Schätzungen des Wifo dank der Impulse aus dem Ausland real um 2%. Auch die Inlandsnachfrage begann sich leicht zu verstärken. Die durch die Krise entstandenen Produktionsausfälle wurden 2010 aber noch nicht wettgemacht.

Mit einem Rückgang des BIP um real 3,9% war das Jahr 2009 das ökonomisch schlechteste in Österreich seit über 50 Jahren. Zur Jahresmitte setzte eine deutliche Erholung ein und die österreichische Wirtschaft überwand die Rezession.

Wie für kleine offene Volkswirtschaften typisch ging die Erholung in Österreich vom Export aus. Der Wert der Warenausfuhr erhöhte sich im Jahr 2010 laut Statistik Austria um 16,5%. Aufgrund der Exportabhängigkeit des Imports wurde auch die Wareneinfuhr ähnlich rasch ausgeweitet (+16,3%).

Die kräftige Auslandsnachfrage ließ die heimische Wirtschaft wieder wachsen. Bislang wurde der durch die internationale Wirtschaftskrise entstandene Produktionsausfall aber noch nicht wettgemacht. Der **saison- und arbeitstagsbereinigte Industrieproduktionsindex** hatte seinen höchsten Stand vor der Krise im April 2008 mit 119,6 erreicht. Innerhalb eines Jahres brach er um mehr als 18% ein auf einen Stand von 97,7 im Mai 2009. Bis zum Jahresende 2010 stieg er wieder um rund 15% auf 112,0. Damit lag er noch um gut 6% unter dem Höchstwert.

Vom starken Exportwachstum des Jahres 2010 profitierten vor allem die Sachgütererzeugung und die Arbeitskräfteüberlassung. Die **Sachgüterproduktion** weitete ihre Wertschöpfung real um knapp 7% aus, nach einem Rückgang um über 14% im Jahr zuvor. Die Beschäftigung verringerte sich in diesem Wirtschaftsbereich im Jahresdurchschnitt jedoch neuerlich (-1,3%). Relativ kräftig gesteigert wurde sie hingegen im Bereich der **unternehmensnahen Dienstleistungen** (+1,6%), zu dem auch die Arbeitskräftevermittlung gehört. Viele Sachgüterproduzenten zögerten eine Ausweitung der Stammbesetzung noch hinaus und decken ihren Personalbedarf vorerst über die Arbeitskräfteüberlassung.

Der **Konsum der privaten Haushalte** wuchs 2010 real um 1,0%, nur wenig schwächer als im Vorjahr (+1,3%). 2009 hatten die verfügbaren Realeinkommen von einer Steuerreform und einer äußerst geringen Inflation profitiert.

Mit der Stabilisierung der Erwartungen lebte die **Investitionsbereitschaft** der heimischen Unternehmen 2010 etwas auf. Ab der Jahresmitte zogen die Investitionen in Ausrüstungsgegenstände an.

In der **Bauwirtschaft** hielt die Rezession hingegen 2010 an: Die Nachfrage nach Bauinvestitionen war real um 3,4% geringer als im Vorjahr, nachdem sie 2009 bereits um 6,0% gesunken war. Sowohl die Wohnbauinvestitionen (-2,9%) als auch die Investitionen in Nichtwohnbauten (-3,7%) schrumpften das zweite Jahr in Folge.

Die weltweite Rohstoffpreishausse bestimmt nach wie vor die **Verbraucherpreisentwicklung** in Österreich. Trotz geringen Konsumwachstums und anhaltend unterausgelasteter Kapazitäten beschleunigte sich die Inflation 2010 auf knapp 2%.

Der **Arbeitsmarkt** reagierte auf die Erholung der Wirtschaft ebenso rasch wie zuvor auf den Ausbruch der Krise. Bereits Mitte 2009 war mit dem Wiederaufleben der Wirtschaftsdynamik eine Trendumkehr von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung zu verzeichnen, die sich im Jahr 2010 festigte. Die saisonbereinigte Zahl der aktiv Beschäftigten stieg in Österreich zwischen Jänner und Dezember 2010 um mehr als 50.000.

Günstig entwickelte sich 2010 auch die Arbeitslosigkeit. Bereits Mitte 2009 begann die Zahl der beim AMS gemeldeten Arbeitslosen zu sinken, im Jahresdurchschnitt war sie um 9.500 niedriger als im Vorjahr. Allerdings wurden die Schulungsmaßnahmen 2010 fast im gleichen Ausmaß ausgeweitet (+9.100 Personen). Im Jahresverlauf hatte die Arbeitslosigkeit aber wie die Zahl der Personen in Schulungsmaßnahmen sinkende Tendenz.

Die **Arbeitslosenquote** sank 2010 nach österreichischer Berechnungsmethode leicht auf 6,9%, nachdem sie sich 2009 sprunghaft von 5,9% auf 7,2% erhöht hatte. Laut Eurostat verringerte sich die Arbeitslosenquote 2010 auf 4,4%. Sie war damit die niedrigste unter allen EU-Ländern vor Luxemburg und den Niederlanden (jeweils 4,5%). Im EU-Durchschnitt lag die Arbeitslosenquote bei 9,6%, im Euro-Raum bei 10%.

1.1.3 Konjunkturaussichten für 2011 und 2012

Prognose des WIFO vom März 2011:

Quelle: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung WIFO, Monatsbericht 4/2011 und Presseinformation vom 28. März 2011

Das Wifo prognostiziert für Österreich ein Fortsetzen des Aufschwungs. Aufgrund des kräftigen Wachstums der Weltwirtschaft nimmt die Ausfuhr rasch zu. Der Exportaufschwung greift mittlerweile auch auf die Investitionen über. Die kurzfristigen Konjunkturindikatoren lassen eine Fortsetzung dieser Entwicklung im 1. Halbjahr 2011 erwarten. Die Verteuerung von Rohstoffen und Energie und die restriktivere Ausrichtung der Wirtschaftspolitik in den Industrie- und Schwellenländern wirken jedoch dämpfend auf das Wachstum. Im weiteren Verlauf dürfte es sich jedoch wieder beschleunigen.

Für Österreich erwartet das WIFO 2011 ein Wirtschaftswachstum von 2,5% und 2012 von 2,0%.

Wegen der Rohstoff- und Energieverteuerung dürfte sich die **Inflation** (VPI) 2011 erheblich auf +2,8% beschleunigen und im Jahr im Jahr 2012 +2,4% betragen.

Die **Konsumausgaben der privaten Haushalte** nehmen im Prognosezeitraum wegen der schwachen Einkommensentwicklung nur mäßig zu. Aufgrund der höheren Inflation werden die Reallöhne pro Kopf 2011 sogar sinken; erst 2012 dürften sie wieder etwas steigen.

Auf dem **Arbeitsmarkt** schlägt sich die Konjunkturerholung allerdings merklich nieder: Die Beschäftigung dürfte auch im Prognosezeitraum deutlich ausgeweitet werden, sodass die Zahl der Arbeitslosen zurückgeht. Sie bleibt jedoch über ihrem Vorkrisenniveau. Nach nationaler Berechnungsmethode wird die Arbeitslosenquote bis 2012 auf 6,3% der unselbständigen Erwerbspersonen sinken, laut Eurostat-Definition auf 4,0% der Erwerbspersonen.

Die **größten Risiken für die Konjunktur** gehen derzeit vom Anstieg der Rohstoff- und Energiepreise, von der Krise in Japan und der anhaltend labilen Lage im Finanz- und Bankensystem aus. Die vorliegende Prognose unterstellt, dass die Rohölpreise und die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel im Jahresverlauf wieder sinken. Eine weitere Rohstoffpreishausse, ausgelöst durch eine Verschärfung der Krise im arabischen Raum, könnte die Expansion der Weltwirtschaft erheblich bremsen. Auch die Folgen der Japan-Krise sind derzeit noch nicht abschätzbar. Wenn sich der jüngste Anstieg der Zinssätze auf Staatsanleihen im Euro-Raum fortsetzt und auf weitere Länder ausweitet, könnte das die Situation der öffentlichen Haushalte in diesen Ländern verschärfen und die Regierungen zu weiteren Sparmaßnahmen zwingen, die die gesamtwirtschaftliche Nachfrage im Euro-Raum zusätzlich dämpfen. Dies könnte auch das Finanz- und Bankensystem beeinträchtigen und die Stabilität der Währungsunion gefährden.

Hauptergebnisse der Prognose:

	2010	2011	2012
	Veränderung gg. Vorjahr in %		
BIP real	+2,1	+2,5	2,0
Sachgütererzeugung	+6,6	+7,0	+5,5
privater Konsum, real	+1,0	+1,1	+1,1
Bruttoanlageinvestitionen, real	-1,3	+2,6	+2,7
Warenexporte, real	+12,7	+8,8	+8,0
Warenimporte, real	+10,9	+7,0	+6,7
Verbraucherpreise	+1,9	+2,8	+2,4
Arbeitslosenquote:			
in % der Erwerbspersonen (Eurostat)	4,4	4,1	4,0
in % der unselbst. Erwerbspersonen	6,9	6,4	6,3
unselbständig Beschäftigte	+0,8	+1,6	+0,9

Schnellschätzung des WIFO für das I. Quartal 2011:

Quelle: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung WIFO,
Presseinformation vom 12. Mai 2011

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung spricht in seiner Schnellschätzung zur vierteljährlichen VGR (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung) vom Mai 2011 von einem Anhalten der Erholung der österreichischen Wirtschaft für Anfang 2011. **Im I. Quartal erhöhte sich das um Saison- und Arbeitstageeffekte bereinigte BIP gegenüber der Vorperiode real um +1,0%, gegenüber dem Vorjahr um +4,2%.** Das Ergebnis für das IV. Quartal 2010 fällt durch die Revision der Daten etwas höher aus, sodass das **Wirtschaftswachstum im Jahr 2010 nun +2,1%** beträgt.

Die Impulse kamen auch im I. Quartal 2011 aus dem Ausland. Nachdem die Dynamik des Außenhandels im IV. Quartal 2010 etwas nachgelassen hatte belebte sie sich Anfang 2011 wieder deutlich.

Die österreichische **Bauwirtschaft** befindet sich nach wie vor in der Krise. Seit dem II. Quartal 2008 sind die Bauinvestitionen rückläufig.

Die privaten Haushalte weiteten ihre **Konsumnachfrage** im I. Quartal 2011 gegenüber der Vorperiode aus, obwohl der seit einiger Zeit zunehmende Preisauftrieb die Kaufkraft der Haushaltseinkommen dämpft.

Konjunktüreinschätzung der OeNB für das I. und II Quartal 2011:

Quelle: Österreichische Nationalbank, Konjunktur aktuell – Berichte und Analysen
zur wirtschaftlichen Lage, April 2011

Die Ergebnisse des **OeNB-Konjunkturindikators** vom März 2011 zeigen für das erste Quartal 2011 ein Wachstum des realen BIP von 0,6% (saison- und arbeitstägig bereinigt, im Vergleich zum Vorquartal) an. Im zweiten Quartal 2011 ist mit einer geringfügigen Abschwächung des Wachstums auf 0,5% zu rechnen. Im Vergleich zum Vorjahresquartal ergibt sich damit im ersten Quartal 2011 ein Wachstum von 3,5% und im zweiten Quartal 2011 von 3,0%.

Der Aufschwung der letzten Quartale ist vor allem auf die Erholung der Weltwirtschaft zurückzuführen, die sich besser als noch vor wenigen Monaten erwartet entwickelte.

Die Ergebnisse des **OeNB-Exportindikators** zeigen für die Monate Jänner und Februar aber, dass die Exporte weiter expandieren. Von der Katastrophe in Japan sollten aufgrund der geringen Rolle Japans als Handelspartner Österreichs (0,8% der österreichischen Güterexporte entfielen im Jahr 2009 auf Japan) nach derzeitigem Stand direkt keine dämpfenden Effekte auf die österreichische Wirtschaft ausgehen.

Die derzeit sehr günstige Lage am **Arbeitsmarkt** wirkt sich aber positiv auf die Einkommenssituation der privaten Haushalte aus. Die Beschäftigung wächst wieder kräftig und

führt zu rückläufigen Arbeitslosenzahlen. Diese Entwicklung dürfte auch in den nächsten Monaten anhalten.

Positive Impulse werden in der nächsten Zeit vor allem von den Exporten und Investitionen kommen.

Frühjahrsprognose der EU-Kommission für 2011-2012:

Quelle: EU-Kommission, Pressemitteilung vom 13. Mai 2011

Die EU-Kommission geht in ihrer Frühjahrsprognose 2011 trotz der weiterhin bestehenden Anfälligkeit der Finanzmärkte und eines schwierigeren äußeren Umfelds von einer **weiteren wirtschaftlichen Erholung in der EU** aus. Was die jährlichen Durchschnittswerte angeht, wird mit einem Anstieg des BIP von rund 1,5 % (Euro-Raum) bzw. 1,75 % (EU) im Jahr 2011 auf ca. 2 % in beiden Gebieten im Jahr 2012 gerechnet. Die Zahlen für 2011 wurden dabei gegenüber der letzten umfassenden Prognose vom Herbst vergangenen Jahres leicht angehoben.

Dieses Gesamtbild verdeckt allerdings die erheblichen **Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten**. Einige Länder – insbesondere Deutschland, aber auch einige kleinere, exportorientierte Volkswirtschaften – verzeichnen einen soliden Konjunkturaufschwung, während insbesondere an der Peripherie manche Länder zurückbleiben. Es wird damit gerechnet, dass sich die Erholung in der EU auch weiterhin mit unterschiedlicher Geschwindigkeit vollzieht.

Mit **Arbeitslosenquoten zwischen 4-5% in den Niederlanden und Österreich und 17-21% in Spanien und den baltischen Staaten** stellt sich die Lage auf den Arbeitsmärkten in Europa nach wie vor sehr unterschiedlich dar. Da sich das Wirtschaftswachstum gewöhnlich erst mit einer Verzögerung auf die Beschäftigung auswirkt, wird für dieses Jahr in beiden Gebieten mit einer leichten Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt gerechnet.

Im Bereich der **öffentlichen Finanzen** sind seit dem vergangenen Jahr Verbesserungen zu verzeichnen. Angesichts eines stärkeren Wachstums und der Beendigung befristeter Konjunkturmaßnahmen wird damit gerechnet, dass sich das gesamtstaatliche Defizit in der EU von etwa 6,5% des BIP im Jahr 2010 auf ca. 4,75% im Jahr 2011 und 3,75% im Jahr 2012 verringert.

Die **HVPI-Inflation** wird dieses Jahr vor allem aufgrund der höheren Energiepreise durchschnittlich knapp 3% in der EU erreichen und 2012 auf 2% zurückgehen.

Die **Finanzmärkte** bleiben insbesondere im Bereich der Staatsanleihen anfällig, und unerwünschte negative Rückkopplungen sind auch weiterhin nicht vollständig ausgeschlossen. Zudem sind Spannungen auf den Devisenmärkten mit Risiken verbunden.

Andererseits könnte ein über den Erwartungen liegendes weltweites Wachstum infolge einer stärkeren Inlandsnachfrage in aufstrebenden Märkten das Exportwachstum der EU

weiter ankurbeln. Innerhalb der EU könnte es gelingen, das BIP-Wachstum stärker auf die Inlandsnachfrage zu stützen, falls sich z. B. der Arbeitsmarkt besser entwickelt als angenommen. Ebenso könnte sich der kräftige Aufschwung in Deutschland stärker auf andere Mitgliedstaaten auswirken als erwartet.

Wirtschaftsprognosen für Österreich 2011–2012 (reales BIP-Wachstum in %):

	2011	2012
WIFO (April 2011)	2,5	2,0
IHS (April 2011)	2,3	2,1
EU (Mai 2011)	2,4	2,0
OECD (Mai 2011)	2,9	2,1
IWF (April 2011)	2,4	2,3
OeNB (April 2011)	3,5 (I. Quartal 11) 3,0 (II. Quartal 12) im Vj-Quartalsvergleich	

1.2 Konjunkturelle Entwicklung in Tirol

1.2.1 Konjunkturverlauf in Tirol

Regionalwirtschaftliche Analyse durch das Wifo:

Quelle: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung WIFO, Monatsbericht 5/2011

Das regionale Wachstumsmuster 2010 glich sich mit dem Anspringen der Export- und Sachgüterkonjunktur wieder dem vor der Krise an. Aufgrund der guten Exportkonjunktur und des niedrigeren Ausgangsniveaus verzeichneten die Steiermark und Oberösterreich, deren Wirtschaft von der Wirtschaftskrise besonders stark betroffen gewesen war, mit jeweils +3,4% die höchste reale Wachstumsrate der Bruttowertschöpfung (ohne Land- und Forstwirtschaft). Überdurchschnittlich entwickelte sich auch die Wirtschaft in Vorarlberg.

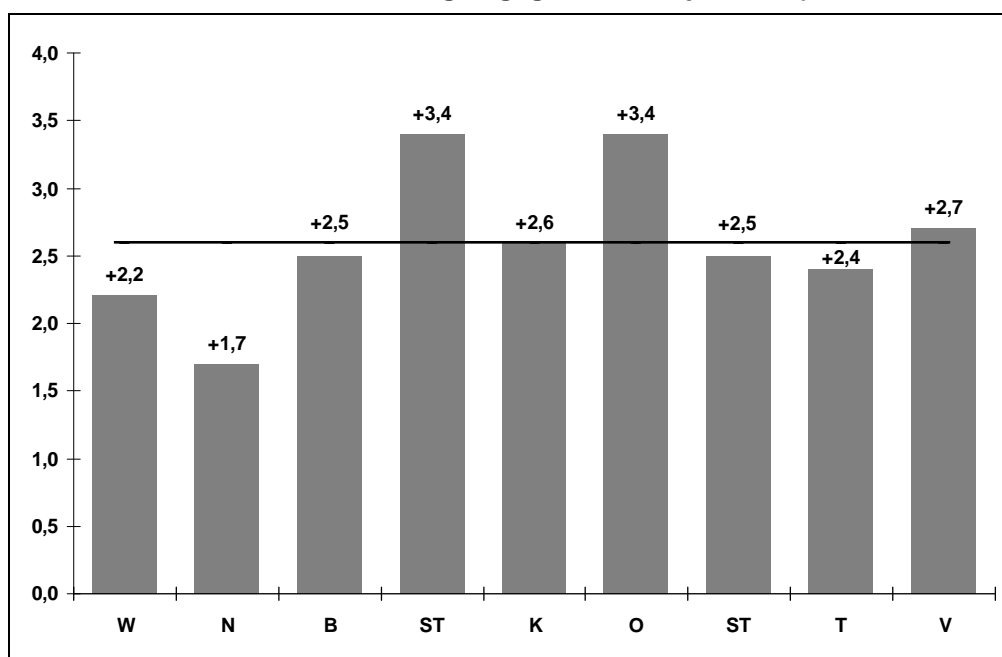
Damit erholte sich die Wirtschaft in den von der Krise am stärksten betroffenen Industriebundesländern am schnellsten aus der Krise. Eine Ausnahme bildet hier Niederösterreich: Bereits 2009 war die Bruttowertschöpfung um 5,8% gesunken, und 2010 dürfte die Wachstumsrate nach den Vorausschätzungen des WIFO mit +1,7% die niedrigste unter den Bundesländern gewesen sein. Hauptursache war der anhaltende Rückgang

des Produktionswertes in der Sachgüterproduktion, die in Niederösterreich strukturbedingt weniger vom Aufschwung in Deutschland profitierte.

In Wien und im Burgenland war die Wirtschaft 2009 weniger von der Krise betroffen gewesen, weil sie stärker auf die Inlandsnachfrage orientiert ist. 2010 wuchs sie aus demselben Grund leicht unterdurchschnittlich. Wien profitierte dabei – bei einem verhaltenen Aufschwung der Sachgütererzeugung und einem Rückgang der Bauproduktion – von hohen realen Zuwächsen im Kreditwesen und vor allem von einem Boom im Städtetourismus. Im Burgenland steigerte hingegen auch die Sachgütererzeugung ihre Wertschöpfung deutlich, während die Einbußen der Bauwirtschaft sowie des Gaststätten- und Beherbergungswesens ein deutlicheres Wachstum der Gesamtwirtschaft verhinderten.

In den Bundesländern, deren Wirtschaft von der Krise 2009 durchschnittlich betroffen gewesen war (Kärnten, Salzburg und Tirol), wuchs die Bruttowertschöpfung auch im Jahr 2010 etwa dem Durchschnitt entsprechend. In Kärnten (+2,6%) expandierte die Sachgütererzeugung deutlich überdurchschnittlich, der Tourismus aber unterdurchschnittlich. In Salzburg (+2,5%) und Tirol (+2,4%) ging das leicht unterdurchschnittliche Wachstum hingegen hauptsächlich auf eine schwächere Entwicklung im Tourismus zurück.

Bruttowertschöpfung 2010, real – berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen (ohne Land- und Forstwirtschaft, Veränderungen gegen das Vorjahr in %), vorl. Schätzung:



Vor allem die Sachgütererzeugung erholte sich 2010. War die Rezession 2009 von einem Ausfall der Auslandsnachfrage und einem damit verbundenen Einbruch der Exporte ausgegangen, so hatte auch der einsetzende Aufschwung, wie in einer kleinen offenen Volkswirtschaft zu erwarten, seinen Ursprung im Außenhandel.

Im Burgenland, in Kärnten, Tirol und auch Oberösterreich erreichte die Sachgütererzeugung 2010 wieder annähernd das Produktionsniveau von 2008, dem Jahr vor der Wirtschaftskrise.

Einfluss der Branchenstruktur auf die Entwicklung der Sachgütererzeugung in der Periode 2008/2010:

Mit einer einfachen Shift-Share-Analyse kann der Einfluss der Branchenstruktur auf die Entwicklung der Sachgütererzeugung in der Periode 2008/2010 (d.h. der Abschwung in der Krise und der Aufschwung im Jahr danach) näher analysiert werden: Für die abgesetzte Produktion wird eine kompetitive Komponente berechnet, welche die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Branchen für alle Regionen bzw. für Österreich insgesamt zeigt, während die ebenfalls aus den Daten abgeleitete Strukturkomponente Vor- und Nachteile der Branchenstruktur verdeutlicht. Da die einzelnen Branchen sowohl im Abschwung als auch im Aufschwung eine sehr unterschiedliche Dynamik aufweisen (z. B. bedingt durch die jeweilige Exportorientierung), hat die Branchenstruktur demnach entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung der gesamten Sachgütererzeugung:

- Die **Wiener** Sachgütererzeugung war im Abschwung durch ihre Branchenstruktur bevorzugt, d.h. sie weist einen überdurchschnittlichen Anteil an Branchen auf, die von der Krise vergleichsweise wenig betroffen waren (z. B. Herstellung elektrischer Ausrüstungen). Im Aufschwung war aber die Dynamik schwächer als in anderen Regionen – die kompetitive Komponente ist negativ, obwohl die (geringe) Lohnstückkostenerhöhung des Jahres 2009 kompensiert wurde. 2010 schrumpfte die Beschäftigung am stärksten unter allen Bundesländern, dennoch blieb der Produktivitätszuwachs äußerst gering.
- In **Niederösterreich** wiederum war die Sachgütererzeugung sowohl im Abschwung als auch im Aufschwung benachteiligt: Sie war trotz eher vorteilhafter Branchenstruktur von der Krise 2009 überdurchschnittlich betroffen, wies aber 2010 eine geringere Dynamik auf. 2008/2010 verschlechterte sich auch die Lohnstückkostenposition: Der Anstieg dieses Arbeitskostenindikators im Jahr 2009, der viele andere Regionen in ähnlichem Ausmaß betraf, wurde 2010 aufgrund geringer Produktivitätsgewinne und trotz eines relativ hohen Beschäftigungsrückgangs nicht annähernd aufgeholt.
- Im **Burgenland** waren über die gesamte Periode 2008/2010 sowohl die Struktur- als auch die kompetitive Komponente positiv; Ähnliches gilt für Kärnten, Salzburg und Tirol. Bei einer günstigen Produktivitätsentwicklung trotz stabiler Beschäftigung blieb der Lohnstückkostenrückgang im Burgenland aber hinter dem Österreich-Durchschnitt zurück, weil die Lohnabschlüsse in der burgenländischen Sachgütererzeugung relativ hoch waren.
- Bei ähnlichem Produktivitätswachstum sanken dagegen in **Salzburg** die Lohnsätze pro Kopf deutlich, sodass die Lohnstückkostenentwicklung günstiger ausfiel. Salzburg war im Abschwung durch die Branchenstruktur bevorzugt, lag jedoch in der Wettbewerbsfähigkeit zurück; im Aufschwung dürfte der Rückgang der Lohnstückkosten die Wett-

bewerbsfähigkeit gestärkt haben, die Branchenstruktur hatte eine eher wachstumsbremsende Wirkung.

- In **Tirol** waren die beiden Shift-Share-Komponenten sowohl in der Krise als auch im Aufschwung positiv, die Sachgütererzeugung **profitierte also in beiden Jahren sowohl von der günstigen Branchenstruktur als auch von der überdurchschnittlichen Dynamik in den jeweiligen Branchen**. Die hohe Wettbewerbsfähigkeit der Tiroler Unternehmen war 2010 mit einer Überkompensation des Lohnstückkostenanstiegs von 2009 verbunden. Bei überdurchschnittlicher Lohnsteigerung waren dafür hohe Produktivitätsgewinne maßgebend.
- Die Sachgütererzeugung der **Steiermark** litt in der Krise unter der Betroffenheit der Fahrzeugindustrie und der Metallerzeugung – Branchen also, die von entscheidender Bedeutung in der Region sind und sich überdies in der Krise in der Steiermark unterdurchschnittlich entwickelten. Vom Aufschwung wiederum waren diese Branchen in der Steiermark überdurchschnittlich begünstigt. Die höchsten Produktivitätszuwächse aller Bundesländer bei durchschnittlichen Lohnsteigerungen sorgten für eine deutliche Verbesserung der Lohnstückkosten, die 2010 (wie auch in Tirol) sogar unter das Niveau von 2008 sanken.
- Für **Oberösterreich** ergibt sich eine günstige kompetitive Komponente, welche die in der Krise eher ungünstige Strukturkomponente kompensierte, sodass die Sachgütererzeugung von der Krise relativ wenig betroffen war und 2010 einen relativ kräftigen Aufschwung verzeichnete. Die Produktivität verbesserte sich dabei trotz eines unterdurchschnittlichen Beschäftigungsabbaus stärker als im Österreich-Durchschnitt, die Lohnstückkosten näherten sich wieder dem Vorkrisenniveau.
- **Vorarlberg** hingegen war im Abschwung sowohl hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Branchen als auch hinsichtlich der Branchenstruktur begünstigt. Danach wirkten sich jedoch beide Komponenten negativ auf das Wachstum aus. Ähnlich wie in Niederösterreich konnte 2010 der Anstieg der Lohnstückkosten von 2009 nicht kompensiert werden, weil die Produktivität unterdurchschnittlich stieg. Dass gleichzeitig die Beschäftigung 2010 sehr stabil war, weist auf einen verbliebenen Beschäftigungsüberhang aus der Krise hin.

Wie die Shift-Share-Analyse also zeigt, hatten neben der Branchenstruktur die regionalen Charakteristika der Sachgütererzeugung in den einzelnen Bundesländern entscheidenden Einfluss auf die Bewältigung der Wirtschaftskrise. Aufgrund des relativ hohen Aggregationsgrades der Daten sind in den einzelnen Branchen durchaus unterschiedliche Güter zusammengefasst, deren Nachfrage im Inland wie im Ausland von der weltweiten Wirtschaftskrise sehr unterschiedlich betroffen war, etwa in Abhängigkeit vom Technologiegehalt oder der Spezialisierung auf Nischen.

Konjunkturbeobachtung der KMU FORSCHUNG AUSTRIA:

Quelle: KMU FORSCHUNG AUSTRIA, Konjunkturbericht für das Gewerbe und Handwerk in Tirol, Gesamtjahr 2010, März 2011

Die KMU FORSCHUNG AUSTRIA hat bei 441 Tiroler Gewerbe- und Handwerksbetrieben mit insgesamt rd. 4.903 Beschäftigten eine Erhebung für das Gesamtjahr 2010 durchgeführt.

Die wesentlichsten Ergebnisse sind:

- Umsatzentwicklung: Der nominelle Umsatz im Tiroler Gewerbe und Handwerk ist 2010 gegenüber dem Vorjahr um 4,0% gestiegen (Österreich +2,0%).
48% der Betriebe meldeten für 2010 Umsatzsteigerungen gegenüber 2009 um durchschnittlich 10,8%, bei 33% der Betriebe blieb der Umsatz auf Vorjahresniveau und 19% der Betriebe verzeichneten Umsatzrückgänge um durchschnittlich 10,5%.
- Verkaufspreise: Im Gewerbe und Handwerk in Tirol wurden die Verkaufspreise 2010 um 0,9% erhöht (Österreich +1,0%).
Die Verbraucherpreise stiegen 2010 insgesamt um 1,9% (Inflationsrate).
35% der Betriebe konnten die Verkaufspreise 2010 verglichen mit 2009 um durchschnittlich 3,6% erhöhen, bei 63% der Betriebe blieben die Preise konstant und 2% der Betriebe mussten die Verkaufspreise um durchschnittlich 8,9% reduzieren.
- Investitionen: Im Durchschnitt investierten die Tiroler Gewerbe und Handwerksbetriebe im Jahr 2010 rd. EUR 4.600,- je Beschäftigten. Von den Gesamtinvestitionen entfielen EUR 1.700,- je Beschäftigten auf bauliche sowie EUR 2.900,- auf sonstige (Ausstattungs-)Investitionen.
2010 tätigten 71% der Betriebe Investitionen: Beim Großteil der Investitionen handelt es sich um Rationalisierungsinvestitionen (61%), 24% waren Ersatzinvestitionen und 15% Erweiterungsinvestitionen.
2011 planen 51% der Betriebe Investitionen vorzunehmen: 22% rechnen mit höheren Investitionen als im Jahr 2010, 18% wollen gleich viel investieren wie im Vorjahr und 11% planen Investitionen in geringerem Ausmaß als 2010.

Hauptproblembereiche:

Hauptproblembereich im Jahr 2011 ist die Preiskonkurrenz. 67% der Betriebe sind nach eigenen Aussagen davon beeinträchtigt. 24% durch Frachtkrätemangel, 15% durch fehlendes Risiko- bzw. Eigenkapital und 9% durch Schwierigkeiten bei der Kreditaufnahme.

1.2.2 Wirtschaftsentwicklung in Tirol 2000 bis 2010

Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Basisdaten für Österreichs Bundesländer (online), Mai 2011

Regionales Wirtschaftswachstum Tirol – Österreich (reale Veränderung der Bruttowertschöpfung), 2000 – 2010:

Jahr	Österreich (in Prozent)	Tirol (in Prozent)
2000	+3,7	+4,6
2001	+0,8	+1,6
2002	+1,8	+1,6
2003	+1,1	+1,3
2004	+2,5	+2,9
2005	+2,7	+4,5
2006	+3,9	+4,1
2007	+3,6	+3,8
2008	+2,3	+2,4
2009	-4,3	-4,8
2000-2009 Durchschnitt/Jahr	+2,5	+3,0
2010	+2,6	+2,4

Hinweis: Auf regionaler Ebene wird die Bruttowertschöpfung als Maßstab der Wirtschaftsentwicklung verwendet. Die Bruttowertschöpfung entspricht dem Bruttoproduktionswert abzüglich der Vorleistungen der einzelnen Wirtschaftssektoren. Sie unterscheidet sich durch die Differenz von Gütersteuern (+) und Gütersubventionen (-) und den unterstellten Bankdienstleistungen (-) vom Bruttoinlandsprodukt (BIP). Dadurch ergeben sich Unterschiede in den Veränderungsdaten des BIP im Vergleich zu den Veränderungsdaten der Bruttowertschöpfung.

1.2.3 Perspektiven für Tirol

Konjunkturbeobachtung der Wirtschaftskammer Tirol:

Quelle: Wirtschaftskammer Tirol, Konjunkturbarometer TOP 100 vom April 2011

Tirols Wirtschaft befindet sich spätestens **seit September 2010** in einer **zunehmend stabilen Erholungsphase**: Der Geschäftsklimawert erreicht mit 32% einen Höchstwert seit Mitte des Jahres 2008. Damit ist die „Wirtschaftskrise“ in Tirol wohl überwunden. Vergleicht man die relevanten Indikatoren mit dem Frühjahr 2010 sieht man, wie tiefgreifend sich das Konjunkturbild geändert hat: Im März 2010 bewerteten nur 20% der Leitbetriebe

die aktuelle Geschäftslage als gut, 16% als schlecht. Aktuell sehen 40% eine gute allgemeine Geschäftslage und 42% eine gute Nachfrage- und Auftragssituation.

Trotz eines guten aktuellen Konjunkturbildes dürfen die **Risiken der weiteren Entwicklung** nicht übersehen werden: Auf der Kostenseite steigen die Belastungen für die Unternehmen kontinuierlich an: 38% der Unternehmen sehen sich mit steigenden Lohn- und Gehaltskosten und 87% mit steigenden Beschaffungskosten für Vorprodukte, Material und Rohstoffen konfrontiert. Diese Entwicklung drückt auf die Erträge der Unternehmen und engt den finanziellen Spielraum für neue Investitionen ein. Hinzu kommen Unsicherheiten was den Euro/Dollar-Kurs und damit die weitere Exportdynamik betrifft.

Die Wirtschaftskammer Tirol geht in ihrer Konjunktüreinschätzung vom Mai 2011 für das **Jahr 2011 von einem Wachstum der Bruttowertschöpfung für Tirol zwischen 2,8% und 3,3%** aus, wenn die Entwicklung des ersten Halbjahres 2011 auch für das zweite Halbjahr so anhält. Man darf dabei angesichts der Entwicklungen an den Finanz- und Währungsmärkten sowie der Rohstoffpreise allerdings nicht auf die hohen Konjunkturrisiken vergessen.

Konjunkturerhebung der Industriellenvereinigung Tirol:

Quelle: Industriellenvereinigung Tirol, Konjunkturumfrage vom 2. Mai 2011

Die **Konjunkturerhebung der Industriellenvereinigung Tirol signalisiert Optimismus**, wenngleich die Risiken der weiteren Entwicklung nicht übersehen werden dürfen. Viele Märkte entwickeln sich nicht parallel, weshalb auch die Bewertungen der Betriebe und Branchen unterschiedlich und differenziert zu betrachten sind.

Mit dem aktuellen **Auftragsbestand** sind die Tiroler Industrieunternehmen mehrheitlich zufrieden. Nur 2% bezeichnen die Situation als schlecht. 30% bewerten die aktuelle Nachfrage als gut, 68% melden eine saisonübliche Auslastung.

Auch das **Exportgeschäft** hat im ersten Quartal nicht an Kraft verloren. 46% beurteilen die Exporte als gut, 52% als ausreichend. Trotz mancher Probleme auf den Weltmärkten konnte sich die Tiroler Industrie gegen härteste Konkurrenz durchsetzen.

Die breite **Auslastung** in der Tiroler Industrie ist nahezu ein Garant, dass der Konjunkturmotor auch im zweiten Quartal dieses Jahres rund läuft. Immerhin 20% der befragten Betriebe - im letzten Quartal waren es lediglich 3% - rechnen mit einem spürbaren Produktionszuwachs. Weitere 77% gehen von einer gleich bleibenden Produktionstätigkeit aus.

Bei den **Verkaufspreisen** melden 24% der Unternehmen eine Steigerung. Diese Erhöhungen werden nicht zuletzt auch auf den Anstieg von Beschaffungskosten für Vorprodukte, Material und Rohstoffen zurückgeführt.

Der **Mitarbeiteraufbau** gewinnt vorübergehend an Dynamik: 18% der Unternehmen planen eine Aufstockung ihres Beschäftigtenstandes. 80% hoffen, ihre Mitarbeiter halten zu können. Nur mehr 2% befürchten, ihren Personalstand reduzieren zu müssen.

Noch verschärfen dürfte sich allerdings der - nach wie vor bestehende - Facharbeitermangel in vielen technischen Bereichen, den die Krise etwas überdeckt hat.

Konjunkturbeobachtung der KMU FORSCHUNG AUSTRIA:

Quelle: KMU FORSCHUNG AUSTRIA, Konjunkturbericht für das Gewerbe und Handwerk in Tirol, 1. Quartal 2011, März 2011

Für das 1. Quartal 2011 beurteilten

- 23% der Betriebe die Geschäftslage mit gut (Vorjahr: 24%),
- 67% mit saisonüblich (Vorjahr: 60%) und
- 10% der Betriebe mit schlecht (Vorjahr: 16%).

Für das 2. Quartal 2011 erwarteten

- 19% der Betriebe (Vorjahr: 20%) steigende Auftragseingänge bzw. Umsätze gegenüber dem 2. Quartal des Vorjahres,
- 74% keine Veränderung (Vorjahr: 61%) und
- 7% Rückgänge (Vorjahr: 19%).

1.2.4 Exkurs: Konjunkturlage Südtirol

Quelle: WIFO Wirtschaftsforschungsinstitut der Handels-, Industrie-, Handwerks-, und Landwirtschaftskammer Bozen, WIFO Wirtschaftsbarometer – Definitive Ergebnisse 2010, Prognosen 2011

Anhand der wirtschaftlichen Eckzahlen lassen sich auch für die Südtiroler Wirtschaft im Jahr 2010 klare Wiederbelebungssignale ablesen.

Zu den **positiven Entwicklungen** zählt die Tatsache, dass die Südtiroler Wirtschaft nach wie vor Arbeitsplätze schuf. Des Weiteren hat sich die Situation in der ordentlichen Lohnausgleichskasse im Jahresverlauf 2010 fast gänzlich entspannt. Der Außenhandel konnte im Jahr 2010 ein Rekordergebnis einfahren. Der Tourismus behauptete sich weiterhin als wichtiger Konjunkturmotor. Die in Folge der internationalen Krise gebeutelten Sektoren

Transport und Baugewerbe erfuhren wieder Auftrieb. Ausgeprägt war auch die Gründerdynamik: Die Zahl der Firmeneintragungen stieg sichtlich an, bei gleichzeitigem Rückgang der Firmenaustragungen. Am Kreditmarkt ist sowohl die Nachfrage nach Unternehmens- als auch nach Privatkrediten angesprungen.

Die Südtiroler Konjunktur zeigte 2010 aber auch **Problemfelder**. Von hohem Niveau aus verschlechtert hat sich die Kreditqualität, mit einem leichten Anstieg der uneinbringlichen Kredite. Nicht in Zahlen fassbar sind Phänomene wie die außergerichtlichen Vergleiche, die sinkende Zahlungsmoral und die Schwierigkeiten im Inkasso.

Erwähnenswert ist, dass trotz steigender Erwerbszahl und sinkender Arbeitslosenrate, die Zahl an Personen auf Arbeitssuche und in Mobilität auf hohem Niveau verharrte.

Mit Blick auf die Konsumentenbefragungen lag das Konsumentenklima für Südtirol über dem EU-Durchschnitt und deutlich über dem Wert Italiens, klar unter dem Wert Österreichs und eine Zeit lang gleichauf mit dem Wert Deutschlands. Die Stimmung bei den Konsumenten hat sich in den meisten europäischen Ländern im Jahresverlauf 2010 verbessert.

Prognose 2011:

Im Frühjahr 2011 befindet sich die Weltwirtschaft nach wie vor im Aufschwung. Und in Südtirol stehen die Konjunkturampeln auf Grün. Die Zuversicht hinsichtlich einer positiven Wirtschaftsentwicklung ist bei den Südtiroler Unternehmen so ausgeprägt wie seit drei Jahren nicht mehr (über 1.000 Unternehmen haben sich an der WIFO-Konjunkturmfrage beteiligt). In acht von neun untersuchten Sektoren haben sich die Ertragserwartungen aufgehellt. Die Risiken für die Südtiroler Konjunktur kommen hauptsächlich aus dem Umfeld: Schuldenkrise, Rohstoffpreise, schwaches Wirtschaftswachstum und politisch un stabile Lage in Italien. Des Weiteren hat sich das Konsumentenklima zu Jahresbeginn nicht nur in Europa, sondern auch in Südtirol etwas abgeschwächt. Die Zusammenschau der Faktoren veranlasst das WIFO – Wirtschaftsforschungsinstitut der Handelskammer Bozen, an dem im November 2010 abgesteckten Prognose-Rahmen festzuhalten, mit einem leichten Wachstum für die Südtiroler Wirtschaft im Jahr 2011 zwischen +0,5% und +1,5%. Die Chancen stehen nicht schlecht, dass sich die Wachstumsrate 2011 am oberen Rand des Prognose-Intervalls positionieren wird. Südtirol erlebt einen Konjunkturfrühling, allerdings auf unsicherem Terrain.

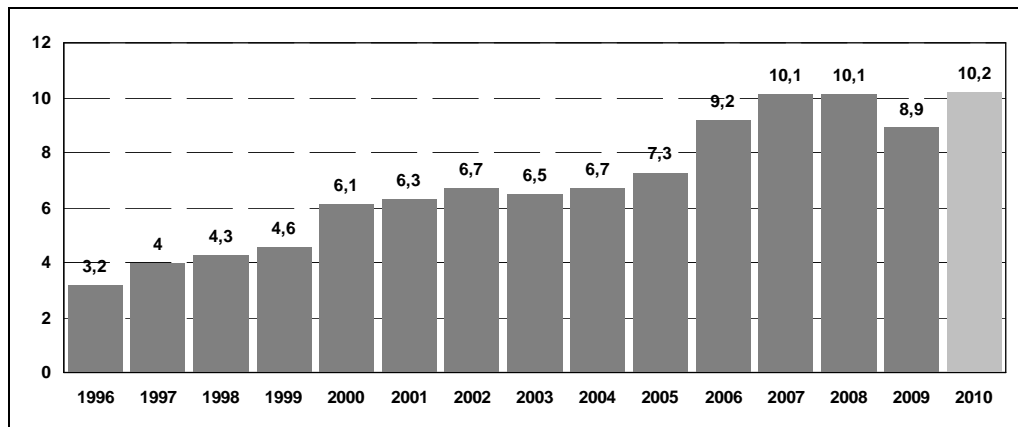
1.3 Strukturdaten zur Tiroler Wirtschaft

1.3.1 Exportentwicklung

Quelle: Wirtschaftskammer Tirol; Abteilung Wirtschaftspolitik und Strategie;
Statistik Aktuell+Kompakt Nr. 4/2011

Wachstumstreiber der vergangenen Monate war eindeutig der Export. Im „Windschatten“ eines stark wachsenden Exports deutscher Investitionsgütern in die asiatischen Schwellenländer konnte auch die heimische Wirtschaft profitieren. Nach vorläufigen Zahlen erwirtschaftete Tirol im Jahr 2010 ein Exportvolumen von 10,2 Mrd. EUR. Damit konnte der Einbruch des Jahres 2009 mit insgesamt 8,9 Mrd. EUR an Exporten mehr als ausgeglichen werden und sogar ein höheres Exportvolumen als im Jahre 2008 (10,1 Mrd. EUR) erzielt werden.

Tiroler Warenexporte (insgesamt) in Mrd. EUR, vorläufige Werte:



1.3.2 Unternehmensstatistik

Quelle: Wirtschaftskammer Tirol; Abteilung Wirtschaftspolitik und Strategie;
Statistik Aktuell+Kompakt Nr. 1/2011

Zahl der Unternehmen:

Mit Stand 31.12.2010 gab es **37.916 Unternehmen** (aktive Mitgliedschaften der WK-Tirol). Österreichweit gibt es 428.424 Unternehmen (Tirol-Anteil: 8,9%).

Aktive Spartenmitgliedschaften 2010:

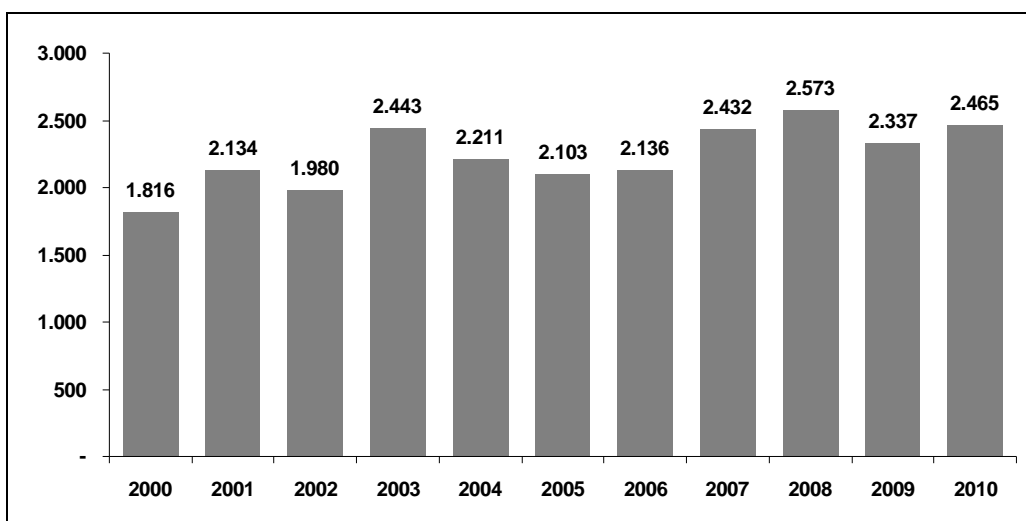
Gewerbe und Handwerk	14.338
Industrie	698
Handel	11.742
Bank und Versicherung	127
Transport und Verkehr	3.218
Tourismus und Freizeitwirtschaft	9.472
Information und Consulting	6.559

Auf Bezirksebene ergeben sich folgende Unternehmenszahlen für 2010:

Innsbruck-Stadt	7.512
Imst	2.943
Innsbruck-Land	8.347
Kitzbühel	4.418
Kufstein	5.444
Landeck	2.423
Lienz	2.314
Reutte	1.792
Schwaz	4.267

Unternehmensgründungen:

In Tirol gab es im Jahr **2010 insgesamt 2.465 Unternehmensgründungen**. Davon waren nach der Rechtsform 1.075 Einzelunternehmer, 1.043 Einzelunternehmerinnen und 347 juristische Personen. Die meisten Gründungen gab es in der Fachgruppen Gewerbliche Dienstleister/innen (631 Neugründungen), Unternehmensberatung und Informationstechnologie (157), Werbung und Marktkommunikation (108) und Gastronomie (98).



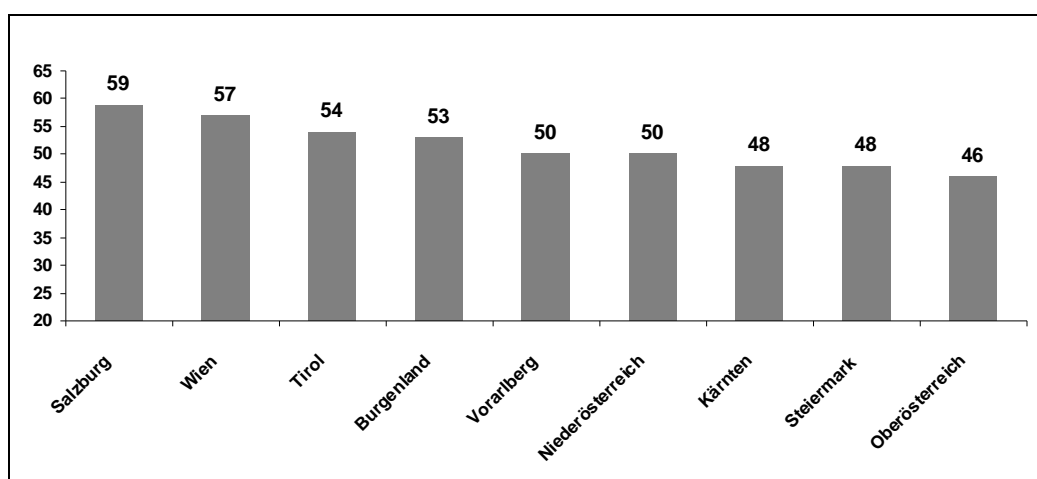
Hinweis: Aufgrund einer geänderten rechtlichen Lage gibt es einen Bruch in der Zeitreihe. Die Tätigkeit der selbständigen Personenbetreuung wurde im Jahr 2007 ausdrücklich in der Gewerbeordnung geregelt, dies führte zu einem sprunghaften Anstieg der Mitglieder- und Gründungszahlen im Jahr 2008.

Oft herrscht Unklarheit, was eine „echte“ **Unternehmensneugründung** ist: Diese liegt nur vor, wenn sich zwei der folgenden drei Kriterien im Zuge der Gründung ändern: Firmenbezeichnung, Standort und Branchenzugehörigkeit. Die Übernahme bestehender Unternehmen (z.B. Übergabe vom Vater auf den Sohn) sind in den Gründungsdaten nur dann enthalten, wenn sich das Tätigkeitsprofil des betreffenden Unternehmens ändert, d.h. der Übernehmer oder die Unternehmerin (neues Kammermitglied) an dem betreffenden Standort eine andere Fachgruppenzugehörigkeit aufweist.

Ein wichtiger volkswirtschaftlicher Aspekt bei Unternehmensgründungen ist die **Überlebenswahrscheinlichkeit**. In Tirol ist diese höher als in den meisten anderen Bundesländern. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung WIFO hält in seiner Studie „Arbeitsmarktpolitik in Tirol bis 2010“, dass in Tirol rund 65,6% der in einem Jahr gegründeten Unternehmen ihr siebentes Lebensjahr überleben, nur in Niederösterreich und Salzburg ist die Überlebenswahrscheinlichkeit noch höher. Die besonders kritischen ersten drei Jahre überleben in Tirol 81,5% der in einem Jahr gegründeten Unternehmen. Diese Überlebenswahrscheinlichkeit ist nur in Niederösterreich, Salzburg und in Kärnten höher.

Unternehmensquote:

Bei der Unternehmensquote belegt Tirol den dritten Platz im Österreich-Ranking: Pro 1.000 Einwohner (EW) gibt es in Tirol 54 gewerbliche Unternehmen. Vor Tirol liegen Salzburg mit 59 Unternehmen/1.000 EW und Wien mit 57 Unternehmen/1.000 EW.



1.3.3 Forschungsausgaben und -quote

Quelle: Statistik Austria, Pressemitteilung vom 19. April 2011

Für Forschung und experimentelle Entwicklung (F&E) werden nach einer Schätzung von Statistik Austria **in Österreich im Jahre 2011 voraussichtlich erstmals mehr als 8 Mrd. EUR ausgegeben werden.** Gegenüber 2010 wird die Gesamtsumme der österreichischen F&E-Ausgaben um 5,0% auf 8,286 Mrd. EUR ansteigen und somit **2,79% des Bruttoinlandsproduktes (BIP)** erreichen. Für 2010 wird die Forschungsquote auf 2,78% geschätzt; sie wird somit 2011 nur geringfügig ansteigen.

Finanzierung der gesamten Forschungsausgaben 2011:

- 44,6% (rund 3,70 Mrd. EUR) beträgt der Anteil der Wirtschaft,
- 38,7% (rund 3,21 Mrd. EUR) finanzieren der öffentliche Sektor (Bund rund 2,73 Mrd. EUR, Bundesländer rund 394 Mio. EUR, sonstige öffentliche Einrichtungen wie Gemeinden, Kammern, Sozialversicherungsträger rund 87 Mio. EUR),
- 16,2% (rund 1,34 Mrd. EUR) werden vom Ausland finanziert. Die Finanzierung stammt überwiegend von internationalen Konzernen, deren heimische Tochterunternehmen in Österreich F&E betreiben, und schließt die Rückflüsse aus den EU-Rahmenprogrammen für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration ein.
- 0,4% (rund 35 Mio. EUR) vom privaten gemeinnützigen Sektor finanziert werden.

Österreich übertrifft damit deutlich die Forschungsquote der EU-27 von 2,01% für 2009 (letzter verfügbarer Wert) und ist mit Finnland, Schweden, Dänemark und Deutschland in der Gruppe jener Länder, die eine höhere Forschungsquote als 2,5% aufweisen.

Regionale Forschungsquoten 2007 (letzter verfügbarer Bundesländervergleich):

Bundesländer	Bruttoinlandsausgaben für F&E	
	in Mio. EUR	in % des BRP
Steiermark	1.279	4,3
Wien	2.618	3,3
Tirol	574	2,4
Kärnten	417	2,4
Oberösterreich	1.045	2,4
Vorarlberg	173	1,4
Niederösterreich	515	1,4
Salzburg	210	1,2
Burgenland	37	0,6
INSGESAMT	6.868	2,5

Die Forschungsquote (Bruttoinlandsausgaben für F&E als Prozentsatz des BIP) seit 1981 kontinuierlich von 1,13% auf 2,79% (2011) angestiegen.

Ein im Auftrag der IV-Tirol von Pöchhacker Innovation Consulting durchgeführte und im April 2011 vorgestellte **Studie „Forschung und Entwicklung (F&E) in Tirol“** zeigt kurz zusammengefasst folgendes Bild:

Bei der Beteiligung von Tiroler Unternehmen und Einrichtungen an den Forschungsförderungsprogrammen der nationalen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) findet sich Tirol im Jahr 2010 im Bundesländervergleich in der pro-Kopf-Betrachtung im hinteren Feld.

Generell werden in **Tirol relativ hohe Mittel von der öffentlichen Hand (Bund, Land) in F&E investiert**. So wurden im Jahr 2007 12,5% der österreichischen Bundesmittel für F&E in Tirol eingesetzt; womit Tirol an dritter Stelle hinter Wien und der Steiermark liegt. Auch auf Ebene des Landes Tirol wurden mit € 33,7 pro Kopf im Jahr 2007 im Bundesländervergleich die drittmeisten Mittel für F&E (pro Kopf) eingesetzt.

Die **Grundlagenforschung zählt zu den Stärken Tirols**. Bei den Bundesausgaben für die Universitäten liegt Tirol im Vergleich mit anderen Bundesländern mit Universitätsstandorten an dritter Stelle. Rund 12 % aller diesbezüglichen Bundesmittel von 2007-2009, also € 713 Mio. von insgesamt € 5,6 Mrd., wurden in die Tiroler Universitäten investiert - das sind die dritthöchsten Bundesmittel nach Wien (54,2%) und der Steiermark (20,2%). Die Tiroler Forschungseinrichtungen beteiligen sich auch sehr erfolgreich an den verschiedenen Förderungsprogrammen des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) und an einer Reihe von Exzellenzprogrammen.

Eine im Rahmen der Studie durchgeführte Befragung von Tiroler Unternehmen ergab folgendes Bild hinsichtlich deren F&E-Tätigkeiten:

- F&E und Innovation spielen eine bedeutende Rolle für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.
- F&E wird insbesondere für Produktverbesserungen, die Entwicklung neuer Produkte und die Erschließung neuer Marktsegmente betrieben.
- Die befragten Unternehmen arbeiten mit einer Vielzahl von Forschungseinrichtungen inner- und außerhalb Tirols zusammen.
- Der Großteil der befragten Unternehmen nutzt öffentliche Förderungsprogramme für Forschung und Innovation, allerdings hauptsächlich auf nationaler Ebene (FFG) und deutlich weniger auf regionaler Ebene, weil diese fast ausschließlich auf KMU abzielen.

1.3.4 Insolvenzentwicklung

Quelle: KSV1870 Holding AG, Insolvenzstatistik Unternehmen 2010 und Insolvenzursachen 2008

Gesamtinsolvenzen 2009 im Bundesländervergleich:

Gesamtinsolvenzen (eröffnete Verfahren und mangels kostendeckenden Vermögens nicht eröffnete Insolvenzverfahren) 2010 in Österreich gegliedert nach Bundesländern:

Land	Fälle 2010	Fälle 2009	Veränderung zu 2009 in %	Passiva 2010 in Mio. EUR
Wien	2.023	2.180	-7,2	1.751
Niederösterreich	914	1.031	-11,3	476
Burgenland	189	193	-2,1	81
Oberösterreich	829	948	-12,6	459
Salzburg	400	449	-10,9	199
Vorarlberg	288	263	+9,5	137
Tirol	458	484	-5,4	256
Steiermark	832	894	-6,9	865
Kärnten	443	460	-3,7	477
GESAMT	6.376	6.902	-7,6	4.700

Spitzenreiter ist wie gewöhnlich das Bundesland Wien, gefolgt von den großen Bundesländern Niederösterreich und Oberösterreich. Die größten Rückgänge fanden allerdings auch in den Bundesländern Niederösterreich (-10,2%) und Oberösterreich (-14,1%) statt.

Als einziger „Ausreißer“ fungiert das Bundesland Vorarlberg, das entgegen dem bundesweiten Trend eines Rückgangs von fast 8% einen Zuwachs von ca. 10% verzeichnete. Grund dafür ist im Wesentlichen ein Nachzieheffekt, da Vorarlberg in den Jahren 2008 und 2009 deutlich unter Bundesdurchschnitt lag. Mit 288 Insolvenzfällen erreicht Vorarlberg den historisch höchsten Wert.

Entwicklung der Gesamtinsolvenzen in Tirol:

Die Insolvenzstatistik für Tirol zeigt, dass es im Jahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr zu einem Rückgang der Gesamtinsolvenzen von 484 auf 458, das sind -5,4%, gekommen ist.

Bei Betrachtung der geschätzten Verbindlichkeiten kann festgestellt werden, dass es in Tirol zu einem Anstieg um ca. EUR 30 Mio. auf EUR 256 Mio. gekommen ist. Es muss allerdings beachtet werden, dass die geschätzten Insolvenzverbindlichkeiten nicht mit den tatsächlichen Verlusten gleichgesetzt werden dürfen. Quotenzahlungen im Rahmen von Ausgleich und Zwangsausgleichen, Ausschüttungen aus Verwertungen von Konkursmassen sowie Sonderrechte aufgrund von Aus- und Absonderungsrechten sind zu berücksichtigen.

Jahr	Gesamtinsolvenzen	Geschätzte Passiva (in Mio. EUR)
2002	351	211
2003	435	158
2004	493	156
2005	611	206
2006	583	180
2007	468	179
2008	462	256
2009	484	226
2010	458	256

Betrachtung nach betroffenen Branchen (eröffnete Verfahren):

Im Jahr 2010 wurden 214 Insolvenzverfahren eröffnet. Die drei Branchen mit den häufigsten Insolvenzverfahren waren:

- Untern.bezogene Dienstleistungen (41 Fälle)
- Bauwirtschaft (38 Fälle)
- Gastgewerbe (34 Fälle)

Branche	Anzahl	Passiva in Mio. EUR
Bauwirtschaft	38	24,8
Textilwirtschaft/Leder	4	4,2
Maschinen und Metall	11	28,5
Lebens- und Genussmittel	2	0,5
Holz/Möbel	6	13,8
Glas/Keramik	0	0,0
Elektro/Elektronik	3	0,6
Gastgewerbe	34	46,3
Transportmittel/Kraftfahrzeuge	3	1,5
Papier/Druck/Verlagswesen	5	3,1
Uhren/Schmuck/Foto/Optik	1	5,3
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	14	10,9
Chemie/Pharmazie/Kunststoffe	2	1,3
Freizeitwirtschaft	2	1,6
Elektronische Datenverarbeitung	5	1,4
Bergbau/Energie	0	0,0
Unternehmensbez. Dienstleistungen	41	86,0
Land/Forstwirtschaft/Tiere	4	3,8
Privat	9	2,3
sonstige Bereiche	30	19,8
Gesamt	214	255,7

Insolvenzursachen:

Ursachen – Bereiche	2006	2007	2008	2009	2010
Fahrlässigkeit	22%	21%	15%	15%	14%
Fehler/Verlustquellen im außerbetrieblichen Bereich	12%	10%	16%	18%	19%
Fehler/Verlustquellen im innerbetrieblichen Bereich	36%	39%	40%	42%	44%
Persönliches Verschulden	10%	11%	10%	9%	6%
Kapitalmangel	16%	16%	16%	14%	13%
Sonstige Ursachen	4%	3%	3%	2%	4%

44 Prozent (2009: 42%) der im Krisenjahr 2010 insolvent gewordenen Unternehmen haben laut Erhebung des KSV1870 (Pressemitteilung vom 18. Mai 2011) schwerwiegende interne Fehler gemacht. Seit 1990 hat sich diese Insolvenzursache aufgrund von fehlendem wirtschaftlichen Know-how mehr als verdoppelt. Jede fünfte Insolvenz hat aber auch externe, also aktuell etwa krisenbedingte Auslöser. Persönliches Verschulden im Sinne von Betrug, Spekulation oder überhöhten Privatentnahmen ist mit 6% (2009: 9%) erfreulicherweise auf einem Tiefststand.

Gründungsjahr der insolventen Unternehmen 2010:

Aus einer Querschnittsuntersuchung des KSV1870 über das Gründungsjahr der insolventen Unternehmen geht hervor, dass

4%	vor 1969 gegründet
4%	von 1970 bis 1979 gegründet
8%	von 1980 bis 1989 gegründet
8%	von 1990 bis 1994 gegründet
13%	von 1995 bis 1999 gegründet
23%	von 2000 bis 2004 gegründet
39%	von 2005 bis 2009 gegründet
1%	ab 2010 gegründet

wurden.

Schuldenregulierungsverfahren (Privatkonkurse):

Die Analyse der Privatkonkurse im Jahr 2010 zeigt, dass mit insgesamt 9.028 eröffneten Fällen nur 0,2 Prozent mehr Schuldenregulierungen stattfanden als 2009. Die magische 10.000er-Marke ist offenbar nicht so leicht zu durchstoßen.

Die Schulden der Privaten nahmen dabei allerdings um über 9% zu, sodass insgesamt EUR 1,2 Mrd. zur Regulierung anstanden, was einer Durchschnittverschuldung pro Fall von EUR 133.000,- entspricht. Dabei ist zu beachten, dass sich nur ein Teil der Schuldner/innen als Verbraucher verschuldet hat. Ein nicht unwesentlicher Teil von etwa 34% war ehemals selbstständig und hat seine Verbindlichkeiten im Rahmen eines Unternehmens angehäuft. Teilt man diese Personengruppen, so zeigt sich, dass die wirklichen Privaten mit durchschnittlich EUR 53.000,- verschuldet sind, wogegen die ehemaligen Unternehmer/innen Schulden in Höhe von durchschnittlich ca. EUR 285.000,- haben. Immer mitzubedenken ist, dass Schulden vor einem Insolvenzverfahren durch Zinsen und Gerichtskosten in die Höhe gehen.

Bundesland	Fälle 2010	Fälle 2009	Veränderung in %
Steiermark	683	626	9,1
Oberösterreich	1.225	1.146	6,9
Wien	3.677	3.598	2,2
Salzburg	442	449	-1,6
Niederösterreich	860	877	-1,9
Tirol	736	756	-2,6
Kärnten	725	763	-5,0
Vorarlberg	526	579	-9,2
Burgenland	154	213	-27,7
Gesamt	9.028	9.007	0,2

Insolvenzen im 1. Quartal 2009

Quelle: KSV1870 Holding AG, Insolvenzstatistik Unternehmen I. Quartal 2011

Der KSV1870 berichtet in der Insolvenzstatistik für das I. Quartal 2011 von 1.617 Gesamtinsolvenzen in Österreich, damit lag das I. Quartal 2011 nur geringfügig um 0,8% über dem ersten Quartal 2010.

In Tirol ist die Zahl der Gesamtinsolvenzen von 114 Fällen im I. Quartal 2010 auf 105 Fälle im I. Quartal 2011 gesunken.

1.4 Entwicklungen am Tiroler Arbeitsmarkt

1.4.1 Arbeitsmarktstatistik 2010

Quellen: AMS-Online Statistik, AMS Jahresstatistik 2010, www.ams.or.at

Kennziffer	2010	2009	Veränderung zum Vorjahr
Unselbständig Beschäftigte	304.505	298.705	5.800
männlich	161.891	159.670	2.221
weiblich	142.614	139.046	3.568
Arbeitslosenquote	5,9	6,3%	-0,4%Pkte
männlich	6,0	6,5%	-0,5%Pkte
weiblich	5,8	6,1%	-0,3%Pkte
Arbeitslose	19.154	20.197	-1.043
darunter bis 24 Jahre	3.412	3.774	-362
50 Jahre und älter	3.537	3.498	39
Ausländer	3.658	3.800	-142
Langzeitarbeitslose			
über 6 Monate	2.074	2.158	-84
über 1 Jahr	588	504	84
offene Stellen	2.754	2.140	614
Stellenandrangziffer	7,0	9,5	-2,5
Lehrstellensuchende	413	457	-44
offene Lehrstellen	610	519	91

Beschäftigungsentwicklung in Tirol:

Im Jahresdurchschnitt 2010 waren in Tirol insgesamt 304.505 Personen unselbständig beschäftigt. Verglichen mit dem Vorjahr kam es hier zu einem Anstieg um 5.800 Personen oder 1,9%.

Bei den 161.891 **Männern** war ein Plus von +2.221 oder +1,4% zu verzeichnen, bei den **Frauen** war eine Zunahme von +3.579 oder +2,6% auf 142.614 zu beobachten.

Arbeitslosigkeit in Tirol:

Bei den vorgemerkten Arbeitslosen war ein Rückgang im Vergleich zum Vorjahr um -1.043 (-5,2%) auf durchschnittlich 19.154 Personen zu beobachten.

Geschlechtsspezifisch betrachtet ging die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2010 bei den 8.843 Frauen um -243 oder -2,7% und bei den 10.311 Männern um -800 oder -7,2% zurück.

Die **Arbeitslosenquote** von 5,9% (-0,4%-Punkte zu 2009) lag deutlich unter dem Österreichwert von 6,9%. Einzig in Salzburg und Oberösterreich fiel die Arbeitslosenquote mit 4,6% und 4,7% niedriger aus als in Tirol.

Die durchschnittliche **Dauer der Arbeitslosigkeit** stieg in Tirol im Vergleich zum Vorjahr um 1 Tag auf 73 (zweitniedrigster Wert nach Salzburg mit 72 Tagen).

Betrachtet man die **Arbeitslosigkeit nach Altersgruppen** so kann folgendes festgestellt werden:

- Situation der unter 19jährigen:
761 Personen arbeitslos gemeldet
Rückgang um 112 Personen oder -12%
- Situation der 20 bis 24jährigen:
2.651 Personen arbeitslos gemeldet
Rückgang um 250 Personen oder -8,6%
- Situation der 25 bis 49jährigen:
12.205 Personen arbeitslos gemeldet
Rückgang um 720 oder -5,6%
- Situation der über 50jährigen:
3.537 Personen arbeitslos gemeldet
Zunahme um 39 Personen oder +1,1%

Bei der Anzahl der **Langzeitarbeitslosen** kam es bei den länger als 6 Monate vorgemerkten Personen (2.074) zu einem Rückgang um 84 Personen oder -3,9%. Bei der Gruppe der 588 länger als ein Jahr vorgemerkten Arbeitslosen ist ein Anstieg um 84 Personen oder +16,7% festzustellen.

Die **Ausländerarbeitslosigkeit** betrug 2010 3.685 Personen, das sind um 142 Personen bzw. -3,7% weniger als 2009.

Stellenandrangsziffer:

Die Stellenandrangsziffer (vorgemerkte Arbeitslose pro offener Stelle im Durchschnitt) ist 2010 auf 7,0 zurückgegangen (-2,5).

Entwicklung des Lehrstellenmarktes:

Der Lehrstellenmarkt ist mit einer Lehrstellenandrangsziffer von 0,7 unausgeglichen. Den 413 (-44 oder -9,6%) im Jahresmittel vorgemerkten lehrstellensuchenden Jugendlichen stehen durchschnittlich 610 (+91 oder +17,5%) gemeldete freie Lehrstellen gegenüber. Über die Hälfte des Lehrstellenangebotes (62,5%) bewegt sich im Tourismusbereich. Das Interesse der Jugendlichen ist nach wie vor überwiegend in den Bereichen Handel (20,6%) und Metall/Elektro (17,4%) konzentriert, lediglich 7,7% suchen eine Lehrstelle im Tourismus.

Regionale Arbeitsmarktlage 2010 in Tirol:

Bezirk	unselbständig Beschäftigte	Arbeitslose	Arbeitslosenquote
IM	24.401	1.786	6,8
I und IL	117.424	6.498	5,2
KB	23.944	1.602	6,3
KU	41.350	2.490	5,7
LA	18.063	2.040	10,1
LZ	17.847	1.935	9,8
RE	12.569	774	5,8
SZ	33.534	2.031	5,7

1.4.2 Tiroler Arbeitsmarkt im April 2011

Quelle: Newsletter des AMS-Tirol, Datenstand April 2011, 10 Mai 2011

Nach einer kurzen saisonbedingten Unterbrechung Ende März 2011 setzt sich die positive Entwicklung im April 2011 in Tirol fort.

Unselbständig Beschäftigte und Arbeitslosenquote:

Bei einem prognostizierten Stand von **282.726 unselbständig Beschäftigten** (ein Plus von 945 Personen im Vorjahresvergleich) und 23.032 (ein Minus von 2.750 Personen verglichen zum Vorjahr) vorgemerkten Arbeitslosen betrug die **Arbeitslosenquote in Tirol im April 7,5%** (April 2010: 8,3%).

Einen deutlichen Anteil am Rückgang trägt die Beherbergung und Gastronomie bei, aber auch die weiteren Rückgänge im Produktionsbereich, Verkehr und Handel unterstreichen den wirtschaftlichen Aufschwung in Tirol.

Ein Blick auf die Bezirke:

Regional betrachtet ist die Arbeitslosigkeit in allen Bezirken gesunken. Das größte Minus verzeichnet Imst mit -23,7% oder -557, gefolgt von Schwaz (-19,2% oder -593), Landeck (-14,7% oder -473), Kufstein (-11,9% oder -385), Lienz (-9,8% oder -236), Reutte (-5,2% oder -75), Innsbruck (-4,9% oder -353) und Kitzbühel (-2,8% oder -78).

Der Tiroler Lehrstellenmarkt:

Am Lehrstellenmarkt gingen die gemeldeten freien Lehrstellen im Vergleich zum April 2010 um -57 oder -10,6% auf 486 zurück. Die Zahl der 315 Lehrstellensuchenden stieg um +35 oder +12,5%. Das ergibt eine Lehrstellenandrangziffer von 0,7.

Schulungs- und Ausbildungsaktivitäten:

Im April 2011 nahmen 2.499 Personen an Schulungs- und Ausbildungsaktivitäten des AMS Tirol teil, das sind im Vorjahresvergleich um -637 oder -20,3% weniger.

1.4.3 Arbeitsmarktvorausschau

Quelle: AMS info 182, Der österreichische Arbeitsmarkt im Jahr 2011, April 2011

Das Forschungsinstitut Synthesis führt regelmäßig im Auftrag des Arbeitsmarktservice Prognosen zur Entwicklung des österreichischen Arbeitsmarktes durch.

Im Jahr 2011 setzt sich die im Vorjahr begonnene Konjunkturerholung auf breiterer Basis fort. Die für den Aufschwung maßgebliche Exportwirtschaft bleibt treibende Kraft, allerdings gewinnt die Binnennachfrage zunehmend an Bedeutung. Dadurch erhöht sich die Aussicht auf ein anhaltendes Wachstum der österreichischen Wirtschaft. Die derzeitige Zuversicht der Konsument/innen und Produzenten zeigt sich einerseits in einem (moderaten) Anstieg des privaten Konsums, andererseits in erhöhter Investitionstätigkeit

Die dynamische Wirtschaftsentwicklung im Prognosezeitraum steigert die betriebliche Nachfrage nach Arbeitskräften: **Der Bestand an unselbständig Aktivbeschäftigten wird im Jahr 2011 um mehr als 55.000 ansteigen.**

Die heimischen Unternehmen können nach dem Wachstumseinbruch 2009 wieder zuversichtlich in die Zukunft blicken: Sie sind aufgrund steigender Auftragseingänge und wachsender Auslastung in der Lage, zusätzliches Personal einzustellen. Im laufenden Jahr wird sich der Bestand an unselbständig (Aktiv-)Beschäftigten österreichweit um 1,7% ausweiten. Dabei zeigt sich – wie auch schon zuletzt – ein Trend zu mehr Teilzeitstellen: Das geleistete Arbeitsvolumen verteilt sich bei den unselbständig Beschäftigten auf zunehmend mehr Personen.

Der Beschäftigungsanstieg von 55.300 wird Männern (+29.000) und Frauen (+26.300) gleichermaßen zugute kommen. Die meisten zusätzlichen Beschäftigungsverhältnisse im Jahr 2011 werden in den »Sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen« entstehen.

Die **Entwicklung des Arbeitskräfteangebotes** hat einen zentralen Stellenwert im Arbeitsmarktgeschehen: Sie markiert die Zahl der zu schaffenden Stellen, die notwendig sind, um einen Anstieg der Arbeitslosigkeit abzuwenden.

Das Arbeitskräfteangebot verhält sich prozyklisch: Die aussichtsreiche Wirtschaftslage ermöglicht es mehr Menschen, (wieder) am Arbeitsmarkt aktiv zu werden. Im Jahr 2011 wird sich das Angebot an Arbeitskräften daher um 44.000 erhöhen.

Die Öffnung des Arbeitsmarktes für Arbeitskräfte aus den EU-Staaten ab Mai 2011 wird das Arbeitskräfteangebot bis Ende 2012 um rund 15.000 ausweiten.

Die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung hat zusätzlich einen (geringen) expansiven Effekt auf das Arbeitsangebot.

Im Jahr 2011 wird die Zahl der **Schulungsteilnehmenden** infolge von Budgetmittelkürzungen um rund 13.100 zurückgehen; dies hat einen »angebotserweiternden« Effekt.

Dank der konjunkturellen Dynamik in den kommenden Jahren eröffnen sich zahlreiche neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Dies führt zu einer Entlastung des Arbeitslosenregisters: Die Zahl der Vormerkungen sinkt im Jahr 2011 um 11.300; der jahresdurchschnittliche Bestand an vorgemerkten Arbeitslosen wird sich auf 239.500 verringern.

Im laufenden Jahr gelingt auch eine Reduktion der **Arbeitslosigkeit**: Ausgehend von einem Wert von 6,9% im Jahr 2010 wird sie 2011 um 0,4 Prozentpunkte abnehmen.

Die Arbeitslosenquote für Frauen wird im Jahr 2011 um 0,2 Prozentpunkte sinken und schließlich einen Wert von 6,0% erreichen, jene der Männer wird 6,9% betragen (nach 7,5% im Vorjahr).

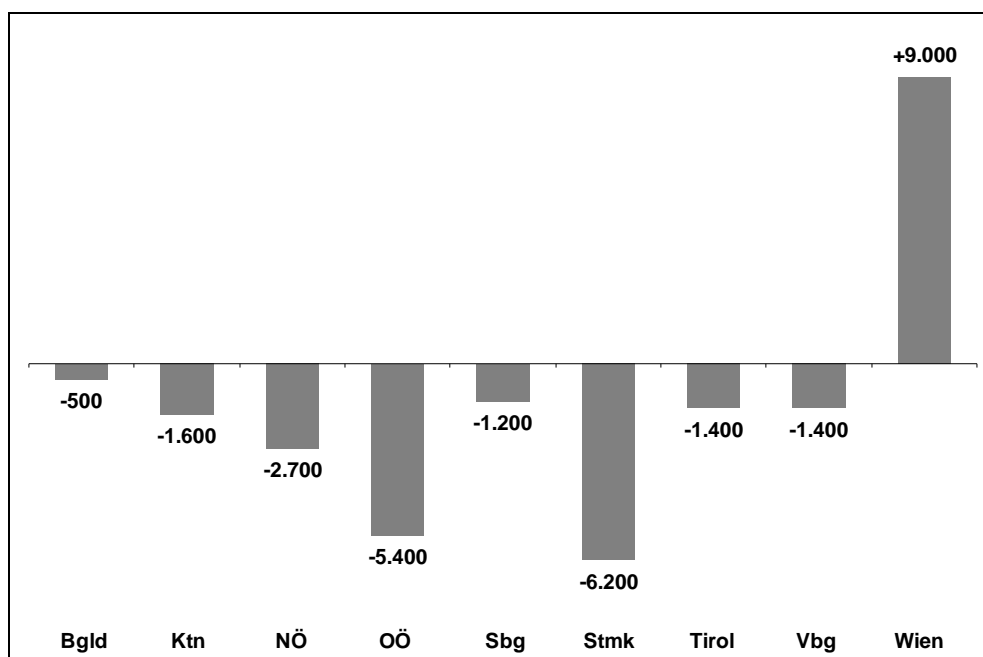
Regionale Entwicklung der Arbeitslosigkeit:

Während österreichweit der Bestand an vorgemerkten Arbeitslosen gesenkt werden kann, nimmt die Zahl der Vormerkungen in der Bundeshauptstadt zu. Das einzige Bundesland, in dem sich der Arbeitslosenbestand erhöhen wird, ist Wien (+9.000).

Aufgrund der großen Bedeutung des Industriesektors in der Steiermark (-17,8 Prozent) und in Oberösterreich (-18,2 Prozent) werden diese beiden Bundesländer den (relativ betrachtet) höchsten Rückgang der Arbeitslosigkeit verzeichnen.

Regional gesehen wird die Arbeitsmarktentwicklung für die westlichen Bundesländer (Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg) am günstigsten sein, während sie für die Ostregion weniger vorteilhaft ausfällt.

Regionale Entwicklung der Arbeitslosigkeit 2011 – Veränderung der vorgemerkten Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr:



1.4.4 Arbeitsmarktöffnung am 1. Mai 2011

Die Übergangsfristen für die EU-Mitgliedstaaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien und Ungarn sind mit 1. Mai 2011 ausgelaufen. Arbeitskräfte aus diesen Staaten haben damit das Recht auf Arbeitnehmerfreizügigkeit und können unter den gleichen Voraussetzungen wie österreichische Staatsbürger jede beliebige Beschäftigung aufnehmen und ausüben. Sie haben Anspruch auf jenes Bruttoentgelt, das den für österreichische Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmerinnen geltenden Kollektivvertrags- und Mindestlohntarifregelungen entspricht und müssen entsprechend zur Sozialversicherung angemeldet werden. Durch das Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping wird sichergestellt, dass alle in Österreich beschäftigten Arbeitnehmer/innen jedenfalls den kollektivvertraglich festgesetzten Grundlohn erhalten. Damit wird einer Nivellierung des Lohnniveaus nach unten ein Riegel vorgeschoben (Quelle: BMASK-online, Stand 24. Mai 2011)

Konkrete Auswirkungen ergeben sich laut Medieninformation des AMS-Tirol vom 18. April 2011 durch die Arbeitsmarktöffnung auf das Saisoniermodell neu und auf die Saisonkontingente. Profitieren können laut AMS davon sowohl die heimische Wirtschaft, als auch Stammsaisoniers und Kontingent Saisoniers.

- **Saisoniermodell neu ab 1. Mai 2011**
Stammsaisoniers: Ausländer, die vom 1.1.2006 bis 31.12.2010 alljährlich in derselben Branche (Tourismus oder Land- und Forstwirtschaft) mindestens 4 Monate (auch mit Unterbrechungen) im Rahmen von Saisonkontingenten beschäftigt waren können sich nach In-Kraft-Treten der Regelung (22. 4. 2011) in jeder Geschäftsstelle des AMS als Stammsaisoniers für eine weitere Beschäftigung im selben Wirtschaftszweig registrieren lassen. Nach dem 30. April 2012 ist keine Registrierung mehr möglich.
- **Saisonkontingente ab 1. Mai 2011**
Für Saisoniers, die nicht zu den Stammhilfskräften zählen, wird ein Restkontingent vorgesehen. Ausländer, die sich bereits rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten (insbesondere Asylwerber, Studenten, etc) sowie Rumänen und Bulgaren sind bevorzugt zuzulassen.
- **Vormerkung von EWR-Bürger/innen beim AMS ab 1. Mai 2011**
Staatsangehörige der alten EWR-Mitgliedstaaten und der am 1. Mai 2004 beigetretenen neuen Mitgliedstaaten genießen in Österreich Niederlassungsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit. Angehörige dieser Staaten können nur dann beim AMS arbeitslos vorgemerkt werden, wenn sie in Österreich einen Wohnsitz haben und unionsrechtlich zu einem mehr als dreimonatigen Aufenthalt berechtigt sind.
- **„Rot-Weiß-Rot-Karte“**
Das neue kriteriengeleitete Zuwanderungsmodell („Rot-Weiß-Rot-Karte“) tritt mit 1. Juli 2011 in Kraft.

Laut **AMS-Tirol** ist mit keinen außerordentlichen Störungen des Arbeitsmarktes zu rechnen. Groben Schätzungen zufolge könnten durch die Öffnung der Arbeitsmärkte für osteuropäische EU-Bürger/innen zwischen 15.000 und 25.000 zusätzliche ausländische Arbeitskräfte für Österreich zu erwarten sein. **In Tirol** wird die Zahl **zwischen 1.500 und 2.500 liegen**.

Das **Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung WIFO** teilt in einer Presseinformation vom 8. April 2011 mit, dass ein Ansturm auf den österreichischen Arbeitsmarkt nach dem Ende der Übergangsfristen für die 2004 beigetretenen ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedsländer mit 1. Mai 2011 ausbleiben wird. Dies zeigt eine aktuelle WIFO-Studie, die die Bereitschaft zu grenzüberschreitender Mobilität in den Nachbarländern Tschechien, Slowakei und Ungarn auf Basis einer breit angelegten Befragung untersucht. Demnach wären etwa 0,4% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) bereit, innerhalb der nächsten zwei Jahre aus Tschechien, der Slowakei oder Ungarn nach Österreich zu pendeln oder zu migrieren und haben dazu bereits Vorbereitungsschritte unternommen.

Unter Berücksichtigung der bisherigen Zuwanderung aus diesen drei Ländern und unter realistischen Annahmen über die Entwicklung der Arbeitskräftenachfrage in Österreich schätzt das WIFO den **Zugang von Arbeitskräften aus Tschechien, der Slowakei und**

Ungarn zur Beschäftigung in Österreich für die ersten zwei Jahre nach Ende der Übergangsfristen auf durchschnittlich 21.000 bis 26.000 Personen (Migration und Pendeln) pro Jahr. Dies entspricht einem zusätzlichen Angebot gegenüber dem Durchschnitt der Migration aus diesen drei Ländern seit der EU-Osterweiterung (rund 9.400 Personen pro Jahr) von 11.500 bis 16.500 Arbeitskräften p. a.

Der Großteil der mobilitätsbereiten Bevölkerung (76,1%) weist einen sekundären Bildungsabschluss auf (Facharbeiter- bzw. Maturaniveau) und ist damit gut qualifiziert. Zudem verfügt die Mehrheit über gute Deutschkenntnisse. Viele beabsichtigen nur eine temporäre Beschäftigung in Österreich: Etwa ein Zehntel (8,6%) möchte nur 1 bis 2 Jahre in Österreich arbeiten, ein Drittel (32,6%) etwa 3 bis 5 Jahre. Etwa 40% würden Saisonarbeit einer Dauerbeschäftigung vorziehen. In Übereinstimmung mit diesen Ergebnissen zählen vor allem saisonorientierte Sektoren wie Bauwesen, Beherbergung und Gastronomie sowie Land- und Forstwirtschaft zu den bevorzugten Branchen, aber auch das verarbeitende Gewerbe.

Österreich ist jedoch nicht das einzige Zielland für eine potentielle Migrations- und Pendelbewegung aus Tschechien, der Slowakei und Ungarn: Die Bereitschaft, in Deutschland zu arbeiten, ist insbesondere in den nordwestlichen Regionen Tschechiens, aber auch im übrigen Untersuchungsgebiet deutlich höher als die Bereitschaft, in Österreich zu arbeiten. Auch Großbritannien zählt weiterhin zu den beliebtesten Zielländern. Für Österreich als Zielland spricht neben den guten Verdienstmöglichkeiten vor allem die geographische Nähe. Überdurchschnittlich ist die Bereitschaft, in Österreich zu arbeiten, vor allem in den Grenzregionen der drei untersuchten Länder, die in Pendeldistanz zu Österreich liegen. **Insgesamt sind in Österreich daher mehr Pendler und Pendlerinnen als Migranten und Migrantinnen zu erwarten.**

Zwar unterscheiden sich Löhne und Wirtschaftsleistung auch weiterhin zwischen Österreich und den Beitrittsländern von 2004, die Lücke hat sich jedoch bereits zu einem beträchtlichen Teil geschlossen. Insbesondere zwischen dem EU-Beitritt 2004 und 2008 holten die neuen EU-Länder gegenüber Österreich und dem EU-Durchschnitt auf. Zwar wurden die ostmitteleuropäischen EU-Länder (mit Ausnahme Polens) überdurchschnittlich von der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise getroffen, dennoch ist ihre Wirtschaftslage heute fast durchwegs besser als 2004. Setzt sich der wirtschaftliche Konvergenzprozess der letzten Jahre fort (worauf auch die aktuellen Wirtschaftsprognosen hindeuten), dann wird die Mobilitätsbereitschaft aus den ostmitteleuropäischen EU-Ländern nach Österreich mittelfristig nachlassen.

1.4.5 Einkommensentwicklung

Arbeitnehmereinkommen:

Quelle: AK-Wien, Die Bruttoeinkommen von Arbeitern und Angestellten im Jahr 2009, Sept. 2010

Das Medianeinkommen in Tirol (brutto, p.m.) lag 2009 bei EUR 1.782 und damit an zweit-letzter Stelle in Österreich. (Anmerkung: Der Median teilt die Einkommensverteilung in exakt zwei gleiche Teile, d.h. jeweils die Hälfte der Personen verfügt über weniger Äquivalenzeinkommen als diesen Wert, die Hälfte der Personen verfügt über mehr. Der Median des Äquivalenzeinkommens kann daher als mittlerer Lebensstandard bezeichnet werden)

Medianeinkommen nach Bundesländern (ohne Sonderzahlungen) in Österreich 2009:

	insgesamt	Männer	Frauen
	50% verdienen weniger als ...EUR, btto/Monat		
Burgenland	1.631	1.897	1.275
Kärnten	1.800	2.126	1.398
Niederösterreich	1.833	2.127	1.398
Oberösterreich	1.923	2.299	1.403
Salzburg	1.809	2.163	1.443
Steiermark	1.839	2.182	1.365
Tirol	1.782	2.121	1.419
Vorarlberg	1.965	2.395	1.479
Wien	1.970	2.226	1.714
ÖSTERREICH	1.883	2.211	1.483

Medianeinkommen nach Bezirken (ohne Sonderzahlungen):

	insgesamt	Männer	Frauen
	50% verdienen weniger als ...EUR, btto/Monat		
Innsbruck-Stadt	1.850	2.259	1.455
Imst	1.688	1.936	1.406
Innsbruck-Land	1.762	2.134	1.366
Kitzbühel	1.646	1.881	1.384
Kufstein	1.793	2.157	1.355
Landeck	1.707	1.905	1.517
Lienz	1.714	2.043	1.253
Reutte	1.797	2.156	1.412
Schwaz	1.761	2.089	1.431
Tirol	1.782	2.121	1.419

Zur Situation der Arbeitnehmereinkommen in Tirol wurden bereits in früheren Wirtschaftsberichten verschiedene Erklärungsansätze dargestellt, die aufgrund der nach wie vor gültigen Relevanz der Aussagen auch an dieser Stelle festgehalten werden:

Wirtschaftsstruktur:

Auf die Einkommensstatistik wirkt sich vor allem aus, dass Tirol im Vergleich zu anderen Bundesländern in Österreich einen sehr hohen Anteil an Dienstleistungsbranchen sowie einen geringeren Anteil an Sachgüterproduktionen hat. Hinzu kommt, dass in Tirol nur wenige internationale Konzerne und Großbetriebe mit hoch ausgebildeten Mitarbeitern ihren Sitz haben.

Qualifikation:

Die Mitarbeiterqualifikation spielt im Bundesländervergleich keine wesentliche Rolle, jedoch ist vielfach feststellbar, dass Lehrlinge nach einigen Jahren aus ihrem erlernten Beruf aussteigen und Hilfsarbeiter- bzw. angelernte Tätigkeiten übernehmen.

Arbeitszeit und saisonale Auswirkungen:

Bei den Gegenüberstellungen ist weiters zu berücksichtigen, dass in den Statistiken des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger die Bruttoverdienste nicht arbeitszeitbereinigt werden. Für Bundesländer mit hoher Teilzeitbeschäftigung (z.B. Tirol) bedeutet dies automatisch ein geringeres Durchschnittseinkommen. Das gleiche gilt für die statistischen Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen. Weiters ist zu beachten, dass Teilzeitbeschäftigungen großteils in weniger qualifizierten Stellen angeboten werden.

Auch das saisonale Moment ist in Tirol nicht zu übergehen, da in wesentlichen Branchen nicht ganzjährig gearbeitet werden kann und die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung keinen Einfluss auf die Einkommensstatistik haben.

Studie „Einkommen und Armut in Tirol“:

Quelle: Abt. Raumordnung - Statistik, Studie „Einkommen und Armut in Tirol“ –
Ergebnisse aus EU-SILC 2008, März 2011, www.tirol.gv.at/buerger/statistik/publikationen/

EU-SILC (Statistics on Income and Living Conditions) bezeichnet eine Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen von Privathaushalten in Europa. Sie bildet eine wichtige Grundlage für die Europäische Sozialstatistik.

In Österreich wurde EU-SILC erstmals 2003 als einmalige Querschnitterhebung von STATISTIK AUSTRIA durchgeführt. Mit 2004 begann eine integrierte Längs- und Quer-

schnittserhebung – das heißt jeweils rund drei Viertel der Haushalte werden auch im Folgejahr wieder befragt, ein Viertel der Stichprobe kommt jährlich neu dazu. Grundlage für die Stichprobe ist eine reine Zufallsauswahl aus dem zentralen Melderegister. Alle Personen eines Haushalts ab 16 Jahren werden persönlich befragt. Zusätzlich werden grundlegende Informationen zu Kindern erhoben, womit sich auf Bundesebene ein umfassendes Bild der Einkommens- und Lebenssituation von Menschen in österreichischen Haushalten zeichnen lässt.

Ergebnisse:

Auf Grundlage der Daten aus der EU-SILC–Erhebung 2008 kann auf das verfügbare Einkommen der Tiroler Haushalte hochgerechnet werden. Als Einkommenszeitraum gilt jeweils das Vorjahr, in der Erhebung EU-SILC 2008 also das Jahr 2007.

Berechnung des verfügbaren Haushaltseinkommens:

Erwerbseinkommen aus unselbständiger und selbständiger Erwerbstätigkeit

+ Kapitalerträge (Zinsen und Dividenden)

= Markteinkommen brutto

+ Pensionen (Eigen- und Hinterbliebenenpensionen)

= Primäreinkommen brutto

+ Sozialtransfers (Arbeitslosengeld, Familienleistungen, Wohnbeihilfen ...)

= Brutto-Einkommen

- Steuern und Sozialabgaben

= Netto-Einkommen

+/- regelmäßige Privattransfers (Alimente, Unterhaltszahlungen, ...)

= verfügbare Haushaltseinkommen

- Das verfügbare Einkommen der Haushalte ist im Median in Tirol und Österreich mit 28.724 Euro bzw. 28.592 Euro ähnlich hoch. Der Median des verfügbaren Haushaltseinkommens zeigt über die Jahre einen leichten Aufwärtstrend.
- Das Einkommen von den 20% der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen ist in Tirol etwa 3,6 Mal höher als jenes der 20% mit dem geringsten Einkommen. Österreichweit ist dieses Verhältnis rund 3,7.
- Im europäischen Vergleich ist das äquivalisierte Haushaltseinkommen der Tiroler/innen deutlich gleicher verteilt, als der Durchschnitt der Bürger/innen der 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Die Gleichheit der Einkommensverteilung betreffend, liegt Tirol im europäischen Spitzenfeld, wie beide Verteilungsindikatoren zeigen. Betrachtet man den GINI- Koeffizienten weisen lediglich Slowenien, die Slowakei und Schweden eine gleichere Verteilung auf, Norwegen, Ungarn, Dänemark und die Tschechische Republik verzeichnen die selben GINI- Koeffizienten wie Tirol, wobei

Norwegen eine etwas höhere S80/S20 Quote aufweist und die Tschechische Republik eine geringfügig niedrigere.

- Im Untersuchungszeitraum liegt der Median des äquivalisierten Einkommens in Tirol bei EUR 18.767 jährlich. D.h. 50 % der Haushalte verdienen mehr, 50 % verdienen weniger als EUR 18.767. Das mediane Äquivalenzeinkommen in Österreich beträgt EUR 19.011.

Das durchschnittliche Haushaltseinkommen liegt in Tirol um knapp 1,3 % unter dem Österreichschnitt. Im Jahre 2007 lag dieser Unterschied bei rund 2,0 %, und im Jahre 2006 lag er noch bei rund 7,7%. Das äquivalisierte Haushaltseinkommen stieg in Tirol von 2007 auf 2008 um rund 5% und in Österreich um zirka 4,2%.

Subjektive Wahrnehmung der Lebenssituation in Tirol:

- Etwas mehr als drei Viertel der Tiroler/innen, die in Mehrpersonenhaushalten leben, sind mit ihrem Haushaltseinkommen zufrieden. Etwa 16% geben an mit dem Einkommen sehr zufrieden zu sein. Nur rund 2% der befragten Personen sind mit dem Haushaltseinkommen sehr unzufrieden.
- Jeweils etwas mehr als zwei Drittel der Personen in Mehrpersonenhaushalten und in Einpersonenhaushalten bekunden Zufriedenheit mit ihrem persönlichen Einkommen. Etwa 12% der Tiroler/innen die in Mehrpersonenhaushalten leben, und rund 18% die in Einpersonenhaushalten leben, sind mit ihrem persönlichen Einkommen sehr zufrieden. Sehr unzufrieden mit ihrem persönlichen Einkommen zu sein geben etwa 7% der Personen in Mehrpersonenhaushalten und rund 4% der Personen in Einpersonenhaushalten an.

Armutsgefährdung:

Quelle: Wirtschaftskammer Tirol, Wirtschaftsdaten Aktuell+Kompakt Nr. 2/2011

Die aktuelle Armutsgefährdungsschwelle für einen Einpersonenhaushalt beträgt laut EU-SILC 2009 EUR 994 pro Monat. In Österreich sind 12% der Bevölkerung armutsgefährdet (bzw. mit 95% Wahrscheinlichkeit zwischen 11% und 13%). In Tirol sind 7,1% der Bevölkerung armutsgefährdet, das sind rund 48.000 Personen. **Im Vergleich der Bundesländer ist die Armutsgefährdung daher in Tirol am geringsten.**

Armutsgefährdungsquote 2009 mit Schwankungsbreite für Österreich u. die Bundesländer:

	Armutsgefährdung		Konfidenzintervall 95%			
			untere Grenze		obere Grenze	
	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000
Österreich	12,0	993	11,1	916	12,9	1.069
Burgenland	11,2	31	6,6	18	15,9	44
Kärnten	15,1	83	11,6	63	18,6	102
Niederösterreich	10,1	158	8,2	128	12,0	189
Oberösterreich	9,9	141	8,0	114	11,7	167
Salzburg	10,3	55	7,0	37	13,6	73
Steiermark	12,5	147	10,1	119	15	176
Tirol	7,1	48	4,6	31	9,7	65
Vorarlberg	11,5	47	6,8	27	16,2	66
Wien	17,1	283	14,4	239	19,8	327

Quelle: BM für Arbeit, Soziales u. Konsumentenschutz, Armutsgefährdung und Lebensbedingungen in Österreich – Ergebnisse aus EU-SILC 2009, Sozialpolitische Studienreihe Band 5

Kaufkraft:

Quelle: RegioData Research Wien; Mai 2011

Mit einem nominellen Plus von 2,5% für das vergangene Jahr konnte die Kaufkraft der Österreicher das zweite Jahr in Folge auch inflationsbereinigt steigen. Für 2011 sind die Prognosen jedoch pessimistischer: Die Kaufkraft steigt zwar wieder um rund 2,5%, die erwartete Inflation liegt aber darüber.

Kaufkraft der Bundesländer 2010 im Vergleich:

Bundesland	Kaufkraftindex 2010	Kaufkraft pro Einwohner in EUR
Wien	104,4	19.140
Salzburg	104,2	19.100
Niederösterreich	103,1	18.900
Oberösterreich	99,1	18.160
Vorarlberg	99,0	18.150
Tirol	97,4	17.850
Steiermark	94,6	17.350
Kärnten	94,5	17.320
Burgenland	94,3	17.290
Österreich gesamt	100,0	18.330

Während viele europäische Länder angesichts der globalen Wirtschaftskrise mit teils dramatischen Kaufkraftrückgängen konfrontiert waren, haben sich die Österreicher krisenresistenter denn je gezeigt. So stieg selbst im Krisenjahr 2009 die Kaufkraft der Österreicher nominell um 1% und 2010 um 2,5%. Dank der niedrigen Inflation, besonders im Jahr 2009, ergaben sich damit trotz Krise reale Kaufkraftzuwächse.

Die RegioData **Kaufkraftkennziffern** stellen das regionale Wohlstandsniveau eines Landes auf übersichtliche Art und Weise dar. Unter Kaufkraft versteht man die Fähigkeit, innerhalb eines Jahres mit zur Verfügung stehenden Geldmitteln, Güter, Dienstleistungen und Rechte erwerben zu können.

Die Errechnung beruht auf einer Erfassung des disponiblen Einkommens und inkludiert Einkommen (aus der Lohn- und Einkommensstatistik) und Transfereinkommen (Pensionen, Arbeitslosengeld, Familienbeihilfe) der Bevölkerung (Steuern und Pflichtbeiträge zur Sozial-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung werden abgezogen).

1.4.6 Arbeitsmarktvergleiche

Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino:

Quelle: Autonome Provinz Bozen-Südtirol, Landesinstitut für Statistik, astatinfo Nr. 27, Mai 2011

Erwerbsquote:

Erwerbsquote nach Geschlecht, internationaler Vergleich, Jahr 2009

	Tirol	Südtirol	Trentino	AT	IT	DE	EU-27
Männer	82,6	80,8	77,0	81,0	73,7	82,3	77,8
Frauen	70,5	64,2	60,9	69,6	51,1	71,4	64,3
Insgesamt	76,5	72,6	69,0	75,3	62,4	76,9	71,0

Anmerkung: Ergebnisse der EU-weit durchgeführten Stichprobenerhebung der Arbeitskräfte

Teilzeitbeschäftigte:

Teilzeitbeschäftigte nach Geschlecht, internationaler Vergleich, Jahr 2009, in Prozenten der Erwerbstätigen

	Tirol	Südtirol	Trentino	AT	IT	DE	NL	EU-27
Männer	8,6	5,0	4,6	8,7	5,1	9,7	24,9	8,3
Frauen	47,4	37,3	35,5	42,9	27,9	45,3	75,8	31,4
Insgesamt	26,6	18,9	17,8	24,6	14,3	26,1	48,3	18,8

Anmerkung: Ergebnisse der EU-weit durchgeführten Stichprobenerhebung der Arbeitskräfte

Arbeitslosenquote:

Arbeitslosenquoten nach Geschlecht, internationaler Vergleich, Jahr 2009

	Tirol	Südtirol	Trentino	AT	IT	DE	EU-27
Männer	2,8	2,5	2,7	5,0	6,8	8,1	9,0
Frauen	2,9	3,4	4,6	4,6	9,3	7,2	8,9
Insgesamt	2,9	2,9	3,5	4,8	7,8	7,7	8,9

Anmerkung: Ergebnisse der EU-weit durchgeführten Stichprobenerhebung der Arbeitskräfte

Jugendarbeitslosenquoten nach Geschlecht, internationaler Vergleich, Jahr 2009

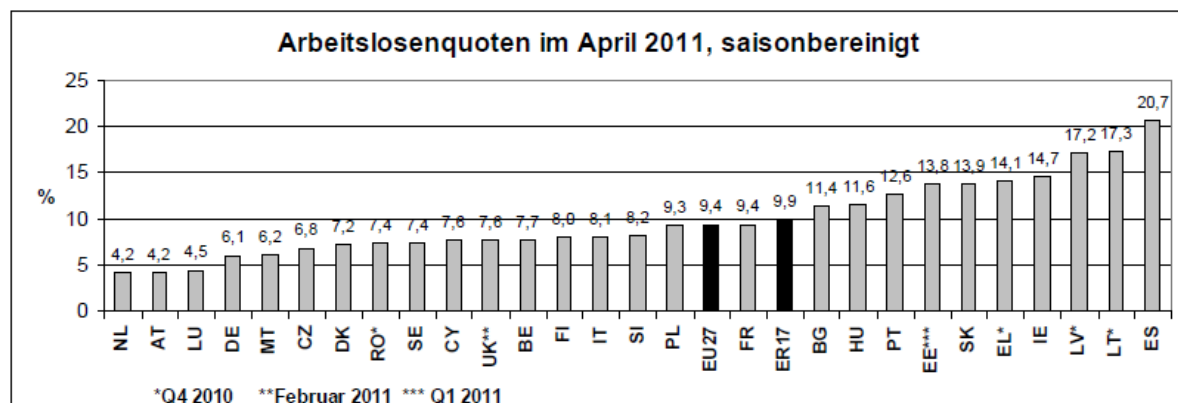
	Tirol	Südtirol	Trentino	AT	IT	DE	EU-27
Männer	7,5	8,1	9,2	10,5	23,3	12,4	20,9
Frauen	5,2	10,1	15,1	9,4	28,7	9,7	18,6
Insgesamt	6,4	8,9	11,5	10,0	25,4	11,2	19,9

Anmerkung: Ergebnisse der EU-weit durchgeführten Stichprobenerhebung der Arbeitskräfte

EU-Arbeitslosenquoten im April 2011:

Im Euroraum (ER17) lag laut Eurostat-Pressemitteilung vom 31. Mai 2011 die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im April 2011 bei 9,9%, unverändert gegenüber dem März. Im April 2010 hatte sie 10,2% betragen. In der EU27 lag die Arbeitslosenquote im April 2011 bei 9,4%, gegenüber 9,5% im März. Im April 2010 hatte sie 9,7% betragen.

Eurostat schätzt, dass im April 2011 in der EU27 insgesamt 22,547 Millionen Männer und Frauen arbeitslos waren.



2 Wirtschaftspolitische Aktionsfelder des Landes Tirol

2.1 Strategischer Handlungsrahmen

Tiroler Wirtschaftsleitbild:

Das Tiroler Wirtschaftsleitbild wurde 1998 vom Tiroler Landtag beschlossen. Eine Vielzahl von Maßnahmen konnte bisher umgesetzt werden, wie beispielsweise die Veränderung der Bildungslandschaft, die Neuausrichtung der Wirtschaftsförderungsaktionen, die Einrichtung der Tiroler Zukunftsstiftung bzw. Standortagentur Tirol und die Weiterentwicklung der Stärkefelder Tirols zeigen.

Entscheidender Faktor für den weiteren Umgang mit dem Leitbild ist die laufende Beobachtung und Bewertung der Umsetzungsfortschritte im Sinne einer Evaluierung und eine Fortschreibung und Anpassung des Leitbildes an sich ändernde Gegebenheiten und Erfordernisse. In den vergangenen Jahren wurden bereits Schritte zur Evaluierung des Wirtschaftsleitbildes gesetzt.

Die Arbeiten zur Fortschreibung bzw. Weiterentwicklung des Wirtschaftsleitbildes Tirol sind bereits weit fortgeschritten und eine Vorlage an den Tiroler Landtag ist noch heuer möglich.

Standortmarke Tirol:

Tirol hat mit der Erweiterung der Marke Tirol von einer Urlaubsmarke zu einer umfassenden Standortmarke vor einigen Jahren einen großen Schritt hin zu einer integrierten Vermarktung des Standortes Tirol gesetzt. Die Marke Tirol, welche bisher nur für das Urlaubsland im Herz der Alpen stand, steht nunmehr auch für den qualitätsvollen Wirtschafts- und Forschungsstandort. Die positive Kraft der Marke Tirol sowie das durch den Tourismus über mehr als 100 Jahre aufgebaute positive Image kann auf diese Weise nun auch für den Wirtschafts- und Forschungsstandort marketingmäßig genutzt werden. Dafür verantwortlich zeichnen die beiden Organisationen Tirol Werbung und Standortagentur Tirol, welche in den vergangenen Jahren mit einheitlichem Corporate Design und das Tirol Logo nutzend eine Vielzahl von gemeinsamen Marketing-Projekte umgesetzt haben, von gemeinsamen Auftritten bei großen Sportveranstaltungen wie im Rahmen der Olympischen Spiele in Turin 2006 oder in Vancouver 2010 bis zur Zusammenarbeit bezüglich des wissenschaftlichen Kongresstourismus mit dem ersten Kongressdialog (UNI Innsbruck, Standortagentur, TW), oder auch gemeinsamen technischen Entwicklungen wie dem Aufbau eines Pools von georeferenzierten Daten, welche für digitale Anwendungen (zB Karten, Mobiles, etc) wertvolle Grundlagen liefern und dem gesamten Standort nützen.

Mit der Neupositionierung der Marke Tirol wird ein Leistungsversprechen abgegeben, das Land nicht nur im Tourismusbereich, sondern auch im so wichtigen Bildungs- und Forschungsbereich sowie in der Standortqualität für Unternehmen zu einem führenden Standort im Alpenraum zu machen.

Die Zusammenarbeit der 3 Vermarktungseinrichtungen Tirol Werbung, Standortagentur und Agrarmarketing Tirol wird derzeit evaluiert und damit die Grundlage für eine Weiterentwicklung der Standortstrategie 2006 bis 2010 geschaffen. Sich daraus bereits ableitende Verbesserungsvorschläge sind etwa die Entwicklung gemeinsamer Jahresarbeitsprogramme über einzelne Projektkooperationen hinaus, die Ausrichtung des Fokus von Kooperationsprojekten nicht nur auf Marketing, sondern auch auf die Standortentwicklung (zum Beispiel Aufbau eines Geodatenpools für den Tourismus- und Wirtschaftsstandort) und die Entwicklung von besser messbaren strategischen Zielen zur besseren Überprüfbarkeit der Zielerreichung.

An dieser Stelle sei auch darauf hingewiesen, dass im Bericht aus Gründen der konzentrierten Berichterstattung die Darstellung der rechtlich bindenden **Vorgaben der Europäischen Union und des Bundes**, die den Handlungsrahmen für die Tiroler Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Tourismus- und Energiepolitik in Teilbereichen bestimmen, nur eingeschränkt möglich ist.

Wesentlichen Einfluss auf den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Tirol wird auch mit der Umsetzung verschiedener vom Tiroler Landtag beschlossener **Strategiepapiere zur Tiroler Landesentwicklung** wie beispielsweise dem „Leitbild Zukunftsraum Tirol“ und den Programmen der EU-Regionalpolitik für Tirol (2007-2013) genommen. Informationen über den Stand der Arbeiten sind über die zuständige Stelle beim Amt der Landesregierung verfügbar bzw. auch unter:

- ZukunftsRaum Tirol:
<http://www.tirol.gv.at/themen/landesentwicklung/>
- Programm „Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit Tirol 2007-2013“:
<http://www.tirol.gv.at/themen/landesentwicklung/>
- Programme Europäische territoriale Zusammenarbeit (INTERREG):
A. Programm - Österreich/Italien
<http://www.interreg.net/>
B. Österreich-Deutschland/Bayern
www.interreg-bayaut.net
- LEADER Achse des österr. Programms für die ländliche Entwicklung 2007 – 2013:
<http://www.tirol.gv.at/themen/tirol-und-europa/eu-regionalfoerderung-tirol/leader2007-2013/>

2.2 Aktionsfelder des Landes Tirol zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes

2.2.1 Wirtschaftsförderungsprogramm

Das Wirtschaftsförderungsprogramm des Landes Tirol wurde 2007 für die Periode bis 2013 neu ausgerichtet. Zielsetzung war dabei eine Fokussierung auf die Tiroler kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die das Rückgrad der Tiroler Wirtschaft bilden, wobei sich die Wirtschaftsförderung sowohl horizontale als auch regionale Schwerpunkte aufweist.

Die **horizontale Wirtschaftsförderung** des Landes Tirol umfasst die folgenden Förderungsgegenstände:

- die Strukturverbesserung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU);
- die Unternehmensgründung und -ansiedlung – insbesondere von Jungunternehmer/innen;
- die Qualitätsverbesserung im Bereich der Tourismus- und Freizeitwirtschaft;
- betriebliche Kooperationen;
- Forschung, Entwicklung und Innovation;
- die Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU);
- erneuerbare Energieträger und die Energieeinsparung;
- die Sicherung der Nahversorgung;
- die Erschließung neuer Märkte im EU-Raum und im Ausland durch die Teilnahme an Messen, die Durchführung von Studien sowie die Inanspruchnahme von Beratungsdiensten;
- die Gleichstellung von Männern und Frauen im betrieblichen Umfeld sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Die **regionale Wirtschaftsförderung** stützt sich auf die nationale Fördergebietskarte gemäß der Entscheidung der Kommission vom 20.12.2006 N492/06 (ABl. C 34 vom 16. Februar 2007, S. 5ff), in der der Bezirk Lienz als einziges nationales Regionalförderungsgebiet in Tirol enthalten ist. Dazu hat die Tiroler Landesregierung mit Beschluss vom 29. April 2008 und in weiterer Folge dann auch der Tiroler Landtag mit Beschluss vom 8. Mai 2008 die „Beschäftigungs- und Wachstumsoffensive für Osttirol 2008 – 2012“ genehmigt. Die Förderung erfolgt mittels abgestimmter und konzentrierter Bund-Land-Maßnahmen, die auf die Bedürfnisse der Region zugeschnitten sind und besondere Impulse für die Sicherung der Beschäftigung und ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum im

Bezirk Lienz geben. Dieses Förderungsprogramm basiert sowohl auf Bundes- als auch Landesebene auf bestehenden Förderungsaktionen, wobei die jeweils bestehenden Basisförderungen durch zusätzliche Regionalboni sehr deutlich aufgestockt werden.

Förderungsausgaben im Wirtschaftsförderungsprogramm (in 1.000 EUR), 2010:

Programm, Jahr 2010	Anzahl	Förder.betrag	Invest.kosten
Impulspaket-Tirol	22	3.097	80.308
Kleinunternehmensförderung	188	3.910	79.905
Kooperationsförderung	25	343	2.239
FuEul-Förderung	16	423	1.586
Förderung von Energiesparmaßnahmen	155	896	11.387
Internationalisierungsförderung	22	117	654
Beratungsförderung	394	171	730
Winterbauförderung 2009/10	56	1.642	17.346
Winterbauförderung 2010/11	11	263	5.374
Sonstige Kleinförderungen ¹⁾	140	3.466	44.713
Gemeinsame Aktionen mit dem Bund ²⁾	20	1.211	27.044
Summe	1049	15.539	271.286

zu 1) Tiroler Nahversorgungsförderung inkl. Nahversorgungsprämie, Tiroler Privatzimmerförderung, Förderung Sicherheitsmaßnahmen, Einzelfallentscheidungen

zu 2) TOP-Tourismusförderung (ÖHT), Gründungssparen (AWS)

Im Tiroler Wirtschafts- und Arbeitsmarktbericht 2009 wurde ausführlich über die vom Land Tirol als Reaktion auf die Wirtschaftskrise beschlossenen konjunkturbelebenden Maßnahmen berichtet.

Bilanz der konjunkturstärkenden Maßnahmen im Rahmen der Wirtschaftsförderung:

- Arbeitsplatzprämie in Höhe von EUR 2.000,-- für jeden im Zuge eines geförderten Investitionsvorhabens neu geschaffenen Arbeitsplatz (Regierungsbeschluss vom 27. Jänner 2009):
Es konnten insgesamt 1002 Arbeitsplätze á EUR 2.000,-- (gesamt rund EUR 2,0 Mio.) gefördert werden (bis 30. April 2011).
- Aufhebung der Einschränkung auf Projekte in Gemeinden mit weniger als 300.000 jährlichen Gästenächtingungen bei Förderungen in der Tourismus- und Freizeitwirtschaft (Regierungsbeschluss vom 27. Jänner 2009).
Es konnten in diesen Tourismusgemeinden insgesamt 120 Ansuchen mit einer Förderung von EUR 1,77 Mio. genehmigt werden (Invest.volumen rund EUR 48,5 Mio.).
- Tiroler Winterbauförderung 2009/2010 und 2010/2011:
Es konnten insgesamt 142 Ansuchen mit einem geförderten Betrag von EUR 3,38 Mio. mit einem Investitionsvolumen von rund EUR 47 Mio. genehmigt werden.

2.2.2 Spezialbereich Technologieförderungen

Die Abwicklung der regionalen Forschungs-, Technologie und Innovationsförderung des Landes Tirol wurde mit 1. Jänner 2011 neu geregelt.

Die Standortagentur Tirol wurde von der Tiroler Landesregierung beauftragt, alle Tiroler Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen bezüglich der Nutzung der betreffenden Programme des Landes Tirol zu beraten.

Die Förderentscheidung zu allen angeführten Programmen obliegt der Tiroler Landesregierung. Die Abwicklung der Förderungen obliegt dem Sachgebiet Wirtschaftsförderung der Abteilung Wirtschaft und Arbeit, Amt der Tiroler Landesregierung.

Die einzelnen Förderprogramme unterliegen der Rahmenrichtlinie für Wirtschaftsförderung des Landes Tirol sowie den jeweiligen programmspezifischen Rahmenrichtlinien.

Technologieförderungen des Landes Tirol (ab 1. Jänner 2011):

- Translational Research
- Machbarkeitsstudien
- Forschungs- und Entwicklungsprojekte (K-Regio)
- Innovationsassistent
- Initiativprojekte
- Kooperationsförderung
- Tiroler Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsförderung

Ein wesentliches Element der gegenständlichen Fördermaßnahmen ist die Berücksichtigung der Wechselwirkungen zwischen Innovation, Technologietransfer, Kooperation und Qualifikation.

Das Technologieförderungsprogramm des Landes Tirol soll es ermöglichen, durch Förderungsmaßnahmen und -programme den Wissenschafts-, Forschungs- und Wirtschaftsstandort Tirol im internationalen Wettbewerb vorteilhaft zu positionieren. Diese Förderungsmaßnahmen tragen dazu bei, den dafür notwendigen Strukturwandel in Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft voranzutreiben. Basierend auf den gegenständlichen Richtlinien soll mittels Vorhaben, welche von der Grundlagenforschung bis zur experimentellen Entwicklung reichen, vor allem die Kooperation zwischen den verschiedenen Akteuren des Innovationssystems gefördert werden. Die mit der Förderung unterstützten Projekte sollen in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht einen nachhaltigen Effekt für diejenige Wirtschaftszweige haben, die zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft besonders beitragen. Auch die Erfüllung gesellschaftlicher Ziele, wie die Gleichstellung von Männern und Frauen, soll erleichtert werden. Dies ist insbesondere für die Erreichung

der Barcelona-Ziele von Bedeutung, weil dafür auch die Zahl der Forscherinnen/Forscher erheblich erhöht werden muss.

Weitere Infos: www.tirol.gv.at/wirtschaft/wirtschaftsfoerderung und www.standort-tirol.at

2.2.3 Spezialbereich Förderung von Energiesparmaßnahmen

Das Land Tirol unterstützt im Rahmen des Wirtschaftsförderungsprogramms des Landes Tirol Vorhaben von Unternehmen, durch die Energie eingespart oder erneuerbare Energieträger genutzt werden.

Zielgruppe der Förderung sind kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, die entweder eine aufrechte Gewerbeberechtigung nach der Gewerbeordnung haben oder in § 3 der Förderungsrichtlinie der Tiroler Förderung von Energiesparmaßnahmen angeführt sind.

Gefördert werden thermische Gebäudesanierungsmaßnahmen sowie Solaranlagen, Wärmepumpen und Wärmerückgewinnungsanlagen. Die Investitionszuschüsse der Tiroler Wirtschaftsförderung werden als de-minimis Förderungen vergeben.

Ein überwiegender Anteil der Projekte, die im Rahmen der Tiroler Wirtschaftsförderung eine Förderung in Anspruch nehmen, reicht auch bei der Umweltförderung des Bundes ein, da die Tiroler Landesförderung als Anschlussförderung zur Bundesförderung konzipiert ist.

Diese Konzeption als Anschlussförderung zur Bundesförderung macht es möglich, durch eine weitgehend bei einer Abwicklungsstelle zusammengeführte Abwicklung Synergiepotenziale bestmöglich zu nutzen.

Die Kommunalkredit Public Consulting GmbH (KPC) unterstützt die Abteilung Wirtschaft und Arbeit im Amt der Tiroler Landesregierung als Träger des Förderungsprogramms bei der Abwicklung der eingehenden Förderungsanträge.

Künftig ist somit für beide Förderungen anstelle der bisher zwei Anträge nur mehr ein gemeinsamer Antrag einzubringen, was eine Entbürokratisierung für die Unternehmen bedeutet.

Basis für diese künftige Zusammenarbeit bildet der am 13. April 2011 abgeschlossene Vertrag zwischen dem Land Tirol und der Kommunalkredit Public Consulting GmbH (KPC). Die gemeinsame Förderungsabwicklung erfolgt mit 1. Mai 2011.

2.2.4 Tiroler Wirtschaftsförderungsfonds

Der Tiroler Wirtschaftsförderungsfonds vergibt Darlehen bei Betriebsgründungen, Betriebsübernahmen oder Betriebserweiterung sowie für Investitionen in die Energieeffizienz. Die Investitionssumme darf 100.000 Euro nicht überschreiten. Die Darlehensobergrenze beträgt 70.000 Euro, die Untergrenze 5.000 Euro. In den ersten beiden Jahren beträgt der Zinssatz ein Prozent, danach zwei Prozent. Im Regionalförderungsgebiet Osttirol liegt der Zinssatz generell bei einem Prozent.

TWFF-Direktdarlehen 2010:

Sparte	Anzahl der Darlehen	Darlehenssumme in 1000 EUR	Nettokosten in 1000 EUR
Gewerbe und Handwerk	115	2.999	4.441
Industrie	9	261	396
Handel	35	892	1.363
Verkehr und Telekommunikation	3	121	175
Tourismus und Freizeitwirtschaft	67	2.192	3.268
Information und Consulting	12	320	471
Summe	241	6.785	10.114

Jungunternehmer/innen-Förderungsaktion:

In Zusammenarbeit mit dem Austria Wirtschaftsservice (AWS) bietet der Tiroler Wirtschaftsförderungsfonds außerdem Prämien für Jungunternehmer und Unternehmensgründungen. 68 Zuschüsse wurden 2010 ausbezahlt. Weitere 65 Ansuchen wurden genehmigt. 2010 wurden demnach 133 Jungunternehmer/innen mit EUR 330.0000 unterstützt. Die Jungunternehmerprämie ist ein nicht rückzahlbarer Zuschuss für Investitionen von maximal EUR 300.000. Die Basisförderung des AWS beträgt zehn Prozent, Tirol stockt um weitere fünf Prozent bzw. zehn Prozent in Osttirol auf.

2.2.5 Infrastrukturförderungsprogramm

Auch das Infrastrukturförderungsprogramm des Landes Tirol ist mittelfristig ausgerichtet und läuft von 1. Jänner 2007 bis 31. Dezember 2013. Es zielt auf die Förderung von kommunalen und regionalen Infrastrukturmaßnahmen ab, die mit den Zielsetzungen der bestehenden Raumordnungsprogramme und -pläne sowie den sonstigen Zielen und Grundsätzen der Infrastruktur- und der Raumordnungspolitik des Landes Tirol im Einklang stehen, wie sie insbesondere im Dokument „ZukunftsRaum Tirol“ zum Ausdruck kommen.

Die Förderungsschwerpunkte der Infrastrukturförderung sind:

- Verbesserung von Infrastrukturangeboten in Klein- und Kleinstschigebieten: Hier werden unter Beachtung der Seilbahngrundsätze des Landes Tirol Verbesserungsmaßnahmen in Kleinstschigebieten gefördert, die zur Erweiterung des Angebots und Verbesserung der Wirtschaftlichkeit beitragen sollen.
- Errichtung von regionalen und multifunktionalen Sportinfrastrukturanlagen: Ziel dieser Förderungsmaßnahme ist die Erleichterung der Finanzierung der Errichtung und Verbesserung von regionalen und multifunktionalen Sportinfrastrukturanlagen. Damit soll der Breitensport und die regionale Freizeitwirtschaft gefördert und die Lebensqualität der Bevölkerung verbessert werden.
- Errichtung von Biomasse-Nahwärme-Anlagen: Gemeinsam mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft wird die Errichtung von örtlichen/regionalen Biomasse-Nahwärme-Anlagen, deren Kesselleistung über vier MW liegt und dem neuesten, modernsten Standard entsprechen sowie der Ausbau von bestehenden Wärmeverteilungen aus Biomasse-Nahwärmeanlagen mit einer Kesselleistung von über vier MW und der Ausbau von bestehenden Wärmeverteilungen inkl. vorgeschaltene Wärmetauscher bei netzgekoppelten Ökostromanlagen gefördert.

Infrastrukturförderungsprogramm (genehmigte Förderungen und gefördertes Investitionsvolumen) im Jahr 2010, in 1.000 EUR:

Schwerpunkt	genehmigte Förderungen	gefördertes Invest.volumen
Errichtung von regionalen u. multifunktionalen Sportinfrastrukturanlagen	428	3.243
Verbesserung von Infrastrukturangeboten in Kleinstschigebieten	107	464
Biomasse-Nahwärme-Anlagen	2.118	19.327
Einzelfallentscheidungen	2.750	90.339
Summe	5.403	113.373

2.2.6 Sonderprogramme der Wirtschaftsförderung

Winterbauförderung:

Die Tiroler Landesregierung hat mit Beschluss vom 21. September 2010 die Richtlinien für die Winterbauförderung 2010/2011 genehmigt. Ziel der Tiroler Winterbauförderung war die Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit im Bauhaupt- und Nebengewerbe, die Schaffung von zusätzlichen Lehrlingsausbildungsplätzen, Dauerarbeitsplätzen und Behindertenarbeitsplätzen.

Im Rahmen der Winterbauförderung wurden Bauvorhaben an Gebäuden gefördert, die im Zeitraum vom 1. November 2010 bis 31. März 2011 durchgeführt wurden. Neben den kleinen und mittleren Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft waren in der Winterbauförderung 2010/2011 auch die Tiroler Gemeinden antragsberechtigt.

Die Förderung wurde als nicht rückzahlbarer Einmalzuschuss gewährt und betrug generell 10% der förderbaren Kosten. Die Summe der förderbaren Kosten musste mindestens EUR 50.000,-- betragen; die Förderungsbemessungsgrundlage war mit EUR 250.000,-- begrenzt.

Insgesamt wurden im Rahmen der Winterbauförderung EUR 1,3 Mio. für 71 Bauprojekte mit Investitionskosten von ca. EUR 25 Mio. genehmigt.

Tiroler Patententwicklungspool:

Gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Tirol wurde die Richtlinie des Tiroler Erfinderpools überarbeitet und neu gestaltet. Wesentliche Neuerung ist die Möglichkeit der Zuschussvergabe zusätzlich zur Darlehensgewährung, die bisher auch möglich war. Weiters wurden die Förderungsschwerpunkte erweitert. So können jetzt neben den Kosten für Patentanmeldung und Gebrauchsmuster auch Gutachten zur Bewertung des Patentpotenzials, die Herstellung von Prototypen und eine betriebswirtschaftliche Umsetzungsberatung unterstützt werden. Die Förderung kann nur kleinen und mittleren Unternehmen zu Gute kommen. Zur Beurteilung der Förderungsanträge wurde eine Jury eingesetzt.

Die Verwaltung des Fonds erfolgt durch die Wirtschaftskammer Tirol. Jeweils bis zum 30. Juni des Folgejahres ist an das Land Tirol und an das Präsidium der Wirtschaftskammer Tirol ein Rechenschaftsbericht über das abgelaufene Kalenderjahr zu übermitteln.

Der Patententwicklungspool ist mit EUR 300.000,-- dotiert und ist mit Juni 2010 in Kraft getreten.

Förderungsprogramm für die Region Naturschutzgebiet-Naturpark Tiroler Lechtal (1.7.2003 – 30.6.2012):

Das Land Tirol gewährt zur Erleichterung der Finanzierung von Maßnahmen, die zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung des Tiroler Lechtals beitragen, Förderungen aus Mitteln dieses Sonderförderungsprogramms. Damit soll ein Impuls für eine nachhaltige Regionalentwicklung dieses Natur-, Kultur-, Lebens- und Wirtschaftsraums und ein Ausgleich für die im Zusammenhang mit der Naturschutzgebiets- bzw. Naturparkregion Tiroler Lechtal verbundenen Einschränkungen geschaffen werden.

Grundlage für die Abwicklung dieses vom Tiroler Landtag beschlossenen Sonderförderungsprogramms bildet das „Regionalwirtschaftliche Programm für die Region Naturschutzgebiet Naturpark Wildflusslandschaft Tiroler Lechtal“, wobei in diesem Sonderförde-

rungsprogramm nur solche Vorhaben gefördert werden können, die einer der im regionalwirtschaftlichen Programm im Einzelnen festgehaltenen Leitmaßnahmen entsprechen und für die im Rahmen bestehender Förderungsaktionen des Landes Tirol und/oder des Bundes keine adäquate Förderungsmöglichkeit besteht. Darüber hinaus müssen diese Vorhaben mit den Zielsetzungen des „Regionalwirtschaftlichen Programms für die Region Naturschutzgebiet Naturpark Wildflusslandschaft Tiroler Lechtal“ sowie mit diesen Richtlinien in Einklang stehen.

Im Jahr 2010 wurden im Rahmen dieses Sonderförderungsprogramms 21 Ansuchen mit einem Förderungsvolumen von rd. EUR 1,2 Mio. und einem Investitionsvolumen von rd. EUR 8,8 Mio. gefördert.

Programm „Kreatives Handwerk“:

Die Tiroler Landesregierung hat mit Beschluss vom 11. Jänner 2011 die Richtlinie zum Förderprogramm „Kreatives Handwerk Tirol“ rückwirkend mit 1. Jänner 2011 in Kraft gesetzt. Das Förderprogramm wird 2011 bereits zum dritten Mal angeboten.

Das Förderprogramm „Kreatives Handwerk Tirol“ ist eine spezielle Förderungsmaßnahme des Landes Tirol und der Wirtschaftskammer Tirol unter Mitfinanzierung durch die Europäische Union aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Das Ziel dieses Förderprogramms ist die Stärkung des Innovationspotenzials von bestehenden und neu gegründeten kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) des Tiroler Handwerks/Gewerbes durch Entwicklungspartnerschaften mit Unternehmen der Kreativwirtschaft. Damit soll einerseits der Kreativanteil im Tiroler Handwerk generell und andererseits die Wertschöpfung von Produkten und Dienstleistungen in diesen Branchen nachhaltig erhöht werden und sowohl neue und fortgeschrittene Technologien als auch neue Prozesse in den Handwerksbetrieben eingeführt werden. Das gegenständliche Förderprogramm ist Teil einer nationalen Strategie für die Kreativwirtschaft und entspricht mit seinen Zielsetzungen auch der Ausrichtung der Unternehmens- und KMU-Politik der Europäischen Union.

Im Rahmen dieses Förderprogramms können Maßnahmen unterstützt werden, die im Zusammenhang mit dem Entwurf, der Entwicklung, der Herstellung bzw. Anwendung und der Vermarktung von konkreten innovativen Produkten, Verfahren und Dienstleistungen stehen und gemeinsam in Form einer Entwicklungspartnerschaft zwischen Handwerks- und Gewerbebetrieben und Unternehmen der Kreativwirtschaft durchgeführt werden. Das Projekt muss eine wirtschaftliche Umsetzung bzw. Verwertbarkeit erwarten lassen und marktorientiert sein. Dazu ist das Vorliegen eines zielführenden Konzeptes für eine Marketing- und Vertriebsstrategie erforderlich. Der Projekt-/Investitionsstandort muss in Tirol liegen.

Förderung für Sicherheitsmaßnahmen:

Die bis 31. Dezember 2010 geltende Richtlinie des Landes Tirol zur Förderung für Sicherheitsmaßnahmen wurde mit Beschluss der Tiroler Landesregierung vom 29. März 2011 bis 31. Dezember 2011 verlängert. Mit diesem Beschluss wurde der Förderkreis von Kleinst- auf Kleinunternehmen erweitert.

Diese Förderungsaktion soll dazu motivieren, Maßnahmen zum Schutz vor Einbruch (z. B. neue Alarmanlage, Videoüberwachung, ...) und zum Schutz der Mitarbeiter/innen zu ergreifen. Mit dieser Förderung sollen auch gesamtwirtschaftliche Schäden vermieden und Nachteile für den Wirtschaftsstandort Tirol verringert werden. Förderungswürdig sind Investitionsvorhaben, die der besseren Absicherung von Betriebsstätten dienen.

Im Jahr 2010 wurden im Rahmen dieses Sonderförderungsprogramms 22 Ansuchen mit einem Förderungsvolumen von EUR 14.094,53 und Investitionskosten von rund EUR 75.000,00 gefördert.

Sonderprogramm Osttirol:

Weiters wurde im Jahr 2010 die Beschäftigungs- und Wachstumsoffensive für Osttirol 2008 bis Ende 2012, die vom Bund mitfinanziert wird, fortgesetzt. Die Landesmittel in Höhe von EUR 3 Mio. jährlich kommen hauptsächlich den kleinen und mittleren Betrieben in Osttirol zu Gute, machen aber auch die erhöhte Förderung von Unternehmensansiedlungen und -erweiterungen, die zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen, möglich.

Breitband Austria Zwanzigdreizehn:

Der Sektor Informations- und Kommunikationstechnologie setzt in Österreich etwa 25 Mrd. Euro um trägt maßgeblich zur Steigerung des Bruttoinlandsprodukts bei. Insbesondere das Breitbandinternet stellt ein wichtiges Kommunikationsmittel der modernen Wirtschaft und ein nicht wegzudenkendes Element einer effektiven, arbeitsteiligen Dienstleistungsgesellschaft dar. Die Arbeit von und zwischen Unternehmen, Behörden, Bildungseinrichtungen, Bürgerinnen und Bürgern wird damit entscheidend optimiert.

Dies setzt ein flächendeckendes, modernes und qualitativ hochwertiges Angebot von IKT-Infrastrukturen zu wettbewerbsfähigen Preisen voraus. Die Breitbandversorgung ist in Gebieten mit ausreichender Nachfrage, d.h. vorwiegend in städtischen Gebieten bzw. in Gebieten mit entsprechender Siedlungsdichte, gegeben, während ländliche Regionen meist über keine befriedigende Breitbandversorgung verfügen. Damit auch ländliche Regionen an Attraktivität gewinnen und vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren können, muss deren Versorgung gewährleistet werden.

Da es sich um ein EU-weites Problem und Anliegen handelt, wurde mit Verordnung (EG) Nr. 473/2009 des Rates vom 25. Mai 2009 die Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 über die

Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und die Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik abgeändert und in Artikel 16a Absatz 1 Buchstabe g die Priorität „Breitband-Internetinfrastrukturen im ländlichen Raum“ aufgenommen, wozu in Anhang III folgendes ausgeführt ist:

- Aufbau von Breitbandinfrastrukturen einschließlich Backhaul-Einrichtungen und Bodenausrüstungen (z.B. feste, terrestrische drahtlose oder satelliten-gestützte Technologie bzw. eine Kombination dieser Technologien) und von entsprechenden Zugangsmöglichkeiten.
- Modernisierung der vorhandenen Breitbandinfrastruktur.
- Schaffung der passiven Breitbandinfrastruktur (z.B. Bauarbeiten an Leitungsrohren und anderen Netzwerkelementen) auch in Synergie mit anderen Infrastrukturen (Strom-, Verkehrs-, Wasserversorgungs-, Kanalisationsnetze usw.).

Nach Überarbeitung des Strategieplans zum österreichischen Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums, hat das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) im Rahmen seiner Zuständigkeit das Förderungsprogramm „BREITBAND AUSTRIA ZWANZIGDREIZEHN“ ausgearbeitet. „BREITBAND AUSTRIA ZWANZIGDREIZEHN“ greift die im österreichischen Regierungsprogramm 2008 bis 2013 für den Bereich Telekommunikation festgeschriebenen Ziele auf, und berücksichtigt auch die Empfehlungen des nationalen IKT-Masterplans aus 2007. Das Förderungsprogramm wird in Übereinstimmung mit dem EU-Beihilferecht abgewickelt. Es wird über eine Laufzeit von vier Jahren (2010-2013) finanziell dotiert.

Die Förderung wird aus Mitteln des Österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums 2007-2013, aus Mitteln des Bundes und aus Mitteln des Landes gewährt. Insgesamt stehen für Tirol Mittel in Höhe von EUR 3,5 Mio. zur Verfügung.

2.3 Aktivitäten der Standortagentur Tirol

Der öffentlich-rechtliche Fonds mit der Bezeichnung **Tiroler Zukunftsstiftung tritt seit 1. Jänner 2011 mit der Bezeichnung Standortagentur Tirol am Markt auf**. Mit der neuen Bezeichnung einher geht die umfassende Ausrichtung der ehemaligen Fördereinrichtung zu einer reinen Dienstleistungseinrichtung für die heimische Wirtschaft und Wissenschaft. Nach Integration des ehemaligen Büros für Europäische Programme ebenfalls zum 1. Jänner 2011 reichen die Services der Standortagentur Tirol für Tiroler Betriebe und Forschungseinrichtungen neu bis auf die europäische Ebene. Die neue Kurzformel für sämtliche von der Standortagentur Tirol erbrachten Leistungen lautet auf „stärken“, „ansiedeln“ und „vermarkten“.

2.3.1 Leistungsfeld „stärken“

Im Leistungsfeld „stärken“ kommt die Standortagentur ihrem Auftrag unter anderem über das **Management der Cluster Erneuerbare Energien, Informationstechnologien, Life Sciences, Mechatronik und Wellness Tirol** nach. In diesen Clustern und zwei weiteren Branchennetzwerken – Holzcluster Tirol sowie Gesundheitsnetzwerk Osttirol – hat die Standortagentur per 31. Dezember 2010 insgesamt 506 Mitglieder mit 54.894 Arbeitsplätzen und einem Jahresumsatz von rund 11,7 Milliarden Euro vernetzt. Für die Partner in den Clustern haben die Clustermanagements in der Standortagentur Tirol im Jahr 2010 unter anderem 84 Veranstaltungen abgewickelt, welche 1.568 Clustermitglieder zur Vernetzung, zum Technologietransfer, zur Qualifizierung oder zur Vermarktung ihrer Leistungen genützt haben. Die Cluster sind als Drehscheibe für Innovation und Kooperation ausgerichtet und wirken entsprechend: 42 der im Jahr 2010 noch auf dem Weg der Standortagentur in regionalen Innovationsprogrammen des Landes geförderten Projekte kommen aus den Clustern. Zusätzlich konnte das Innovations- und Clusterservice in der Standortagentur Tirol im Jahr 2010 insgesamt 45 kooperative Projekte von Clusterunternehmen mit entwickeln, beraten und begleiten. 90 Prozent dieser Projekte haben ausschließlich die Beratungsleistung der Standortagentur konsumiert. Die notwendigen Fördermittel konnten mit ihrer Begleitung vor allem aus Bundes- und EU-Töpfen angesprochen werden.

Seit September 2010 ist die Standortagentur Tirol ebenfalls im Leistungsfeld „stärken“ damit beauftragt, **alle Tiroler Betriebe und Forschungseinrichtungen bei der Beantragung und Nutzung von Förderungen des Landes, des Bundes bzw. der Europäischen Union zu beraten und zu begleiten**. Im Jahr 2010 konnte die Standortagentur Tirol insgesamt 357 Unternehmen sowie F&E-Einrichtungen in ausgewählte regionale oder nationale Innovationsförderungen einbinden. Auf europäischer Ebene hat das in die Standortagentur Tirol integrierte, ehemalige Büro für Europäische Programme, im Jahr 2010 insgesamt 65 Tiroler Projektbeteiligungen im Rahmen des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms beraten und begleitet. Mit Stand November 2010 beteiligt sich Tirol damit erfolgreich an 112 Projekten im 7. EU-Rahmenprogramm, dies entspricht einem Anteil von ca. 7,2% der österreichischen Beteiligungen. Die Tiroler Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen beteiligen sich mit 71,4% am häufigsten. Die zweitstärkste Gruppe aller erfolgreichen Tiroler Beteiligungen bilden mit 23,2% die heimischen Klein- und Mittelbetriebe – diese sind im österreichischen Bundesländervergleich überdurchschnittlich erfolgreich - noch vor den Großunternehmen mit 2,7%. (Alle Angaben zur Tiroler Beteiligung am 7. EU-Forschungsrahmenprogramm: Quelle: V. Postl, M. Ehardt-Schmiederer: 7. EU-Rahmenprogramm für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007–2013) PROVISIO-Überblicksbericht – Bundesländer; Herbst 2010, Wien 2010)

Ein weiteres, neues Arbeitspaket der Standortagentur Tirol im Leistungsfeld „stärken“ vernetzt Tiroler Betriebe für ihre Forschungs- und Technologievorhaben seit 1. Jänner 2011

kostenlos auch zu Partnern in ganz Europa. Die entsprechenden Services stellt die Standortagentur Tirol als neue **Tiroler Kontaktstelle für das Enterprise Europe Network (EEN)** zur Verfügung. Interessenten aus Tirol bekommen mit Hilfe einer qualitätsgesicherten Technologiedatenbank Zugang zu internationalen Märkten, zu Technologien, die in Österreich nicht verfügbar sind oder zu Partnern, die zur Einreichung eines europäischen Projektantrages gesucht werden. Zum letzten Berichtszeitraum für das EEN hat diese Leistungen das ehemalige Büro für Europäische Programme erbracht. Von Juli 2009 – Dezember 2010 konnte es zum Beispiel neun neue Technologieprofile aus Tirol in das Netzwerk einbinden, 78 Anfragen zu diesen Profilen prüfen und sechs Partnership-Agreements zum Abschluss bringen. An drei Kooperationsbörsen in Kufstein und Innsbruck haben 40 Tiroler, 14 österreichische sowie 52 Unternehmen aus dem Ausland teilgenommen.

Neue Tiroler Kontaktstelle ist die Standortagentur Tirol seit 1. Jänner 2011 auch für berufsbildende Auslandspraktika. Hier vergibt die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Programms für Lebenslanges Lernen Stipendien an Studierende und Absolventen der Tiroler Hochschulen, Tiroler Lehrlinge und junge Arbeitnehmer sowie Schüler von Tiroler berufsbildenden mittleren und höheren Schulen. Bis zum Dezember 2010 hat das ehemalige Büro für Europäische Programme 1.700 entsprechender Stipendien abgewickelt. Im Jahr 2010 konnte die nunmehr in die Standortagentur Tirol integrierte Einrichtung insgesamt 208 sogenannte „Mobilitäten“ betreuen. Davon betrafen 92 die Leonardo Praktika von Tiroler Arbeitnehmern, Schülern und Lehrlingen. Diese können ihr Zielland aus allen EU und EFTA-Mitgliedsländern aussuchen. Im Jahr 2010 fiel die Wahl auf insgesamt 13 Zielländer: Das Ranking führten Deutschland (27,2%) und Großbritannien (22,8%) vor Italien (13%), Spanien (8%) und Frankreich (6%) an.

2.3.2 Leistungsfeld „ansiedeln“

Im Leistungsfeld „ansiedeln“ konnte die Standortagentur Tirol über **Auslandsansiedlung, den Businessplanwettbewerb adventure X sowie Cofinanzierung des Gründungszentrums CAST für die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft 49 Unternehmensgründungen im Berichtszeitraum 2010 realisieren**, 17 davon kamen aus dem Ausland. Die Projektgrößen der Ansiedlungen aus dem Ausland fallen im Jahr 2010 kleiner aus als im Jahr 2009. Während die Ansiedler des Jahres 2009 in Tirol während der ersten zwei bis drei Jahre ihrer Tätigkeit durchschnittlich 12,5 Mitarbeiter beschäftigen wollten, lag diese Planungszahl im Jahr 2010 bei durchschnittlich 8,8. Ebenfalls ist das durchschnittliche Investitionsvolumen von rund 1 Million Euro auf knapp 300.000 Euro gesunken. Die Standortagentur Tirol wertet die Entwicklung bei den Projektgrößen krisenbedingt: der bereits im Jahr 2009 kommunizierte Sparwille der Investoren ist mit leichter Verspätung eingetroffen. Zum aktuellen Zeitpunkt kann die Standortagentur Tirol gleich

mehrere Projekte betreuen, die Betriebsstandorte mittlerer Größe in Tirol aufbauen möchten. Durchschnittliche Projektgrößen dürften deshalb bereits für das Jahr 2011 erneut steigen. Verstärktes Ansiedlungsinteresse kommt zurzeit aus Italien für den Betriebsstandort Osttirol.

2.3.3 Leistungsfeld „vermarkten“

Im Leistungsbereich „vermarkten“ ist die Standortagentur Tirol damit beauftragt, den **Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Tirol** zu promoten. Um im In- und Ausland auf besondere Tiroler Kompetenzen aufmerksam zu machen oder in- und ausländische Unternehmen für eine Zusammenarbeit mit spezialisierten Tiroler Partnern zu interessieren, tritt die Standortagentur im In- und Ausland gemeinsam mit Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus den Tiroler Clustern auf. Im Jahr 2010 haben sich Wirtschaftsstandort Tirol und Clusterpartner so auf insgesamt 18 internationalen Standortpräsentationen, Investorenseminaren und Fachmessen gemeinsam präsentiert. Sie haben dabei ein Publikum von 250.000 Fachbesuchern erreicht und konnten über 1.000 Fachkontakte schließen.

Mit einem **Technologiebrunch in Brüssel** fiel im Oktober 2010 der Startschuss für einen europäischen Wissens- und Informationsaustausch sowie für den Aufbau eines nachhaltigen Netzwerkes in Brüssel: anlässlich des traditionellen Botschaftsempfanges zum Österreichischen Nationalfeiertag präsentierte der Standort Tirol seine Technologieleistung und warb vor Ort um europäische Investitionen. Gut 40 europäische Top-Entscheider, namhafte Vertreter aus der Tiroler Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sowie in Brüssel tätige Österreicher waren der Einladung von Standortagentur Tirol und Industriellenvereinigung Tirol gefolgt. Am 25. Mai 2011 fand bereits der erste Nachfolgetermin in Brüssel statt. Bei diesem Termin präsentierte der Standort Tirol aus aktuellem Anlass weltweiter Atomkraftdiskussionen seinen Vorsprung bei Entwicklung und Einsatz von erneuerbaren Energietechnologien sowie beim energieeffizienten Bau.

2.3.4 Leistungsfeld „fördern“ (bis Ende 2010)

Trotz klarer neuer Dienstleistungsrolle der Standortagentur Tirol ist im vorliegenden Bericht abschließend auch auf Investitionen der Einrichtung einzugehen, welche diese bis zum Jahr 2010 oder im Jahr 2010 als Zuschüsse für Projekte im Bereich Forschung, Technologie und Innovation ausbezahlt oder vertraglich zugesichert hat. Eine wichtige Kennzahl für die Wirksamkeit sämtlicher bisher ausbezahlter Zuschüsse der Standort-

agentur Tirol ist der sogenannte **Förderhebel**. Er **liegt zum Zeitpunkt bei 4,36**. Das heißt, dass ein bis zum Jahr 2010 von der Einrichtung ausbezahlter Landes-Euro im Durchschnitt 4,36 Euro an zusätzlichen Einzahlungen – von Wirtschaft, Bund oder EU – in den Standort erzielte. Im Jahr 2010 hat die Standortagentur Tirol EUR 5,48 Mio. an Zuschüssen aus Mitteln des Landes Tirol an insgesamt 105 Projekte ausbezahlt. Der größte Teil dieser Auszahlungen entfällt mit 43,11% und EUR 2,36 Mio. auf Cofinanzierungen für Bundesprogramme wie COMET (K1-Zentrum Oncotyrol, K1-Zentrum alpS) beziehungsweise mit 37,45% und EUR 2,05 Mio. auf Zuschüsse in regionalen Innovationsprogrammen wie dem Landesprogramm „K-Regio“.

Im Rahmen von sechs **Programmen der regionalen Innovationsförderung des Landes Tirol** konnte die Standortagentur im Jahr 2010 insgesamt 77 Förderanträge prüfen und das Kuratorium der Standortagentur 38 Projekte zur Förderung bewilligen. Gegenüber dem Rekordjahr 2009 hat sich dabei die Nachfrage auf einem Niveau weit über jenem des Jahres 2008 stabilisiert. Zwei sehr erfolgreiche und für die Standortentwicklung wesentliche Programmlinien seien hervorgehoben: Im Programm „InnovationsassistentIn“ waren damit bis Ende des Jahres 2010 insgesamt 60 InnovationsassistentInnen in Tiroler Betrieben beschäftigt. Und im Programm K-Regio, einer Initiative der Technologieoffensive des Landes, haben in Tirol per Ende des Jahres 2010 sieben Tiroler Konsortien aus Wirtschaft und Wissenschaft an Innovationen geforscht und dafür finanzielle Unterstützung aus Landesmitteln erhalten. In die Forschungsprojekte der sogenannten regionalen Kompetenzzentren waren insgesamt 65 Partner und davon 49 Unternehmen eingebunden.

2.4 Ausgewählte Initiativen des Landes Tirol gemeinsam mit verschiedenen Partnern

2.4.1 we workshops for entrepreneurs

Das bundesweite Förderprogramm der Kreativwirtschaft [impulse](http://www.impulse-awsg.at) (www.impulse-awsg.at) der Austria Wirtschaftsservice und [departure](http://www.departure.at) (www.departure.at), die Creative-Industries-Impulsegesellschaft der Stadt Wien, sind führend bei der Förderung der Creative Industries. Nach mehrjähriger Förderarbeit und intensiver Auseinandersetzung mit jungen Unternehmern aus dem Kreativbereich entstand das gemeinsame Ausbildungsprogramm we – workshops for entrepreneurs. Dabei werden den Teilnehmern in zwei Modulen Basiswissen und Erfahrungsberichte von Unternehmern und Unternehmerinnen vermittelt. Die Workshopreihe soll jungen Talenten den Eintritt in einen komplexen Markt erleichtern und Lust aufs Unternehmertum machen.

Mit der Unterstützung der Länder Tirol und Salzburg wurden die we-workshops im Mai 2011 bereits zum dritten Mal sehr erfolgreich in Hall in Tirol durchgeführt. Damit setzen die Länder einen richtungsweisenden Impuls hinsichtlich der Förderung der Creative Industries und tragen somit wesentlich zur thematischen Sensibilisierung in Wirtschaft und Politik bei.

Die we – workshops richten sich insbesondere an Personen,

- die ein Unternehmen gründen wollen,
- sich mittelfristig auf eine unternehmerische Tätigkeit konzentrieren möchten und
- die als Unternehmer ein Wachstumsziel verfolgen (auch wenn zunächst als Einzelunternehmer gestartet wird).

Nicht gedacht ist „we“ für Personen,

- die Künstler sind und bleiben wollen,
- die Unternehmertum als Zwang empfinden,
- die keine unternehmerischen Wachstumsambitionen haben, oder
- die nicht unbedingt unternehmerische Selbstständigkeit anstreben.

Für die Ausrichtung der Workshops in Westösterreich zeigt sich die CAST Gründungszentrum GmbH in Innsbruck verantwortlich.

2.4.2 Qualitätshandwerk Tirol

„Qualitäts-Handwerk Tirol“ ist eine Initiative der Sparte Gewerbe und Handwerk in der Wirtschaftskammer Tirol, mit dem Ziel, Tiroler Handwerksbetriebe bei der laufenden Verbesserung ihrer Leistungen zu unterstützen und wirtschaftlich zu stärken. Das Land Tirol hat die Initiative seit Beginn finanziell und ideell gefördert.

Im Tiroler Handwerk soll dadurch eine Steigerung des Qualitätsbewusstseins, eine Verbesserung der Betriebsabläufe und der Kundenbeziehung unter starker Einbindung der Mitarbeiter erreicht werden.

Für Kleinst- und Kleinunternehmer ist eine erfolgreiche Betriebsführung wegen der großen Anforderungen (Fachwissen, Handwerksgeschick, Technische Entwicklung, Personalbelange, Mitarbeiterführung sowie -ausbildung und -schulung, Organisation, Finanzierung, Kostenrechnung- und Kalkulation, Controlling, Marketing etc.) sehr schwierig. Zahlreiche

Handwerker sind dabei in manchen Bereichen überfordert und ohne die Unterstützung und Hilfestellung nicht in der Lage ein ganz wichtiges Instrument wie ein umfassendes und ganzheitliches Qualitätsmanagement einzuführen und weiterzuentwickeln.

Dazu wurde von erfahrenen Praktikern ein eigenes an die Bedürfnisse der Tiroler Gewerbe- und Handwerksbetriebe angepasstes Qualitätssystem entwickelt, das den Klein- und Mittelbetrieben hilft, ein professionelles, maßgeschneidertes Qualitätsmanagement einzuführen.

Bei Erfüllung der Voraussetzungen und positiver Erstüberprüfung wird den Betrieben ein Zertifikat ausgestellt und die Qualitätsmarke „Qualitäts-Handwerk Tirol – geprüft – Das Lächeln der Zukunft“ zur Verwendung im geschäftlichen Verkehr verliehen.

Voraussetzung für die Führung der Qualitätsmarke ist die Mitgliedschaft bei der Sparte Gewerbe und Handwerk in der WK Tirol sowie die Einführung und Einhaltung des dokumentierten Qualitätssystems mit der Bereitschaft zur regelmäßigen Überprüfung durch neutrale Prüfer.

Die Initiative wurde im Jänner 2003 gestartet und kann mit Stand Mai 2010 auf 257 „geprüfte“ Qualitäts-Handwerksbetriebe verweisen.

2.4.3 Tiroler Innovationspreis

Das Land Tirol und die Wirtschaftskammer Tirol verleihen auch 2011 wieder den Tiroler Innovationspreis. Es werden 2 Preise in der Höhe von je EUR 7.500,- für die am besten umgesetzten Innovationen aus den Bereichen:

- Technik & Produktion,
- Dienstleistung (inkl. Tourismus & Freizeitwirtschaft)
- sowie einen Sonderpreis in der Höhe von EUR 3.000,- für das konzeptionell beste, noch nicht umgesetzte Innovationsprojekt.

vergeben.

Die Preisverleihung findet am 6. Oktober 2011 auf der Innsbrucker Herbstmesse im Rahmen der Design- und Erfindermesse statt. Unter den Einreichungen werden gleichzeitig die Kandidaten für den Staatspreis Innovation ausgewählt.

Der Tiroler Innovationspreis 2011 ist eine Initiative der Tiroler Technologieoffensive. Die Abwicklung erfolgt durch die Abteilung Innovation & Technologie der Wirtschaftskammer Tirol in Zusammenarbeit mit dem CAST.

2.4.4 Ideenpreis „Ideenreich Tirol“

Der Ideenpreis wurde als gemeinsame Aktion von Wirtschaftskammer Tirol, Land Tirol, Industriellenvereinigung Tirol und Arbeiterkammer Tirol im Oktober 2010 ausgeschrieben.

Mit diesem Preis wurden gleichermaßen Mitarbeiter/innen und Unternehmen ausgezeichnet, welche gemeinsam ihren Ideenreichtum und ihr Wissen um ihr Unternehmen, ihren Arbeitsplatz und die involvierten Produktionsabläufe nutzen und hierbei besonders engagiert und erfolgreich sind.

Die Kür der Sieger/innen in den Kategorien

- Ideenpreis – Originell
- Ideenreich quantitativ – Unternehmen
- Ideenreich – Wertschöpfung
- Ideenreich quantitativ - Mitarbeiter

erfolgte am 21. März 2011.

2.4.5 Öffentliche Auftragsvergabe

Im Wirtschafts- und Arbeitsmarktbericht 2009 wurde ausführlich über die Initiativen im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe, wie die Unterstützung der Tiroler Gemeinden im Vergabeverfahren und die Anhebung der Schwellenwerte bei der öffentlichen Auftragsvergabe berichtet.

Die Bilanz der Auftragsvergabe des Landes Tirol für das Jahr 2010 zeigt, dass **Baufträge mit einem Volumen von rund EUR 100 Mio. vergeben wurden**, wovon **97% von Tiroler Unternehmen abgewickelt** wurden. Das sei vor allem durch die Anwendung des Bestbieterprinzips und nicht des Billigstbieterprinzips möglich gewesen.

Die bis Ende 2010 befristete Anhebung der Schwellenwerte wurde um ein weiteres Jahr bis Ende 2011 verlängert.

Das Land Tirol ist im Jahr 2010 dem Auftragnehmerkataster Österreich (ANKÖ) beigetreten, um eine verlässliche Liste mit Unternehmen zu haben, die sich an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen. ANKÖ bietet Auftraggebern und Auftragnehmern im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe zentrale Dienste an, die die Abwicklung von Vergabeverfahren effizienter machen.

2.4.6 Kooperationsbeirat

Der Kooperationsbeirat für wirtschaftliche Krisenfälle ist eine Einrichtung des Landes Tirol und der Tiroler Sozialpartner. Der Kooperationsbeirat wurde 1993 eingesetzt und die Geschäftsstelle beim Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Wirtschaft und Arbeit, angesiedelt. Ziel des Beirates ist es, möglichst kurzfristig Lösungsmöglichkeiten für betriebliche wirtschaftliche Krisenfälle zu erarbeiten.

2.5 Wirtschaftsrechtliche Entwicklungen

2.5.1 Gewerbeordnung - Berufsrecht

In der vergangenen Wirtschaftsperiode kam es zu vielfältigen Gesetzes- und Verordnungsnovellen. Die Tätigkeit im Berufsrecht erstreckte sich daher auch auf Gesetzes- und Verordnungsbegutachtungen. Allein zur Gewerbeordnung 1994 sind vom Bund seit dem letztjährigen Bericht **sieben** teilweise sehr umfangreiche **Gesetzesnovellen** erlassen worden.

- **Insolvenzrechtsänderungsgesetz:** Im Rahmen des Insolvenzrechtsänderungsgesetzes kam es zu umfassenden Änderungen in allen Bereichen des Insolvenzrechtes. Diese hatten auch erhebliche Auswirkungen auf verschiedenste Bestimmungen der Gewerbeordnung 1994. Insbesondere erwähnenswert erscheint, dass der Gewerbeausschlussgrund „Nichteröffnung des Insolvenzverfahrens mangels hinreichenden Vermögens“ von den Gewerbebehörden nunmehr wesentlich strenger zu beurteilen ist und die bisher bestehende Möglichkeit von einer Entziehung der Gewerbeberechtigung bei Verbesserung der wirtschaftlichen Lage abzusehen entfallen ist.
- **Geldwäschebestimmungen für Gewerbetreibende:** Mit der zweiten Geldwäscherichtlinie des Europäischen Parlamentes und des Rates wurden die Geldwäschebestimmungen innerhalb der EU weiter ausgebaut und der Kreis der Verpflichteten über den klassischen Finanzsektor hinaus auf andere Berufsgruppen wie Gewerbetreibende erweitert. Die Umsetzung dieser Richtlinie erfolgte im Rahmen der Gewerbeordnungs-novelle 2002, durch die dritte Geldwäscherichtlinie wurde der Geltungsbereich wiederum ausgeweitet und die Terrorismusfinanzierung explizit in den Anwendungsbereich der Geldwäschevorschriften einbezogen, die Umsetzung erfolgte in der Gewerbeordnung durch die Novelle 2007. Im Rahmen einer weiteren Novelle zur Gewerbeordnung wurden nunmehr mit BGBl. I Nr. 39/2010 am 15.06.2010 auch die Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Financial Action Task Force (FATF)“, das führende internationale Gremium auf dem Gebiet der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, umgesetzt. Da-

bei wurden weitere detaillierte erhebliche Verpflichtungen der Gewerbetreibenden sowie auch Kontroll- und Überwachungspflichten durch die Gewerbebehörden neu eingeführt.

- **Alkoholmissbrauch durch Jugendliche:** Im Rahmen einer der letzten großen Gewerberechtsnovellen zum Berufsrecht kam es zu einer Erweiterung und Verschärfung der Bestimmungen zum Schutz der Jugendlichen gegen Alkoholmissbrauch (aktueller Anlass: „Komatrinken“). Daher wurden von den Gewerbebehörden in diesem Bereich verstärkt Kontrollen durchgeführt und halbjährlich über die Ergebnisse Berichte erstellt. Im Zuge verschiedener Schwerpunktaktionen wurden im vergangenen Jahr in ganz Tirol **über 1.500 Kontrollen** durchgeführt.

2.5.2 Tiroler Buchmacher- und Totalisateurgesetz

Im Rahmen der Novelle 2010, LGBl. Nr. 75/2010, wurde das Tiroler Buchmacher- und Totalisateurgesetz geändert. Damit wurde vor allem die Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen unter Mitberücksichtigung der Richtlinie 2004/38/EG über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, umgesetzt. Weiters wurde aus verfahrensökonomischen Gründen normiert, dass die Strafbehörden erster Instanz nun auch als Behörden zum Vollzug der Befehls- und Zwangsmaßnahmen zuständig sind. Aufgrund von Neuerungen im Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz wurden im Tiroler Buchmacher- und Totalisateurgesetz mit der Novelle 2011, LGBl. Nr. 30/2011, die erforderliche Anpassungen vorgenommen.

2.5.3 Ausblick Schwerpunkte 2012

- Bis Jahresende sind verschiedene Öffnungszeitenverordnungen betreffend ein längeres Offenhalten von Betrieben anlässlich von Veranstaltungen vorgesehen.
- Seit Mitte 2010 läuft ein **gemeinsames Bund-Länder Projekt zur Erstellung eines neuen Zentralen Gewerberegisters „ZG-Neu“**. Die Tiroler Gewerbebehörden sind in der diesbezüglichen Arbeitsgruppe vertreten. Dabei gibt es das Bestreben die bereits seit einigen Jahren genutzten Länderanwendungen (Betriebsanlagenkataster, Seilbahninformationssystem, etc..) in das „ZG-Neu“ einzubringen um dadurch positive Synergieeffekte und Einsparungen zu erzielen
- Im Rahmen der **eGovernment-Arbeitsgemeinschaft Bund-Länder-Gemeinden** hat die Tiroler Gewerbeverwaltung im Bereich der Arbeitsgruppe „Gewerbe“ die Federfüh-

rung übernommen. Dabei wird von Tirol intensiv an der neuen Textierung für das Online-Gewerbeverfahren des Bundes in der Anwendung help.gv.at mitgearbeitet. Im Rahmen dieser Arbeitsgruppe werden verschiedenste Projekte zur Vereinheitlichung elektronischer Gewerbeverfahren im gesamten Bundesgebiet weiter ausgearbeitet werden. Als konkretes Projekt ist unter der Federführung Tirols eine Überarbeitung und eine Ausweitung der Formulare im Online-Gewerbeverfahren des Bundes geplant.

- Die Tiroler Gewerbeverwaltung wird in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer Tirol (Pakt Wirtschaft und Verwaltung; Betriebsgründerservice) in den nächsten Jahren weiterhin bestrebt sein, die Wirtschaft beim Zugang und der Führung eines Gewerbebetriebes noch mehr zu unterstützen und die Liberalisierungstendenzen in diesem Bereich weiter zu fördern. Insbesondere wird der Einsatz der mit der Wirtschaftskammer gemeinsam erarbeiteten „Tiroler Liste der freien Gewerbe“ ausgeweitet.

2.5.4 Fahrerqualifizierung

Die Richtlinie 2003/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15.07.2003 über die Grundqualifikation und Weiterbildung der Fahrer bestimmter Kraftfahrzeuge für den Güter- oder Personenkraftverkehr, zuletzt geändert durch die Richtlinie 2004/66/EG vom 26.04.2004, ABI. Nr. L 168 vom 01.05.2004, wurde durch Änderungen im Führerscheingesetz, Güterbeförderungsgesetz 1995, Gelegenheitsverkehrs-Gesetz 1996 und Kraftfahrlineiengesetz mit BGBl. I Nr. 153/2006 umgesetzt. Weiters wurden die genaue Ausgestaltung und die Wissensgebiete der Prüfung, die Art der Weiterbildung und Ermächtigung der Ausbildungsstätten sowie die Details zur Ausstellung des Fahrerqualifizierungsnachweises in der Grundqualifikations- und Weiterbildungs-Verordnung, BGBl. II Nr. 139/2008, geregelt.

- **Grundqualifikation:** Im Güter- und Personenkraftverkehr müssen alle Berufskraftfahrer von LKW's (nach 9.9.2009) und Bussen (nach 9.9.2008), die nach den genannten Zeitpunkten einen neuen C/D/E-Führerschein erhalten, eine Prüfung absolvieren. Zuständig für die Organisation und Durchführung der Grundqualifikation ist der Landeshauptmann. Seit Jänner 2010 werden diese Grundqualifikationsprüfungen monatlich abgehalten.
- **Weiterbildung:** Ab Herbst 2008/2009 müssen Berufskraftfahrer (im Güter- und Personenkraftverkehr) von LKW's und Bussen alle 5 Jahre eine 35-stündige Fortbildung bei einer vom Landeshauptmann ermächtigten Ausbildungsstätte absolvieren. Bisher wurden in Tirol bereits mehr als 43 Ausbildungsstätten ermächtigt. Es besteht daher in Tirol ein flächendeckendes Weiterbildungsangebot für die Mitarbeiter der Verkehrs- und Transportunternehmen. Von der zuständigen Landesabteilung werden diese Ausbildungsstätten regelmäßig kontrolliert.

2.5.5 Gesetzliche Neuerungen im Umwelt- und Anlagenrecht

- **GewO 1994:** Die Jahre 2010 bzw. 2011 waren wie schon die Vorjahre von vielen Gesetzesänderungen geprägt, daher erstreckte sich die Tätigkeit im Betriebsanlagenbereich auch auf Gesetzes- und Verordnungsbegutachtungen. Neben dem Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Gewerbeordnung 1994 geändert wird (Gastgartenregelung, Änderung der Genehmigungskriterien in belasteten Gebieten analog zum IG-Luft), waren zahlreiche Gesetze und Verordnungen (z.B. Sprengmittelverordnung und Sprengmittel-Lagerverordnung, MOT-Verordnung, Bauarbeiter-Schutzverordnung, etc.) vor allem zur Umsetzung von Gemeinschaftsrecht als auch Änderungen im Gemeinschaftsrecht selbst (z.B. Umgebungslärm-RL, Seveso III RL) zu begutachten.
- **Luftreinhaltung:** Da auch das Thema Luftreinhaltung ganz besonders Gewerbe- und Industriebetriebe in Tirol betrifft, sind und waren auch diesbezügliche Gesetzesvorhaben insbesondere auf ihre Auswirkungen auf Gewerbe- und Industriebetriebe zu überprüfen und Stellungnahmen zu den Entwürfen abzugeben. Unter anderem wurde auch eine Stellungnahme zum Endbericht Emissionskataster Tirol abgegeben. Derzeit wird das Maßnahmenprogramm nach § 9 a IG-Luft evaluiert sowie an dessen Aktualisierung gearbeitet.
- **Emissionshandel:** Die Richtlinie 2003/87/EG über den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten (kurz: über den Emissionshandel) wurde in Österreich mit dem Emissionszertifikatengesetz (EZG), BGBl I Nr. 46/2004, umgesetzt. Mit BGBl. II Nr. 279/2007 wurde die Verordnung des BMLFUW über die Zuteilung von Emissionszertifikaten für die Periode 2008 bis 2012 (Zuteilungsverordnung 2. Periode) sowie mit BGBl. II Nr. 339/2007 die Verordnung des BMLFUW über die Überwachung, Berichterstattung und Prüfung betreffend Emissionen von Treibhausgasen (Überwachungs-, Berichterstattungs- und Prüfungs-Verordnung) erlassen. In der neuen Zuteilungsperiode erfolgt die Zuteilung der Zertifikate nunmehr mittels der 2. ZuteilungsVO. In Tirol fallen insgesamt 12 Industrie- und Fernwärmanlagen unter das Emissionszertifikatengesetz. Die Betriebe haben die Genehmigung gemäß § 4 EZG bereits erhalten.
Die Richtlinie 2008/101/EG zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG (Emissionshandelsrichtlinie) sieht die Einbeziehung des Luftverkehrs in das System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft vor.
Diese Richtlinie sowie einige weitere Inhalte wurden mit dem Bundesgesetz vom 18.8.2009, BGBl. I Nr. 89/2009, in nationales Recht umgesetzt; mit diesem Gesetz wurde das Emissionszertifikatengesetz und das Bundesgesetz über den zwischenstaatlichen Luftverkehr 2008 geändert.
Eine weitere Novelle des EZG war zu begutachten, ein konkreter Inkrafttretenstermin ist derzeit nicht absehbar.
Die Aufnahme von Anlagen, die N₂O (Lachgas) emittieren, in den Anwendungsbereich des EZG hat Änderungen der emissionshandelsrelevanten Verordnungen bedingt.
- **Änderungen in anderen Rechtsbereichen:** Für das Betriebsanlagenverfahren sind nicht nur die GewO 1994 und die darauf aufbauenden Verordnungen relevant, sondern

einerseits auch jene Rechtsbereiche, welche im Rahmen des Betriebsanlagenverfahrens mitzuvollziehen sind, und andererseits jene, welche bisherige Betriebsanlagen einem anderen Regelungsregime unterwerfen (z.B. Abfallwirtschaftsgesetz, Wasserrechtsgesetz, IG-Luft...). Es sind und waren daher auch Änderungen in diesen Regelungen mitzuverfolgen, auf ihre Auswirkungen auf den Standort Tirol zu beurteilen und komplexe Abgrenzungsfragen zu beantworten.

2.5.6 Betriebsanlagenverfahren

Das Betriebsanlagenverfahren ist ein zentrales Genehmigungsverfahren im Anlagenrecht. Dies deshalb, da einerseits die Gewerbeordnung 1994 umfangreiche Bestimmungen betreffend gewerbliche Betriebsanlagen beinhaltet und andererseits im Rahmen dieses Verfahrens auch andere bundesgesetzliche Vorschriften automatisch mitvollzogen werden.

- **Allgemeine Verfahrensentwicklung:** Die Anzahl der Anträge auf Durchführung eines Betriebsanlagenverfahrens als Indikator für die Bereitschaft der Betriebe zu Investitionen hat in den Jahren 1999 bis 2010 tirolweit – mit bezirksweisen Schwankungen – insgesamt um ca. 20 % zugenommen. Im Jahr 2010 ist eine leichte Steigerung gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, es wurden 1561 Anträge auf Erteilung einer Betriebsanlagengenehmigung gestellt. Im Jahr 2010 wurden 59 % der Verfahren binnen 3 Monaten erledigt. Unter Berücksichtigung sämtlicher Antragsverfahren, auch jener, welche bereits aufgrund ihrer Komplexität eine höhere Erledigungsdauer aufweisen, betrug die durchschnittliche Bearbeitungsdauer 78 Tage. Von den verzögerten Verfahren waren 48 % auf mangelhafte Unterlagen zurückzuführen, wobei seitens der Gewerbeverwaltung laufend durch entsprechende Informationsarbeit auf eine Verbesserung hingewirkt wird.
- **Projekt INA:** Durch das internetgestützte Antragssystem – INA wird erstmals die Möglichkeit geschaffen, komplexe anlagenrechtliche Genehmigungen auf einfache, effiziente und Kosten sparende Weise digital und per Internet zu beantragen. Ziel dieses Projektes ist die Beschleunigung von Betriebsanlagenverfahren durch eine effiziente Kooperation zwischen Unternehmer und Behörde, die auf beiden Seiten mehrfachen Nutzen bringt. Der Unternehmer erhält ein klares Anforderungsprofil für seinen Antrag samt Unterlagen und hat bei elektronischer Einreichung die Gewissheit, einen vollständigen Antrag eingebracht zu haben; er kann in weiterer Folge eine rasche Erledigung des Antrages erwarten. Die Behörde erhält im Gegenzug vollständige Projektunterlagen in standardisierter Form. Hintergrund dieses Projektes ist, dass eines der Hauptprobleme für Verfahrensverzögerungen nach wie vor mangelhafte Unterlagen sind.

Die Leitfäden für die Neugenehmigungsformulare mit und ohne Fremdenbeherbergung wurden bereits entsprechend der neuen Gastgartenregelung nach § 76 a GewO 1994

adaptiert. Zudem wurde ein euer Leitfaden für die Anzeige gemäß § 76 a GewO 1994 erstellt. Derzeit läuft die Umsetzung in elektronische Formulare.

2.5.7 Wirtschaftsaufsichtsrecht

- **Allgemeine Produktsicherheit:** 2010 wurden im Auftrag des BMASK 23 Markterhebungen mit ca. 800 Kontrollen vor Ort durchgeführt. Weiters wurden im Auftrag des BMASK die Projekte „aufblasbare Rodeln“ und „Kinderlaufhilfen“ bearbeitet. Das Projekt „Kinderlaufhilfen“ wird 2011 weitergeführt. Dazu kommen entsprechend dem Marktüberwachungsprogramm für 2011 die Projekte „Laserpointer“, „Feuerzeuge“ und „Werkzeuge“. Durch die aktive Nutzung der europäischen Produktdatenbank ICSMS (Internetgestütztes Kommunikations- und Informationssystem für die Marktüberwachung) werden Informationen und das Wissen anderer Behörden über spezifische Produktprobleme bei der Bearbeitung der Markterhebungen genutzt. Dabei wurden im Bereich der Allgemeinen Produktsicherheit ca. 6000 ICSMS-Abfragen durchgeführt. Darüber hinaus wurden mittels Internetrecherche Vertriebswege gefährlicher Produkte nachvollzogen.
- **Produktsicherheit – Zusammenarbeit mit Bayern:** Im Rahmen der 2003 bestehenden engen Kooperation mit dem Freistaat Bayern wird regelmäßig der Runde Tisch Produktsicherheit durchgeführt. Daran nehmen Vertreter aus Wirtschafts-, Verbraucherschutz- und Behördenkreisen beider Länder teil. Der 8. Runde Tisch Produktsicherheit fand am 06.05.2010 im Bildungszentrum Wildbad Kreuth statt. Dabei wurden insbesondere die Themen „Europäisches Binnenmarktpaket“ sowie das Ergebnis der Marktaufichtsaktion Bayern – Tirol „Klettersteigsets“ behandelt. Der 9. Runde Tisch Produktsicherheit fand am 26.05.2011 unter der Schirmherrschaft von Frau Landesrätin Zoller-Frischauf in Innsbruck statt. Bei den Wasserburger Tagen Produktsicherheit, an denen Tirol jedes Jahr auf Einladung Bayern teilnimmt, wurden von den Vortragenden der europäischen Kommission die neuen rechtlichen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Überarbeitung der Richtlinie Allgemeine Produktsicherheit sowie der Binnenmarktrichtlinien berichtet.
- **Produktsicherheit – Binnenmarkt:** Im Zusammenhang mit der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 über die Vorschriften für die Akkreditierung und Marktüberwachung wurde der Marktüberwachungsplan für 2010 unter Koordination des BMWFJ vorbereitet und erstellt. Dieser Marktüberwachungsplan wurde an die Bezirksverwaltungsbehörden übermittelt, da diese für die Überwachung des Inverkehrbringens von Produkten, die den Bestimmungen der GewO 1994 samt Verordnungen unterliegen, als Marktüberwachungsbehörde zuständig sind. Im Bereich der Binnenmarktrichtlinien wurden 2010 ca. 2500 ICSMS-Abfragen durchgeführt sowie 72 Recherchen durchgeführt. Tirol hat in diesem Zusammenhang immer wieder auf das Erfordernis eines eigenen Marktüber-

wachungsgesetzes hingewiesen. Dieses Thema ist nunmehr im Aktionsplan Konsumentenschutz als Ziel enthalten.

- **Vermarktungsnormenrecht:** Im Bereich der Inlandskontrollverpflichtung nach den vermarktungsnormenrechtlichen Bestimmungen wurden im Jahr 2010 713 Kontrollen mit ca. 17000 kontrollierten Partien durchgeführt. Weiters wurden im Auftrag des BMLFUW bei Speisekartoffeln und Olivenöl Proben entsprechend dem jährlichen Probenplan genommen. Die auf Grund der neuen Regelungen in der Verordnung über Vermarktungsnormen für Eier, BGBl. II Nr. 365/2009, erforderliche Umstellung der Packstellen-Kennnummer bis zum 31.12.2010 wurde von den Bezirksverwaltungsbehörden entsprechend der Mitteilung der Betreiber durchgeführt.
- **Badegewässerüberwachung:** Entsprechend den Bestimmungen der Novelle zum Bäderhygienegesetz, BGBl. I Nr. 64/2009, wurden für jedes Tiroler Badegewässer bis zum 31.12.2010 ein Badegewässerprofil erstellt. Weiters wurden die aktuellen Untersuchungsergebnisse im Rahmen der Badegewässerüberwachung 2010 auf der Homepage des Landes eingestellt und der Badegewässerbericht 2010 erstellt. Wie im Badegewässerüberwachungserlass vom BMG bestimmt, wird die AGES Innsbruck als Sachverständige der Hygiene von den Bezirksverwaltungsbehörden zur Überwachung der Badegewässer herangezogen; alle Bezirksverwaltungsbehörden haben dazu die entsprechenden Veranlassungen getroffen. Im Zuge der genannten Umstellungen wurde der Bereich vollständig neu organisiert.
- **Preisrecht:** Die Einhaltung der gesetzlich vorgegebenen Preisauszeichnungspflicht (einschließlich der Verpflichtung zur Grundpreisauszeichnung) sowie der für bestimmte Produkte bestehenden Kennzeichnungsvorschriften wurde und wird in Tirol von den Preisbehörden aufgrund entsprechender Vorgaben des BMWFJ überwacht. Im Jahr 2010 wurden im Auftrag des BMWFJ 2.408 Kontrollen durchgeführt. Die Kontrollen zeigen, dass der Großteil der Betriebe seinen Verpflichtungen nachkommt und nur in wenigen Fällen mit Abmahnungen, Organmandaten oder Einleitung von Verwaltungsstrafverfahren vorgegangen werden muss. Besonderes Augenmerk wurde 2010 auf die Einhaltung der Bestimmungen der Landesregeln für Tankstellenbetreiber gelegt. Diese Überprüfungsaktion wird ausgedehnt und erfolgt von April bis Mitte Juli 2011.
- **Begutachtungsverfahren:** Im Übrigen wurden 2010 in den unterschiedlichen Rechtsmaterien des Wirtschaftsaufsichtsrechtes Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen bzw. Vorhaben der Europäischen Union abgegeben.

2.5.8 EU-Dienstleistungsrichtlinie - Einheitlicher Ansprechpartner EAP und Verwaltungszusammenarbeit mit dem Binnenmarkt-Informationssystem IMI

Im Rahmen des europäischen Binnenmarktes ist die EU unter anderem bestrebt, Hindernisse bei der grenzüberschreitenden Erbringung von Dienstleistungen abzubauen. Dazu wurde die Dienstleistungsrichtlinie (Richtlinie 2006/123/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt, ABl. Nr. L 376 vom 27.12.2006, S. 36) - im Folgenden kurz: DL-RL - beschlossen.

Zwei wesentliche Punkte der Dienstleistungsrichtlinie sind einerseits die Einrichtung von „Einheitlichen Ansprechpartnern“ (kurz: EAP) in allen Mitgliedsstaaten als zentrale Anlauf- und Informationsstellen für Dienstleistungserbringer und andererseits der Abbau verwaltungstechnischer Hürden zwischen den Mitgliedsstaaten durch verbesserte Verwaltungszusammenarbeit und vereinfachten Informationsaustausch zwischen den Behörden. Zum Zweck der Verwaltungszusammenarbeit wurde das elektronische Binnenmarkt-Informationssystem (Internal Market Information System, kurz: IMI) entwickelt.

Einheitlicher Ansprechpartner – EAP:

Die EAP sind nach der Dienstleistungsrichtlinie als zentrale Anlauf- und Informationsstellen für den grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr in der EU vorgesehen. Die Aufgaben des EAP sind im Wesentlichen die Bereitstellung von Informationen und die Verfahrensabwicklung: Den Erbringern und Empfängern von Dienstleistungen sind verschiedene Informationen, z. B. über die Verfahren und Formalitäten für die Aufnahme und Ausübung von Dienstleistungstätigkeiten oder die zuständigen Behörden im jeweiligen Land zugänglich zu machen. Bewilligungsverfahren können im Anwendungsbereich der DL-RL auch über den EAP abgewickelt werden.

In Österreich ist für jedes Bundesland ein EAP beim Amt der Landesregierung eingerichtet. In Tirol ist der EAP in der Abteilung Wirtschaft und Arbeit des Amtes der Tiroler Landesregierung angesiedelt.

Obwohl auf Bundesebene die Umsetzung der DL-RL durch das geplante Dienstleistungsgesetz aufgrund der fehlenden Verfassungsmehrheit im Nationalrat noch nicht abgeschlossen werden konnte, haben in allen Bundesländern die EAP ihre Tätigkeit aufgenommen und geben Auskünfte zur Erbringung von Dienstleistungen in Österreich. Im Internet bieten die EAP Informationen auf den neun Landesportalen an, die über die nationale EAP-Startseite erreicht werden können (www.eap.gv.at). Die Startseite des EAP Tirol ist unter eap.tirol.gv.at erreichbar. Die Informationsseiten der andern EU/EWR-Staaten können über das EAP-Portal der Europäischen Kommission erreicht werden (<http://ec.europa.eu/eu-go>).

Die Einrichtung von EAP in der gesamten Europäischen Union lässt für heimische Dienstleistungserbringer eine wesentliche Vereinfachung im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr durch verbesserte Informationen und eine vereinfachte Verfahrensabwicklung erwarten.

Verwaltungszusammenarbeit und Binnenmarkt-Informationssystem – IMI:

Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit bzw. Kommunikation zwischen den Behörden der verschiedenen Mitgliedsstaaten können eine Hürde für den grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr darstellen. In der Dienstleistungsrichtlinie ist daher ausdrücklich eine Verpflichtung zur Verwaltungszusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten vorgesehen.

Zur Verbesserung der Zusammenarbeit bzw. Kommunikation der Behörden hat die Europäische Kommission in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten das Binnenmarkt-Informationssystem IMI, ein elektronisches System für den Austausch von Informationen, entwickelt.

Mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems IMI soll ein rascher und sicherer Datenaustausch zwischen den Behörden der verschiedenen Mitgliedsstaaten gewährleistet und eine reibungslose Kommunikation ermöglicht werden. Dabei können die Behörden Informationen mittels Standardformularen und Standardfragen in der jeweiligen Landessprache austauschen. Sollten dabei Schwierigkeiten auftreten, etwa falls keine zuständige Stelle auffindbar ist, gibt es in jedem Mitgliedsstaat eigene Kontaktstellen zur Problemlösung.

Ziel des IMI ist es, die Effizienz und Wirksamkeit der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu erhöhen. Letztendlich soll das IMI die Arbeit der Behörden erleichtern und damit Verbesserungen für Dienstleistungserbringer und -empfänger bringen.

Geplant ist, das Binnenmarkt-Informationssystem IMI auch für die Verwaltungszusammenarbeit in anderen Bereichen, etwa im Bereich der Anerkennung von Berufsqualifikationen, einzusetzen.

3 Arbeitsmarktpolitische Aktionsfelder des Landes Tirol

Die Arbeitsmarktförderung des Landes Tirol setzt entweder eigenständig oder im Zusammenwirken mit anderen Stellen arbeitsmarktrelevante Maßnahmen. In den letzten Jahren wurde von Landesseite die aktive Arbeitsmarktpolitik deutlich ausgeweitet, jedoch stets in dem Bewusstsein, dass die Arbeitsmarktförderung des Landes Tirol in erster Linie als Ergänzung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums des Bundes zu sehen ist. Dort, wo das Land einen eigenen arbeitsmarktpolitischen Akzent setzen will, erfolgt dies immer in Abstimmung mit den anderen Tiroler Arbeitsmarktakteuren. Die Tiroler Arbeitsmarktförderungsgesellschaft mbH (amg-tirol) ist eine wichtige Schaltstelle für die Umsetzung diesbezüglicher Strategien. Die Bereitschaft zum gemeinsamen Handeln aller Akteure am Tiroler Arbeitsmarkt manifestiert sich nach wie vor in der Umsetzung des Tiroler Beschäftigungspaktes.

Das Land Tirol hat auch 2010 auf die noch immer schwierige Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation reagiert und erfolgreiche krisenbedingt eingeführte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen fortgeführt bzw. neu akzentuiert.

3.1 Aktionsfelder des Landes Tirol zur Sicherung der Beschäftigung

3.1.1 Maßnahmen in Reaktion auf die Wirtschaftskrise

Im Jahr 2009 wurden als Reaktion auf die wirtschaftlich und damit auch arbeitsmarktpolitisch schwierige Lage folgende neue Maßnahmen gesetzt, die im Jahr 2010 erfolgreich fortgesetzt bzw. abgeschlossen worden sind:

Arbeitsstiftung Tirol:

Ziel der im April 2009 gestarteten Arbeitsstiftung Tirol (offene Arbeitsstiftung, Insolvenzstiftung) ist die Wiedererlangung eines Arbeitsplatzes der Stiftungsteilnehmer/innen innerhalb des vorgeschriebenen Zeitraumes nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz, also innerhalb von 156 Wochen (in Ausnahmefällen z.B. bei gesetzlich vorgeschriebenen längeren Ausbildungszeiten 209 Wochen), bei der die Teilnehmenden in jeder Phase der Stiftungsteilnahme unterstützt werden. Die Hauptaufgabe ist die Verbesserung der Situation der Arbeitslosen und im Besonderen eine Erhöhung der Chance auf Reintegration in den Arbeitsmarkt.

Unter dem Dach der Arbeitsstiftung Tirol wurden auch die bereits laufenden Implacementstiftungen „Qualifizierung nach Maß“ und die „Qualifizierungsoffensive für Alten- und Pflegehilfe für Tirol“ zusammengeführt. Diese Stiftungen bilden eine Brücke zwischen der personellen Nachfrage von Unternehmen und potentiellen Mitarbeiter/innen. Die Qualifizierung Arbeitssuchender wird mit den Anforderungen der Wirtschaft in Einklang gebracht und den Unternehmen ein professionelles Service bei der Suche und Auswahl von qualifizierten Mitarbeiter/innen geboten.

Die Stiftungszahlen zeigen die Notwendigkeit dieser Maßnahme. Stiftungsträgerin ist die amg-tirol.

Unternehmensstiftung Plansee Group:

Stiftungsträgerin der im Juni 2009 begonnenen Unternehmensstiftung ist die Plansee Group. Das Land Tirol hat für 80 Teilnehmer/innen eine Finanzierungszusage über EUR 1.000,- pro Teilnehmer/in abgegeben. Diese genehmigten Plätze wurden in der Zwischenzeit alle in Anspruch genommen.

Branchenstiftung AUSPED (Speditionswirtschaft):

Stiftungsträgerin der im Juli 2009 gestarteten Branchenstiftung ist der Ausbildungs- und Unterstützungsverein „Spedition AUSPED“. Das Land Tirol hat für 53 Tiroler Teilnehmer/innen eine Finanzierungszusage über EUR 1.000,- pro Person abgegeben (österreichweit waren 634 Personen kalkuliert). Die Abwicklung erfolgte aufgrund einer Kooperationsvereinbarung über die amg-tirol. Aus Tirol sind 6 Personen in die Stiftung eingetreten, es sind keine Stiftungseintritte mehr möglich..

Jugendstiftung AUFLEB (Arbeitskräfteüberlasser und KMUs bis 250 MA):

Stiftungsträgerin dieser im August 2009 begonnenen Stiftung ist die AUFLEB GmbH. Das Land Tirol hat für 180 Tiroler Teilnehmer/innen eine Finanzierungszusage über EUR 1.000,- pro Person abgegeben (österreichweit waren 2000 Personen kalkuliert). Die Abwicklung erfolgte aufgrund einer Kooperationsvereinbarung ebenfalls über die amg-tirol. Es sind auch hier keine Stiftungseintritte mehr möglich. Aus Tirol ist nur eine Person in diese Stiftung eingetreten. Derzeit bestehen auf Bundesebene Bestrebungen, die Stiftung als eine Implacementstiftung für Jugendliche ab 19 Jahren bei KMUs bis 250 Mitarbeiter/innen fortzuführen.

Bildungskarenz plus:

BK plus wurde mit Regierungsbeschluss vom 27. Jänner 2009 eingeführt und zielte darauf ab, Mitarbeiter/innen während wirtschaftlich schwieriger Zeiten im Unternehmen zu halten und unter attraktiven Konditionen weiterzubilden. Im Rahmen dieser Förderung wurden dem Unternehmen Ausbildungskosten für Mitarbeiter/innen, die eine mit dem Unternehmen vereinbarte Ausbildung absolvierten und dafür Bildungskarenz in Anspruch nahmen sowie vom AMS Weiterbildungsgeld erhielten, zu 50% refundiert. Ansuchen konnten bis 31. Dezember 2010 eingereicht werden.

Die Zahlen zeigen, dass BKplus als Krisenmaßnahme erfolgreich war. Mit Stand Ende Dezember 2010 wurden 141 Zusagen an 71 Unternehmen erteilt und eine Fördersumme von insgesamt EUR 333.200,58 zugesagt. Es wurden 178 Mitarbeiter/innen, davon 78% männliche und 22% weibliche Arbeitskräfte gefördert, wobei die männlichen Arbeitskräfte im Durchschnitt jünger waren (mehr 20 – 29 Jährige Personen) als die weiblichen Arbeitskräfte (mehr 30- bis 39 jährige Personen). In Summe wurden 264 Weiterbildungsmaßnahmen gefördert. Männer absolvierten zu 70% technische Weiterbildungen, Frauen zu 40% Weiterbildungen im Gesundheits- und Sozialbereich und zu 25% im technischen Bereich).

EPU-Förderung:

Die Förderung der 1. Anstellung bei einem Ein-Personen-Unternehmen (EPU-Förderung) wurde mit Regierungsbeschluss vom 7. Juli 2009 ins Leben gerufen. Ziel der Förderung war die Schaffung eines Anreizes zur Anstellung von Arbeitskräften und damit die Abschwächung der Arbeitslosigkeit und die Unterstützung von Ein-Personen-Unternehmen in Wachstumsbranchen. Es wurde ein monatlicher Zuschuss zu den Lohnkosten beschränkt auf ein Jahr gewährt und damit die mit dem Arbeitsmarktpakt II des Bundes angekündigte Lohnnebenkostenförderung des Bundes ergänzt. Die Förderung war vorerst auf die ersten 100 Antragsteller/innen beschränkt, die die Fördervoraussetzung nachweisen konnten. Die Förderung wurde insbesondere für die Anstellung von teilzeitbeschäftigten Personen über 24 Jahren in Anspruch genommen. Die überwiegende Zahl davon waren Frauen. Es wurden aber auch Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse von Personen unter und über 24 Jahren gefördert. In Summe wurden bis 31. Dezember 2010 EUR 275.075,- zugesagt. Insgesamt hat sich gezeigt, dass ein Bedarf gegeben ist, daher wurde mit Regierungsbeschluss vom 15. September 2010 die Verlängerung dieser Förderung auf ein weiteres Jahr mit halbierten Fördersätzen beschlossen.

Aktion Zukunft Jugend:

Im Rahmen dieses im August 2009 beschlossenen Sonderprogramms wurden vom AMS Tirol und vom Land Tirol insgesamt EUR 2,5 Mio. für Qualifizierungsmaßnahmen für Jugendliche zur Verfügung gestellt. Das Land Tirol unterstützt diese Maßnahme in den Jah-

ren 2009/2010 mit EUR 400.000,-- Damit konnten weitere 393 Jugendliche im Rahmen der Ausbildungsgarantie für Jugendliche nach dem Berufsausbildungsgesetz unterstützt werden.

Aufgrund des nach wie vor vorhandenen Bedarfes insb. nach Abschlüssen im zweiten Bildungsweg wird dieses Programm in kleinerem Umfang in den Jahren 2010/2011 fortgesetzt. Das Land Tirol hat mit Beschluss der Landesregierung vom 9. November 2010 die Unterstützung für weitere 246 Plätze bis zu einem Beitrag von EUR 150.000,-- beschlossen.

Gemeindenahes Beschäftigungsprogramm:

Mit dieser auch im August 2009 gestarteten gemeinsamen Beschäftigungsinitiative von AMS Tirol und Land Tirol sollte das Beschäftigungspotenzial von gemeindenahen Tätigkeiten verstärkt genutzt werden. Es sollten damit mindestens 290 Langzeitbeschäftigungslose oder von Langzeitbeschäftigungslosigkeit bedrohte Arbeitslose in Beschäftigung gebracht und möglichst nachhaltig am Arbeitsmarkt integriert werden. Insgesamt wurden für die Jahre 2009/2010 EUR 4,7 Mio. zur Verfügung gestellt, das Land Tirol finanziert davon EUR 725.000,-- (ursprünglich EUR 675.000,-- plus Zusatzförderung von EUR 50.000,--). Insgesamt wurden damit bisher 314 Anstellungen gefördert, davon sind 221 Fälle bereits abgeschlossen. 89 Personen wurden im Anschluss in reguläre Dienstverhältnisse übernommen (40,3%), der Frauenanteil daran beträgt 69,7%.

Aufgrund des Erfolges wurde 2010 ein Nachfolgeprogramm (Gemeindenahes Beschäftigungsprogramm Tirol 2011) mit Gesamtkosten von EUR 1.500.000,-- und einer Landesbeteiligung von EUR 250.000,-- beschlossen.

3.1.2 Aktivitäten im Bereich der Jugend-/Lehrlingsbeschäftigung

Es bedarf nach wie vor Maßnahmen der öffentlichen Hand, damit Jugendliche eine Lehrstelle finden bzw. ihnen eine ihren Fähigkeiten entsprechende Ausbildungsmöglichkeit angeboten werden kann. In diesem von vielen Seiten geschnürten Paket von Begleitmaßnahmen spielen die Aktivitäten des Landes Tirol zur Verbesserung der Lehrlingssituation eine gewichtige Rolle.

Insgesamt hat das Land Tirol im Jahr 2010 im Arbeitsmarktbereich **fast 4 Millionen Euro** in Jugendbeschäftigungsmaßnahmen investiert.

Das Paket an **Maßnahmen im Lehrlingssektor** umfasste 2010 im wesentlichen folgende Schwerpunkte:

Ausbildungsverbund Tirol (AVT):

Ziel des Ausbildungsverbundes ist es, Jugendlichen auch dort eine umfassende und qualitativ hochwertige Ausbildung zu gewährleisten, wo Lehrbetriebe nicht alle Fertigkeiten und Kenntnisse vermitteln können. Mit der Maßnahme werden freiwillige und verpflichtende Ausbildungsverbünde gefördert. Die Beteiligung des Landes Tirol läuft seit 2004. Seit 2008 gelten mit der Novellierung des Berufsausbildungsgesetzes neue Förderbestimmungen für Lehrbetriebe. Mit insgesamt 8 neuen Förderarten sollte vor allem die Qualität der Ausbildung in den Betrieben honoriert werden. Eine dieser Förderungen ist die Unterstützung zwischen- und überbetrieblicher Ausbildungsverbundmaßnahmen.

Eingebettet in das neue Fördersystem hat der AVT, dessen Abwicklung auch bisher immer bei der WK angesiedelt war, die neuen Förderrichtlinien des Bundes übernommen. Das Land Tirol unterstützte auch im Jahr 2010 verpflichtende Ausbildungsverbünde bis zu einem Maximalbetrag von EUR 25.000,--. (Die tatsächliche Auszahlungssumme betrug EUR 5.384,13).

Lehrlingscoaching:

Mit diesem Projekt werden Berufsschüler/innen durch Beratung und Begleitung in Problemlagen unterstützt, die eine Lehrausbildung erschweren bzw. behindern. Mit Unterstützung durch Lerntraining im Einzelcoaching und Kleingruppenunterricht sollen Lehrabbrüche verhindert und somit Lehrverhältnisse aufrecht erhalten werden und Personen mit Problemlagen zu einem positiven Lehrabschluss herangeführt werden. Die Maßnahme wird von Land Tirol, AK und WK finanziert. Der Landesbeitrag belief sich im Jahr 2010 wie im Vorjahr auf EUR 80.000,--. Auch im Jahr 2011 wird dieses Projekt finanziert, derzeit laufen jedoch Arbeiten, um die Maßnahme in das Gesamtkonzept Übergang Schule/Beruf einzubinden.

Lehrstellen- und Berufsberater:

Der Lehrstellen- und Berufsberater wurde aufgrund der erfolgreichen Tätigkeit des Lehrstellenakquisiteurs (180 neue Lehrstellen in kurzer Zeit) von der WK angestellt und wird seit 2006 vom Land Tirol mit 50% der Kosten unterstützt. Aufgrund der neuen Bundesförderung, welche auch weiterhin ein Lehrstellenakquise in gewissem Ausmaß erfordert, wurde der bisher auch vom Land Tirol finanziell mitunterstützte Lehrstellenakquisiteur in die Bundesförderung übernommen.

Das Aufgabenfeld des Lehrstellen- und Berufsberaters bzw. die entsprechende Landesbeteiligung wurde 2010 neu geregelt und die zu betreuenden Projekte definiert, für welche wiederum eine Landesförderung von EUR 30.000,-- zur Verfügung gestellt wurde. Auch für 2011 wurde ein weiterer Fördervertrag über EUR 20.000,-- abgeschlossen, wobei nunmehr unter anderem der Fokus auf die Förderung der Berufs - Safari gelegt wird.

Auswahlverfahren für Lehrlinge (Potentialanalyse):

Mit der Potentialanalyse (Auswahlverfahren für Lehrlinge) will die WK den Unternehmen ein Instrument zur Verfügung stellen, das sie bei der Auswahl von Lehrlingen unterstützt. Diese Unterstützung soll die Unternehmen motivieren, Lehrlinge anzustellen, da eine größere Sicherheit gegeben ist, den richtigen Lehrling zu finden. Für das Jahr 2010 wurden EUR 21.160,-- ausbezahlt und damit 160 durchgeführte Potentialanalysen unterstützt.

Auffangnetz für Jugendliche: Ausbildungsgarantie für Jugendliche:

Im Rahmen der Ausbildungsgarantie für Jugendliche nach dem Berufsausbildungsgesetz (bisherige JASG und Job for Youth – Maßnahmen) wurde die Förderung überbetrieblicher Ausbildungseinrichtungen ausgebaut und auch die Landesbeteiligung an der vom AMS beauftragten Lehrgänge aufgestockt. Im Jahr 2010 wurden für diese Lehrgänge EUR 1.549.000,-- an Landesbeteiligung ausbezahlt.

Ausbildungsmodell „Berufsmatura: Lehre mit Reifeprüfung“:

Der Bund hat im Sommer 2008 Förderungsrichtlinien für das Ausbildungsmodell „Berufsmatura: Lehre mit Reifeprüfung“ erlassen. Diese Förderung soll ein kostenloses Angebot der Vorbereitungslehrgänge für die Berufsreifeprüfung möglich machen und so Lehrlingen den Weg zur Matura erleichtern.

In Tirol werden die Vorbereitungskurse nach den Vorschriften des Bundes in vier Fächern (Deutsch, Englisch, Mathematik, Fachbereich) von BFI und WIFI in Form eines „Begleitenden Modells“ (BFI) und eines „Integrierten Modells“ (mit Verlängerung der Lehrzeit, WIFI) angeboten. Das Projekt läuft bis jetzt sehr erfolgreich und mit vollen Kursen in fast allen Landesteilen.

Das Land Tirol ist Trägerorganisation für die Bundesförderung und hat damit die Möglichkeit, dieses Ausbildungsmodell mit zu tragen, die Vereinbarkeit der beiden verschiedenen Modelle zu sichern und die Fördergelder (EUR 5.890,-- pro Lehrling und Reifeprüfung) effizient und optimal zu verwalten. Besser ausgebildete und hoch qualifizierte Arbeitskräfte tragen maßgeblich zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Region bei.

Bis dato wurden bereits Fördergelder in Höhe von EUR 2.022.846,-- vom Bund für dieses Ausbildungsmodell ausbezahlt und an die Bildungsträger weitergeleitet. Die Werbemaßnahmen, die das Land Tirol 2010 finanziert, beinhalten eine Reihe von breit gestreuten PR-Maßnahmen, die für die Kursanmeldungen Wirkung gezeigt haben und sicherlich zu vermehrten Anmeldungen im Herbst beigetragen haben. Für das Jahr 2010 wurde eine Vereinbarung zur sog. Ausfallshaftung bzw. Ergänzungsförderung zur Bundesförderung abgeschlossen.

Bis zum Stichtag 15. Mai 2011 haben insgesamt das

- 1. Vorbereitungsjahr: 879 Teilnehmer/innen
- 2. Vorbereitungsjahr: 426 Teilnehmer/innen
- 3. Vorbereitungsjahr: 161 Teilnehmer/innen
- 4. Vorbereitungsjahr: 74 Teilnehmer/innen

besucht.

Der zahlenmäßige Unterschied zwischen erstem und zweitem Vorbereitungsjahr im Vergleich zum dritten und vierten Vorbereitungsjahr erklärt sich durch die Einführung der neuen Förderung im Jahr 2008.

Im heurigen Schuljahr werden voraussichtlich 144 Lehrlinge ihre Matura absolvieren.

Zuwendung Meisterprüfungskurse:

Aus dieser für das Jahr 2010 mit EUR 225.000,- dotierten Budgetpost werden die Kosten für die Umwandlung eines Bildungsdarlehens in einen verlorenen Zuschuss bei Erreichen der beruflichen Selbständigkeit finanziert. Im Jahr 2010 ist die Zahl der Umwandlungen weiter gesunken.

Tiroler Technologie Ausbildungsscheck:

Die Einführung des Tiroler Technologie Ausbildungsschecks wurde bereits im Jahr 2009 in Form eines Grundsatzbeschlusses festgelegt. 2010 wurde die entsprechende Förderrichtlinie als Sonderprogramm im Rahmen der Arbeitsmarktförderung des Landes Tirol beschlossen. Ziel der Förderung ist es, dem Fachkräftebedarf in technischen Berufen durch eine fundierte Ausbildung gerecht zu werden und damit im Rahmen der Technologieoffensive des Landes Tirol die Schaffung innovativer Arbeitsplätze dadurch zu unterstützen, dass das dafür benötigte Personal bestmöglich ausgebildet wird. Mit der Vergabe eines Ausbildungsschecks soll - in Ergänzung zu den im Rahmen der Tiroler Technologieoffensive umgesetzten Maßnahmen - ein Anreiz für junge Menschen geschaffen werden, verstärkt eine mechatronik-affine Ausbildung in spezifischen technischen Berufen zu absolvieren.

Es werden jährlich insgesamt 100 Ausbildungsschecks vergeben, davon 40 an Studenten und 60 an Lehrlinge. Die Vergabe der Förderung erfolgt aufgrund eines Reihungsvorschlages einer Bewertungskommission. In der Zwischenzeit wurden die förderbaren Ausbildungen um das Bachelorstudium Wirtschaftsingenieurwesen an der Fachhochschule Kufstein erweitert.

Ausbilderforum:

Das Ausbilderforum ist eine Initiative des Landes Tirol und der Tiroler Sozialpartner zur Stärkung und Vernetzung der Lehrlingsausbilder/innen. Das Ausbilderforum, dessen Geschäftsführung der amg-tirol obliegt, organisiert und verwaltet unter anderem den vom Land Tirol verliehenen Weiterbildungspass zum/zur diplomierten Lehrlingsausbilder/in. Beim 14. Lehrlingsausbilder/innenkongress 2010 bei der Firma Plansee in Reutte wurden wiederum insgesamt 35 Zertifikate verliehen.

Die 2009 unter der Federführung des Ausbilderforums gestarteten Bestrebungen, eine bundesweit einheitliche Anerkennung qualitätvoller Weiterbildung im Bereich der Lehrlingsausbildung, um so eine weitere Qualitätssteigerung zu erzielen, wurden 2010 weitergeführt. Das Ausbilderforum wird vom Land Tirol als Hauptfördergeber mit EUR 61.000,- jährlich unterstützt, weitere Fördergeber sind WK, AK und ÖGB. Die vor drei Jahren neu abgeschlossene Kooperationsvereinbarung wurde 2010 auf weitere drei Jahre verlängert.

Ausgezeichneter Tiroler Lehrbetrieb:

Das Land Tirol verleiht jährlich das Prädikat „Ausgezeichneter Tiroler Lehrbetrieb“ zur Hebung der Ausbildungsqualität in Lehrbetrieben und damit zur Hebung des Ansehens der dualen Ausbildung. Unternehmen, die sich durch eine hervorragende Auszeichnung profilieren, haben nicht nur die Chance, die besten jungen Leute als Lehrlinge anzuwerben, sie schaffen sich auch ein Qualitätsimage, welches ihnen wichtige Vorteile am Markt bringt.

Die organisatorische Abwicklung für die Vergabe der Auszeichnung erfolgt durch die WK, die Auswahl erfolgt mit Beschluss der Landesregierung aufgrund eines Vorschlags der Jury, die sich aus Vertretern von AK, WK und Land Tirol zusammensetzt. 2010 wurde dieses Prädikat zum 11. Mal an insgesamt 36 Betriebe (10 Neuansuchen, 26 Verlängerungen) verliehen. Insgesamt sind es damit 100 Betriebe, die diese derzeit Auszeichnung führen dürfen.

Lehrlings des Monats/Lehrlings des Jahres (Galanacht der Lehrlinge):

Mit der Aktion Lehrling des Monats/Lehrling des Jahres soll auf das besondere Engagement von Lehrlingen aufmerksam gemacht und das Ansehen der Lehre insgesamt gestärkt werden. In der jährlichen Galanacht der Lehrlinge wird aus den zwölf Lehrlingen des Monats des Vorjahres der Lehrling des Jahres gekürt.

Lehrlingscard:

Auch die Lehrlingscard, ein gemeinsam von Land Tirol, WK und AK getragener Ausweis für Lehrlinge soll die Bedeutung des Lehrlingsstandes stärken und Lehrlingen ermöglichen, gleiche Möglichkeiten wie Schüler (Eintritte, Vergünstigungen usw.) in Anspruch nehmen zu können.

Weitere Projekte:

Darüber hinaus unterstützt das Land Tirol noch zahlreiche weitere Lehrlingsprojekte (Berufsinformationsmessen, Lehrlingswettbewerbe usw.) sowie weitere arbeitsmarktpolitisch bedeutsame Projekte (Girls´ Day, Arbeitsassistenz, Initiative 40, usw.) und beteiligt sich auch am xchange-Projekt, welches einen grenzüberschreitenden Lehrlingsaustausch ermöglicht.

Besondere Aufmerksamkeit wird nach wie vor Jugendlichen gewidmet werden, die von ihren Fähigkeiten her für eine Lehre nicht geeignet sind und denen trotzdem gewisse Fertigkeiten in Verbindung mit einem formalen Bildungsabschluss vermittelt werden sollen, wie es bereits durch die integrative Berufsausbildung in Umsetzung begriffen ist.

Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass bewusstseinsbildende Maßnahmen für die Verbesserung des Ansehens der Facharbeit und die Umsetzung der horizontalen und vertikalen Durchlässigkeit der dualen Ausbildung, wenn sie von einer breiten Basis getragen werden, absolut notwendig sind und auch zum Teil schon greifen.

3.1.3 Die Beteiligung an EU-Programmen, insbesondere des Europäischen Sozialfonds

ESF-Strukturfondsperiode 2007-2013:

1) Schwerpunkt 5 – Territoriale Beschäftigungspakte- Beschäftigungspakt Tirol

Im bereits bewährten Beschäftigungspakt Tirol sind die wichtigsten arbeitsmarktpolitischen Akteure Tirols vernetzt und arbeiten gemeinsam an arbeitsmarktrelevanten Themen. Ziel ist es, durch die Verknüpfung auch mit anderen Politikbereichen zu einer Verbesserung der Arbeitsmarktlage in Tirol beizutragen. Diese Arbeit wird von der Arbeitsmarktförderungsgesellschaft (amg-tirol) koordiniert und aus EU-Mitteln kofinanziert.

Die Kooperationsvereinbarung des Beschäftigungspaktes lief Ende 2010 aus und wurde aufgrund der erfolgreichen Zusammenarbeit bis 2015 verlängert.

Für die Aktivitäten in diesem Schwerpunkt sind bis Ende 2011 insgesamt EUR 1,3 Mio. an Fördermitteln kalkuliert (davon 46% ESF-Mittel). Bis jetzt sind EUR 582.400,- an ESF-Geldern und Bundesgeldern nach Tirol geflossen.

Derzeit bestehen drei Arbeitsschwerpunkte, die auch in den Folgejahren intensiv bearbeitet werden:

- Maßnahmen am Übergang Schule/Beruf
- Bildungs- und Berufsberatung Tirol
- Bedarforientierte Mindestsicherung - Arbeitsmarktintegration

Ziel der Arbeitsgruppen ist es, sowohl bedarfsorientiert Projekte zu entwickeln, für die ESF-Mittel angesprochen werden können, als auch darüber hinaus strategische Ziele und erforderliche Umsetzungsmaßnahmen für die koordinierte und Institutionen übergreifende Lösung der in diesen Bereichen vorhandenen Problemlagen zu erarbeiten. In der Zwischenzeit wurden in allen drei Arbeitsschwerpunkten Projekte beim BMASK bereits eingereicht und genehmigt (Beratungs- und Betreuungseinrichtung für Bezieher/innen der bedarfsorientierten Mindestsicherung; SP 3b; Bildungs- und Berufsberatung Tirol, SP 4) bzw. Fördermittel in Aussicht gestellt (Arbeitsbewältigungsprojekt für Ältere, Übergang Schule-Beruf, SP 1 und 2).

Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt des Beschäftigungspaktes liegt nach wie vor in der Arbeitsmarktforschung. So wurden 2010 folgende Studien vergeben bzw. abgeschlossen:

- Studie „Evaluierung Tiroler Jugendbeschäftigungsmaßnahmen“: Die Studie liegt in ihrem Endbericht vor. In Tirol konnten mit Stand Jänner 2010 insgesamt 33 unterschiedliche Qualifizierungs – und Unterstützungsmaßnahmen und 18 verschiedene Arten von finanziellen Förderungen (sowohl betriebliche Förderungen wie Lehrstellenförderung und Eingliederungsbeihilfe als auch Individualförderungen) gezählt werden, die sich ausschließlich an die Zielgruppe der Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren richten. In Summe bestehen derzeit somit 51 Maßnahmen speziell für diese Zielgruppe.

Für all diese Maßnahmen werden jährlich rund EUR 33 Mio. aufgewendet (Stand 2009, für 2010 liegen die Schätzungen bei EUR 45 Mio., dies aufgrund der Inanspruchnahme der Lehrstellenförderung des Bundes im Bereich der WK). Insgesamt machen die Lehrstellenförderung des Bundes und die Förderungen des AMS ca. drei Viertel der Kosten aus, das restliche Viertel wird hauptsächlich vom Land Tirol getragen, das Maßnahmen und Förderungen in Höhe von EUR 3,5 Mio. mitfinanziert.

Wesentliche, von den Verfassern der Studie formulierte Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen werden im Rahmen des laufenden Arbeitsprogramms bereits berücksichtigt. Zur Bearbeitung der Schnittstelle Übergang Schule-Beruf wurde im Rahmen des Beschäftigungspaktes Tirol eine Arbeitsgruppe eingerichtet, welche sich eingehend mit dieser Thematik beschäftigt. Auch der im Rahmen der Studie für notwendig erachtete Focus auf einen niederschweligen Zugang für arbeitsmarktpolitische Maß-

nahmen wird zumindest für die spezifische Zielgruppe der 15 bis 19 jährigen Mädchen mit und ohne Migrationshintergrund bereits im Rahmen der von Land Tirol, AMS und Stadt Innsbruck sowie mit EU-Mitteln kofinanzierten Produktionsschulen in Innsbruck und im Unterland berücksichtigt.

- Studie „Evaluierung von § 30b-BAG – Lehrgängen“: Die vom Österreichischen Institut für Bildungsforschung (ÖIBF) durchgeführte Studie sollte eine gesamthafte Betrachtung der überbetrieblichen Lehrausbildungen gemäß § 30b-BAG bieten. Es wurde ein besonderer Fokus auf die im Rahmen der Ausbildung zu absolvierenden Praktika, einen eventuellen Verdrängungseffekt sowie insgesamt die Qualität der Ausbildung gelegt werden. Der Endbericht liegt zwischenzeitig vor und bestätigt im Wesentlichen die Treffsicherheit dieser Lehrgänge, die vom AMS geplant und in Auftrag gegeben und vom Land Tirol mitfinanziert werden.

Die Studienautoren kommen im Endbericht zu dem Schluss, dass die überbetriebliche Lehrlingsausbildung in Tirol hinsichtlich ihrer quantitativen und qualitativen Bewertungskriterien als "insgesamt sehr effektives Instrument der (Re)Integration jugendlicher Personen, die auf dem regulären Lehrstellenmarkt keine Lehrstelle erhalten konnten, in das Ausbildungs- und Erwerbssystem" anzusehen ist. So konnte zum Beispiel mehr als die Hälfte jener Jugendlichen die im Beobachtungszeitraum 2009/10 in die überbetriebliche Lehrlingsausbildung eingetreten sind, eine Lehrstelle oder eine Beschäftigung aufnehmen. Auch die Praktikumsbetriebe haben laut Studie "überwiegend positive Erfahrungen" mit den Teilnehmer/innen gemacht. Insgesamt lieferten die Autoren neben der grundsätzlichen Empfehlung zur Beibehaltung der Maßnahme auch Anregungen, wie die Qualität und Effektivität der überbetrieblichen Lehrlingsausbildung zusätzlich verbessert werden kann. Vor allem wurde auch die Notwendigkeit der flächendeckenden Installation von Berufsinformations- und -orientierungsmaßnahmen in der 7. und 8. Schulstufe betont.

2) Schwerpunkt 3b – Integration arbeitsmarktferner Personen

• Via Produktionsschule Innsbruck

Die Produktionsschule Tirol als Maßnahme zur Integration arbeitsmarktferner Jugendlicher in den Arbeitsmarkt ist mit 1. September 2010 zwei Jahre in Betrieb. Das Projekt hat zum Ziel, sozial benachteiligte junge Frauen und junge Frauen mit Migrationshintergrund zwischen 15 und 19 Jahren zu unterstützen und die Integration in das berufliche Erstausbildungssystem oder in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Sie bietet den Teilnehmerinnen in fünf Fachbereichen die Möglichkeit, sich spielerisch und kreativ mit verschiedenen Berufsbildern anhand der Bearbeitung konkreter Aufträge vertraut zu machen und berufliche Grundqualifikationen zu erwerben. Gleichzeitig arbeiten die jungen Frauen an ihrer sozialen und interkulturellen Kompetenz, an ihren Schlüsselqualifikationen und an der Verbesserung ihres Schulwissens. Projektträger ist die ibis acam Bildungs GmbH.

Die Produktionsschule wird mit ESF-Mitteln und Mitteln des Landes, des AMS und der Stadt Innsbruck finanziert. Die Erfahrungen sind durchwegs positiv und bestätigen die Notwendigkeit dieser Einrichtung. In der Zwischenzeit haben insgesamt 242 Mädchen die Produktionsschule durchlaufen. Es konnten sehr viele Teilnehmerinnen in Lehrstellen, Schulen oder weiterführende AMS - Maßnahmen vermittelt werden.

- **LEA-Produktionsschule Wörgl**

Da die Erfahrungen mit der VIA - Produktionsschule sehr positiv waren und der Bedarf nach einer derartigen Maßnahme auch immer wieder bestätigt wurde (vgl. dazu die ebenfalls im Schwerpunkt 3b in Auftrag gegebene Studie „Lebens- und Erwerbssituationen arbeitsmarktferner Jugendlicher mit Migrationshintergrund“), wurde im April 2010 eine zweite Produktionsschule für 24 Mädchen zwischen 15 und 19 Jahren mit drei Fachbereichen und einem Dienstleistungsbereich in Wörgl gestartet. Projektträgerin dieser Maßnahme, die ebenfalls wieder aus ESF-Mitteln und Mitteln des Landes sowie des AMS finanziert wird, ist die KAOS Bildungsservice GmbH. In der Zwischenzeit haben insgesamt ca. 60 Mädchen die Produktionsschule besucht.

- **Evaluierung der Produktionsschulen**

Die beiden Produktionsschulen werden bis Ende 2011 mit ESF-Mitteln kofinanziert werden. Beim Projektstart wurde unter dem Titel der Nachhaltigkeit bereits eine Weiterführung der Maßnahmen überlegt, allerdings unter der Prämisse, dass der Bedarf nach wie vor gegeben ist und die Maßnahme erfolgreich durchgeführt wird. Dies soll anhand einer konkreten Evaluierung festgestellt werden, welche an das Institut für Höhere Studien (IHS) vergeben wurde und im Sommer 2011 vorliegen wird. Die Ergebnisse werden in die Entscheidungen betreffend Übernahme der Maßnahmen in das Regelangebot einfließen.

Auf Bundesebene wurde zwischenzeitlich eine Evaluierung aller österreichischen Produktionsschulen durchgeführt, welche insbesondere einen Systemvergleich der insgesamt 16 Produktionsschulen beinhaltet. Die Maßnahmen wurden insgesamt insbesondere vor dem Hintergrund der österreichischen Maßnahmenlandschaft, die für sozial benachteiligte Jugendliche noch wenig umfassende Ansätze anbietet, als sehr positiv bewertet und die Sicherstellung der Fortführung, verbunden mit einer breiten Funktionsweise empfohlen (Stabilisierung/Nachreifung der Jugendlichen über Vermittlung von Basisqualifikationen bis hin zur Arbeitsmarktintegration).

- **Koordination Übergang Schule Beruf**

Seit September 2008 ist bei der amg-tirol eine Koordinationsstelle „Übergang Schule-Beruf“ eingerichtet, die eine wichtige Schnittstelle zum Aufbau eines Systems der präventiven Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche darstellt.

Die Entwicklungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Notwendigkeit besteht, diese Schnittstellenarbeit weiter zu führen und das Thema vertiefend zu behandeln. Es wurde

daher eine eigene Arbeitsgruppe im Rahmen des Beschäftigungspaktes Tirol eingerichtet, die sich mit diesem Thema beschäftigt. Im Jahr 2010 liefen die Vorbereitungsarbeiten, um für innovative Maßnahmen wie den Aufbau eines Meldesystems an der Schnittstelle Übergang Schule/Beruf, Coaching, Gemeindebeauftragte unter Einbeziehung des Landesschulrates und auch der Gemeinden ESF- Fördermittel aus einem weiteren ESF-Schwerpunkt (SP 2) zu erhalten. Es wurden dafür in der Zwischenzeit Fördergelder vom BMASK in Aussicht gestellt (siehe Punkt 3.1.3).

- **Bedarfsorientierte Mindestsicherung**

Zur Arbeitsmarktintegration von Personen, die im Rahmen der bedarfsorientierten Mindestsicherung vom AMS zu betreuen sein werden, wurden ebenfalls ESF-Mittel angesprochen. Im Jahr 2010 liefen im Rahmen der bereits genannten Arbeitsgruppe des Beschäftigungspaktes die Vorbereitungen, um für die Einrichtung einer neuen Beratungs- und Betreuungseinrichtung dieser Zielgruppe, die insb. eines Case - Managements bedürfen, ESF-Mittel im Schwerpunkt 3b zu lukrieren. Diese Fördermittel wurden in der Zwischenzeit genehmigt und das Projekt, umgesetzt von der Arbeitsgemeinschaft Initiative 40/itworks mit Mai 2011 gestartet. Die förderbaren Gesamtkosten betragen fast 1 Million Euro, davon werden 46% vom ESF zur Verfügung gestellt. Die nationale Kofinanzierung erfolgt durch das AMS Tirol, Landesgeschäftsstelle Innsbruck. Die ESF-Mittel werden vom Land Tirol ausbezahlt. Die kofinanzierende Stelle AMS und das Land Tirol sind Partner des Beschäftigungspaktes Tirol. Das Land Tirol ist weiters als zwischengeschaltete Stelle für die Projektabrechnung und die Mittelverwaltung inklusive inhaltlicher Begleitung der Projektumsetzung verantwortlich.

Insgesamt sind im ESF Schwerpunkt 3b

- für die erste Antragsrunde Gesamtausgaben von EUR 946.033,70 mit einem ESF-Anteil von EUR 435.175,51 einem AMS - Anteil von EUR 247.358,56, einem Landesanteil von EUR 224.299,63 und einem Anteil der Stadt Innsbruck von EUR 39.200,00 zu verzeichnen.
- Für die derzeit laufende zweite Antragsrunde sind Fördermittel von EUR 2.519.000,-- genehmigt (Finanzierung: ESF-Anteil EUR 1.159.000,--, AMS -Anteil EUR 576.000,--, Stadt Innsbruck EUR 80.000,-- und Land Tirol EUR 704.000,--).
- Für die ebenfalls bereits laufende 3. Antragsrunde sind EUR 1.028.480,90 genehmigt (Finanzierung: ESF Anteil EUR 473.782,81, AMS EUR 538.377,22, Land Tirol EUR 16.320,87).

3) Schwerpunkte 1 und 2

Für Jugendliche stellt der Übergang in das Arbeitsleben eine große Herausforderung dar. Im Sinne eines präventiven Ansatzes ist frühzeitig anzusetzen, um insbesondere für be-

nachteiligte bzw. ausgrenzungsgefährdete Jugendliche eine Unterstützung beim Übergang Schule/Beruf zu leisten, um diese nicht zu verlieren.

Die im Rahmen der Arbeitsgruppe Übergang Schule/Beruf erarbeiteten Vorschläge setzen daher bereits in der Schule an, um in Zusammenarbeit mit der Schule bzw. dem Landeschulrat ein Meldesystem für ausgrenzungsgefährdete Jugendliche zu installieren, diese in der Folge gemeinsam mit dem AMS gezielt zu betreuen und im Bedarfsfall weitere Unterstützungsangebote zur Verfügung zu stellen. Wesentlich ist die Vernetzung aller beteiligten Politiken und Institutionen, die wiederum über den Beschäftigungspakt Tirol gelingt. Für den Start dieser innovativen Maßnahme hat das BMASK bereits Fördermittel (ca. EUR 300.000,-) in Aussicht gestellt.

4) Schwerpunkt 4 – Lebensbegleitendes Lernen

Die in diesem Schwerpunkt von der amg-tirol als Projektträgerin eingereichte Bildungs- und Berufsberatung Tirol wird vom Land Tirol kofinanziert (siehe dazu Punkt 4).

Insgesamt kann festgehalten werden, dass Tirol aufgrund der guten Zusammenarbeit im Beschäftigungspakt Tirol derzeit **in allen 5 ESF – Schwerpunkten** Fördermittel lukriert und damit die von der EU für innovative Projekte zur Verfügung gestellten Fördermittel, angepasst auf die Tiroler Bedarfe und unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit von Projekten, bestmöglich ausnutzt.

In Summe wurden und werden in den Jahren 2009 bis 2013 für die Umsetzung dieser Projekte Fördermittel in der Höhe von EUR 7,1 Mio. (insb. ESF, AMS, Land Tirol, AK und Stadt Innsbruck) zur Verfügung gestellt, davon wurden bisher bereits EUR 2.635.725,95 abgerechnet (ESF EUR 1.212.689,70, AMS EUR 870.789,73, Land Tirol EUR 473.046,53 und Stadt Innsbruck EUR 79.200,-).

Weitere EU-Programme:

Das Land Tirol unterstützt auch weitere, mit EU-Mitteln (z.B. Leonardo, Sokrates) finanzierte Projekte wie z.B. „Tiroler/innen auf der Walz“, ein Projekt, das jungen Arbeitskräften ermöglicht, nach Ende ihrer Ausbildung ein Praktikum im Ausland zu absolvieren. Ein gleich gelagertes Projekt steht zwischenzeitlich auch Lehrlingen offen („Lehrlinge auf der Walz“) und wird vom Land Tirol ebenso finanziell unterstützt.

3.1.4 Lebensbegleitendes Lernen

Ein wichtiges Feld im Aufgabenbereich der Arbeitsmarktförderung stellen alle Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Schwerpunkt „Lebensbegleitendes Lernen“ in der beruflichen Erwachsenenbildung dar. Die im Umbruch befindliche Arbeitswelt hat die Notwendigkeit des lebensbegleitenden Lernens für jeden einzelnen zu einer existenziellen Frage werden lassen, weshalb eine Verantwortung der öffentlichen Hand für Maßnahmen in diesem Bereich besteht und auch Aktivitäten im Rahmen der Arbeitsmarktförderung darauf ausgelegt werden müssen. Diese Maßnahmen entstehen als Reaktion auf die veränderten Gegebenheiten in der Arbeitswelt mit ständig neuen Arbeitsformen, Berufsbildern und Arbeitstechniken und dem Erfordernis des lebensbegleitenden Lernens als Voraussetzung zur Sicherung des Arbeitsplatzes. Die dafür wesentlichen Punkte, wie

- Erhöhung der Treffsicherheit der Förderungen einschließlich ihrer Ausrichtung am aktuellen Bedarf am Arbeitsmarkt,
- Entwicklung neuer und Adaptierung bestehender Förderinstrumente sowie die Rationalisierung der Förderabwicklung,
- zielgruppenorientierte Ausrichtung der Maßnahmen auf bildungsbenachteiligte und bildungsferne Personen, Wiedereinsteigerinnen, Frauen, Migrantinnen und Migranten
- Nachholen von Bildungsabschlüssen, Nachschulung von Minderqualifizierten,
- Förderung von Schlüsselqualifikationen,
- Förderung von Meisterprüfungskursen und anderen Qualifizierungsmaßnahmen, die als Voraussetzung für den Weg in die berufliche Selbständigkeit gelten

wurden und werden auch unter diesem Gesichtspunkt reflektiert.

Das aufgrund der Vorarbeiten der amg-tirol im ESF Schwerpunkt 4 „Lebensbegleitendes Lernen“ genehmigte ESF-Projekt „Laufbahnberatung“ wurde bis zum 3. Quartal 2010 vom Zukunftszentrum Tirol als Projektträger umgesetzt.

Die Laufbahnberatung Tirol wird nunmehr von der amg-tirol, deren Hauptgesellschafter das Land Tirol ist, im Rahmen der 2010 eröffneten Bildungsinfo Tirol weitergeführt und als Bildungs- und Berufsberatung Tirol unter Inanspruchnahme weiterer ESF-Fördermittel (Schwerpunkt 4) auch in den Bezirken ausgebaut werden. Das Land Tirol ist in diesem Projekt einerseits zuweisender Partner und leistet andererseits neben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol den wesentlichen Beitrag zur Kofinanzierung (Landesanteil EUR 195.000,-- verteilt auf drei Jahre).

3.1.5 Laufende Aktivitäten / Projektförderungen im Bereich der Arbeitsmarktförderung

Neben den oben beschriebenen Maßnahmenfeldern sind natürlich die laufenden Aktivitäten der Arbeitsmarktförderung zu nennen.

Arbeitsmarktförderung NEU seit 1. Jänner 2010:

Hervorzuheben ist insbesondere die Neuausrichtung der Richtlinien der Arbeitsmarktförderung zur Abwicklung von Individual- und Objektförderansuchen (Arbeitsmarktförderung NEU).

Diese wurden 2009 komplett überarbeitet. Sie wurden am 22. Dezember 2009 von der Landesregierung neu beschlossen und sind mit 1. Jänner 2010 in Kraft getreten. Zusätzlich dazu wurde das Arbeitnehmerförderungsgesetz novelliert. Mit der Neuausrichtung der Arbeitsmarktförderung wurden insbesondere die Fördersätze zum Teil wesentlich erhöht, die Einkommensgrenzen der einkommensabhängigen Förderungen angehoben und die Förderabwicklung vereinfacht (z.B. Angaben im Erklärungsweg mit nachfolgenden Stichprobenkontrollen). Weiters wurde die Struktur insofern geändert, als eine Rahmenrichtlinie mit allgemeinen Definitionen und Regelungen geschaffen wurde. Die bestehenden Standardprogramme wurden gestrafft und zum Teil zusammengelegt und mit der Schaffung von Sonderprogrammen besteht nunmehr die Möglichkeit, auf sich ändernde Bedarfe rasch zu reagieren. Zusätzlich wurde eine eigene Richtlinie für die einheitliche Abwicklung von Objektförderansuchen geschaffen.

Derzeit bestehen im Rahmen der Tiroler Bildungsförderung 5 Standardprogramme (Ausbildungsbeihilfe, Bildungsdarlehen, Umwandlung Bildungsdarlehen, Bildungsgeld update und Begabtenförderung) sowie 3 Sonderprogramme (EPU-Förderung, Bildungskarenz plus und Tiroler Technologie Ausbildungsscheck). Außerhalb dieses neu geschaffenen Rahmens wird die Fahrtkostenbeihilfe abgewickelt, es bestehen jedoch auch hier Überlegungen zur Konsolidierung.

Das Budget für Individualförderungen wurde von EUR 3,5 Mio. auf EUR 5,3 Mio. aufgestockt mit dem Ziel, dass gerade in schwierigen Zeiten mehr Menschen höhere Förderungen in Anspruch nehmen können. Die Statistik über die Individualförderungen für das Jahr 2010 zeigt, dass dieses Ziel erreicht wird:

- **16.000 Förderansuchen im Jahr 2010 - Steigerung um 45% im Vergleich zu 2009**

Während im Jahr 2009 10.681 Förderansuchen eingereicht worden sind, hat sich die Zahl der Ansuchen nach Inkrafttreten der neuen Richtlinien der Arbeitsmarktförderung um 45% gesteigert. So wurden zwischen 01. Jänner 2010 und 31. Dezember 2010 in Summe 15.887 Ansuchen in den 6 Standardprogrammen und 3 Sonderprogrammen eingereicht und ca. EUR 3,9 Millionen an Fördermitteln zugesagt. Der Anteil an Frauen und Männern

ist in etwa gleich (Frauen 48,6%, Männer 51,4%). Das Ziel, mit den neuen Richtlinien einen erhöhten Anreiz für Aus- und Weiterbildung zu schaffen, wurde damit erreicht.

- **Viele Zusagen, wenig Absagen**

Über alle Förderschienen verteilt mussten nur 16% der Ansuchen abgelehnt werden. Nur 5% aller Absagen erfolgte aufgrund der Versäumung der Einreichfrist und nur 7% der Absagen bei einkommensabhängigen Förderungen aufgrund der Überschreitung der Einkommensgrenze.

- **Bildungsgeld update - Ansuchen fast verdoppelt**

Ein besonderer Anstieg war im Bildungsgeld update – der Standardförderschiene für die berufliche Aus- und Weiterbildung – zu verzeichnen. Insgesamt wurden im Jahr 2010 11.127 Ansuchen (2009: 5852 Ansuchen) eingereicht und EUR 2.178.164,43 an Fördermitteln zugesagt. Dies ist vor allem auf die stark erhöhten Fördersätze, aber auch auf die Antragstellung bei Kursbeginn zurückzuführen.

- **Zielgruppe wird erreicht**

Dass die Zielgruppe erreicht wird und auch eine große Bereitschaft der Tiroler/innen und Tiroler zur beruflichen Weiterbildung besteht, zeigen die Zahlen im BG update. 75% der geförderten Personen befanden sich in aufrechten Beschäftigungsverhältnissen, 10% waren arbeitslos oder arbeitssuchend. Der Anteil der Selbständigen (bis zu 5 MA) betrug 7%.

- **BG update - 20 – 29 –jährige Personen aus dem Ballungsraum sind besonders aktiv**

51,4% der im Bildungsgeld update geförderten Personen waren zwischen 20 und 29 Jahre alt, 26,8 % zwischen 30 – 39 Jahre. Die Personen kommen zum Großteil aus den Bezirken Innsbruck Land (28,3%), Innsbruck (20,4%), Kufstein (14,2%) und Schwaz (11,3%).

Branchen: Die meisten Förderwerber/innen sind zu fast gleichen Teilen in den Branchen Gewerbe/Handwerk (23,9%) und Industrie/Handel (23,1%) aktiv und absolvieren Ausbildungen im Bereich Technik, Wirtschaft und Zugang zur Weiterbildung (z.B. Berufsreifeprüfung).

Zum Bildungsstand: die höchste abgeschlossene Ausbildung war zu 50% der Lehrabschluss, gefolgt von 17,6% mit Abschluss einer berufsbildenden mittleren Schule und 13,6% mit höheren Abschlüssen.

Dies lässt in Summe den Schluss zu, dass die Weiterbildungen der beruflichen Höherqualifizierung dienen.

- **BG update - Technische Ausbildungen, Nachholen von Bildungsabschlüssen und wirtschaftliche Ausbildungen stehen im Vordergrund**

Während Männer zu 41,3% Ausbildungen im technischen Bereich absolvieren, stehen bei Frauen das Nachholen von Bildungsabschlüssen (27,9% insb. die Berufsreifeprüfung) und wirtschaftliche Ausbildungen (24,6%) im Vordergrund.

Insgesamt belegen die Zahlen die Treffsicherheit der Förderschienen. In Entsprechung der gesetzlichen Vorgaben betreffend Gender-Budgeting können aufgrund der statistischen Möglichkeiten auch Gendereffekte bewertet und in weiterer Folge gesteuert werden. Die Richtlinien der Arbeitsmarktförderung werden in der zweiten Jahreshälfte 2011 evaluiert, um weitere Verbesserungen zu prüfen und umzusetzen.

Projektförderungen:

Als wichtigste Projekte der Arbeitsmarktförderung sind neben den bereits erwähnten Maßnahmen die sozialökonomischen Betriebe, die gemeinnützigen Beschäftigungsprojekte und die Beteiligungen an den Arbeitsstiftungen (Unternehmensstiftungen und Implacement - Stiftungen) zu nennen. So wurde für sozialökonomische Betriebe 2010 eine Gesamtförderung von ca. EUR 637.148,49 und für gemeinnützige Beschäftigungsprojekte eine Gesamtfördersumme von ca. EUR 370.000,- ausbezahlt, in Summe somit über EUR 1 Mio.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass gerade für die Zielgruppe der am Arbeitsmarkt besonders benachteiligten Menschen Individualförderungen nicht so gut greifen wie Projektförderungen. Aus diesem Grund hat man sich in den vergangenen Jahren vermehrt dem Bereich der Projektförderungen zugewendet. Die Tatsache, dass daher der Anteil des finanziellen Volumens für Projektförderungen am gesamten AMF - Budget immer größer wird, dass derartige Projekte relativ teuer sind und Mittel auf Jahre hinaus binden und dass laufend neue Projekte an das Land herangetragen werden, machen eine sorgfältige und eingehende Beurteilung und Bewertung solcher Projekte erforderlich. Ein gemeinsames Vorgehen als Ergebnis von Beratungen im Beschäftigungspakt Tirol und eine Abstimmung mit den Finanzierungspartnern, allen voran mit dem AMS, ist dabei sinnvoll und notwendig. Zur Frage der arbeitsmarktpolitischen Relevanz und Effizienz einiger dieser Projekte und Alternativen liegt mittlerweile eine Evaluation im Rahmen einer Wirkungsanalyse vor. Bestehende Projekte wie die sozialökonomischen Betriebe und die gemeinnützigen Beschäftigungsprojekte oder Instrumente wie die Arbeitsstiftung Tirol, Unternehmens- und Implacementstiftungen werden weiterhin nach bestimmten Kriterien zu unterstützen sein.

Arbeitsschwerpunkte 2011

Neben den laufenden Aktivitäten werden die Arbeitsschwerpunkte insbesondere in der Evaluierung der neuen Förderrichtlinien, in der Weiterführung der laufenden ESF-Projekte (Produktionsschulen) und der Prüfung, ob diese in den Regelbetrieb übernommen werden können, sowie in der aktiven Mitarbeit in den drei Arbeitsschwerpunkten des Beschäftigungspaktes, verbunden mit der Beantragung neuer ESF-Fördermittel, liegen.

3.1.6 Ausgabenstatistik 2010 des Bereichs Arbeitsmarktförderung

- Ausbildungsbeihilfe.....	EUR	0,637 Mio.
- Ausbildungsbeihilfe für Lehrlinge	EUR	0,758 Mio.
- Begabtenförderung für Lehrlinge	EUR	0,219 Mio.
- Bildungsdarlehen.....	EUR	0,193 Mio.
- Bildungsgeld „update“.....	EUR	1,256 Mio.
- Umwandlung Darlehen bei Selbständigkeit	EUR	0,029 Mio.
- Fahrtkostenbeihilfe	EUR	0,060 Mio.
- Sonderprogramme:		
o Bildungskarenz plus	EUR	0,236 Mio.
o EPU-Förderung	EUR	0,185 Mio.
o Tiroler Technologie Ausbildungsscheck	EUR	0,063 Mio.
Individualförderungen:		EUR 3,636 Mio.
- SÖB's, GBP's, Gemeindenahes Beschäftigungsprogramm	EUR	1,597 Mio.
- Auffangnetz der Jugend (Ausbildungsgarantie)	EUR	1,549 Mio.
- Arbeitsstiftungen	EUR	0,273 Mio.
- Lehrlingsprojekte	EUR	0,473 Mio.
- ESF-Projekte	EUR	0,130 Mio.
Projektförderungen		EUR 4,012 Mio.
Insgesamt		EUR 7,648 Mio.

3.2 Aktivitäten der Tiroler Arbeitsmarktförderungsgesellschaft mbH

Die amg-tirol ist die operative Einrichtung der Träger der Tiroler Arbeitsmarktförderungspolitik, Koordinationsstelle für den Beschäftigungspakt Tirol, Geschäftsstelle des Ausbilderforums und Trägerin von Arbeitsstiftungen und Projekten.

Die amg-tirol ist in folgenden Arbeitsfeldern tätig:

3.2.1 Beschäftigungspakt Tirol

Der Beschäftigungspakt Tirol versteht sich als vertraglich vereinbarte regionale Vernetzungspartnerschaft von 13 Akteuren der Tiroler Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Die strategische Planung erfolgt in einer Steuerungsgruppe, welche sich aus allen Partner/innen zusammensetzt und deren Vorsitz zwischen Land Tirol, Arbeitsmarktservice Tirol und Bundessozialamt Tirol jährlich wechselt. Die Steuerungsgruppe ist das oberste Entscheidungsgremium des Beschäftigungspaktes Tirol.

Als Strategie verfolgt der Beschäftigungspakt Tirol die koordinierte, strukturierte und konstruktive Zusammenarbeit aller Paktpartnerorganisationen in Angelegenheiten der Tiroler Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.

Die amg-tirol betreut als Koordinationsstelle die Paktorganisationen, übernimmt operative Aufgaben und ist für alle Kommunikations- und Kooperationsabläufe zwischen den Partner/innen verantwortlich.

Die Kernfunktion der amg-tirol als Koordinationsstelle ist die Gewährleistung der funktionierenden Zusammenarbeit unter den Paktpartnerorganisationen des Beschäftigungspaktes Tirol. Die Abstimmung sowie die Zusammenführung der verschiedenen Sichtweisen der Paktpartnerorganisationen und darauf aufbauend die Entwicklung von gemeinsamen Ansätzen zur Problemlösung, zu Umsetzungsstrategien und Schwerpunktsetzungen, stellen die Hauptaufgabe der Koordinationsstelle dar. Im Einzelnen übernimmt die Koordinationsstelle insbesondere folgende Aufgaben:

- Koordination der Steuerungsgruppe sowie der von der Steuerungsgruppe initiierten Arbeits- und Begleitgruppen
- Vernetzung der Paktpartnerorganisationen mit/von Systempartnerorganisationen, Trägerorganisationen und weiteren einschlägig tätigen Institutionen
- Koordination der (Weiter)Entwicklung und Adaptierung des Pakt-Arbeitsprogramms

- Entwicklungs- und Umsetzungscoordination aller von der Steuerungsgruppe des Beschäftigungspaktes Tirol beschlossener Strategien, Aktivitäten, Maßnahmen und Arbeitsschwerpunkte und damit verbundene Recherchen/Projektbesuche
- Koordination, inhaltliche Vorbereitung und Ausarbeitung von Fördermittelanträgen, die auf Beschluss der Steuerungsgruppe des Beschäftigungspaktes Tirol eingereicht werden, sowie deren Umsetzungscoordination
- Durchführung von Ausschreibungen nach dem BVergG (zur Umsetzung von Arbeitsmarktforschungsprojekten) bzw. Calls bei Förderverträgen
- Zusammen-, Mit- und Entwicklungsarbeit bei Themen der österreichischen Beschäftigungspakte sowie Vertretung der Pakte im ESF-Begleitausschuss
- Vertretung des Beschäftigungspaktes Tirol nach außen

Durch die amg-tirol koordiniert wurde gemeinsam mit allen Partnerorganisationen des Beschäftigungspaktes Tirol das Arbeitsprogramm 2011 – 2013 ausgearbeitet und beschlossen.

Die Bearbeitung der inhaltlich-thematischen Schwerpunkte „Bildungs- und Berufsberatung Tirol“, „Übergang Schule/Beruf“ und „Umsetzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung“ sowie die Aktivitäten im Bereich „Arbeitsmarktforschung/Evaluierung“ erfolgt in Arbeitsgruppen, die sich aus unterschiedlichen Fachexpert/inn/en der Paktpartnerorganisationen zusammensetzen. Zur Umsetzungsbegleitung der Modellprojekte Produktionsschulen (VIA-Innsbruck, LEA-Wörgl) wurden Projektsteuerungsgruppen eingerichtet. Mit Ausnahme der Arbeitsgruppe „bedarfsorientierte Mindestsicherung“ werden alle Arbeits- bzw. Projektsteuerungsgruppen von der amg-tirol koordiniert.

Bildungs- und Berufsberatung Tirol:

Die Arbeitsgruppe agiert im Sinne eines Fachbeirates als Entscheidungsvorbereitungsgremium. Durch die Arbeitsgruppe werden Entscheidungsempfehlungen an die Steuerungsgruppe gegeben, die ihrerseits die Entscheidungen trifft. In Fällen, bei denen keine Einstimmigkeit herrscht, werden die begründeten Einwände dokumentiert und ebenfalls an die Steuerungsgruppe des Beschäftigungspaktes Tirol kommuniziert. Die Schnittstellenfunktion zwischen Arbeitsgruppe „Bildungs- und Berufsberatung Tirol“ und der Steuerungsgruppe Beschäftigungspakt Tirol wird von der amg-tirol übernommen.

Ziele bis 2013:

- strategische Ausrichtung der Tiroler Bildungs- und Berufsberatung
- Koordination der Bildungs- und Berufsberatungsangebote in Tirol

- Schaffen der Voraussetzungen für ein dauerhaftes, qualitätsvolles und anbieterneutrales Bildungs- und Berufsberatungsangebot in Tirol – Umsetzung lifelong-guidance
- Umsetzung einer Dachmarke für Bildungs- und Berufsberatung/-Öffentlichkeitsarbeit
- Kooperation mit Bildungsträgern, Bildungsinstitutionen im Sinne der (Rück)Koppelung von Bildungsangeboten und Bildungsnachfrage
- Aufrechterhaltung bzw. Ausbau des Bildungs- und Berufsberatungsangebots in Tirol

Bisherige Ergebnisse:

Im Rahmen dieser Arbeitsgruppe wurde, koordiniert durch die amg-tirol, ein Umsetzungskonzept/Projekt für die Bildungs- und Berufsberatung Tirol ausgearbeitet. Dieses Umsetzungskonzept/Projekt sieht die Zusammenarbeit auf strategischer und operativer Ebene der Organisationen amg-tirol, AMS, AK, BASB, Frauen aus allen Ländern, Land Tirol, Tiroler Bildungsservice, Wirtschaftskammer Tirol in Fragen der Bildungs- und Berufsberatung vor. Von diesen Organisationen wurde am 30. September 2010 ein gemeinsamer Antrag auf ESF-SP4-Fördermittel, der durch die amg-tirol ausgearbeitet wurde, beim BMUKK eingereicht und bereits genehmigt. Die Umsetzung erfolgt seit Anfang 2011 (siehe dazu Beschreibung „bildungsinfo-tirol“).

Übergang Schule-Beruf:

Der Beschäftigungspakt Tirol hat es sich zum Ziel gesetzt, schrittweise ein ganzheitliches und tirolweites Unterstützungssystem für ausgrenzungsgefährdete Jugendliche am Übergang Schule & Beruf aufzubauen.

Ziele bis 2013:

- Umsetzung eines Übergangmanagementsystems für ausgrenzungsgefährdete Jugendliche
- Koordination vorhandener Maßnahmenangebote für Jugendliche
- Stärkung der schulischen Berufsorientierungs-Angebote
- Unterstützung beim Abbau schulischer Defizite

Bisherige Ergebnisse:

Im Rahmen dieser Arbeitsgruppe wurde, koordiniert durch die amg-tirol, im Jahr 2010 das Konzept eines Übergangmanagementsystems für die Zielgruppen Jugendliche im letzten Pflichtschuljahr ohne Anschlussperspektive (Lehrstelle, weiterführende Schule), Schul- und Lehrabrecher/innen bzw. schul- und lehrabbruchgefährdete Jugendliche ausgearbeitet. Dieses Konzept wurde als Finanzierungsvorantrag auf ESF-SP1-Fördermittel beim BMASK eingereicht und genehmigt. Der Umsetzungsstart ist im Jahr 2011 erfolgt.

Umsetzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung:

Ziele bis 2013:

- Umsetzung eines Clearing-Casemanagement-Angebots in Form einer Beratungs- und Betreuungseinrichtung (BBE) für Bezieher/innen der bedarfsorientierten Mindestsicherung
- Begleitung der Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung im Sinne von Schnittstellenmanagement
- Abschluss eines Verwaltungsübereinkommens zwischen AMS Tirol und Land Tirol/Abt. Soziales zur verwaltungstechnischen Abwicklung der bedarfsorientierten Mindestsicherung

Bisherige Ergebnisse:

Neben der verwaltungstechnischen Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung, bei welcher die Arbeitsgruppe, koordiniert durch das AMS-Tirol, den Fokus auf das Schnittstellenmanagement der beteiligten Verwaltungsorganisationen gelegt hat, bildete die Entwicklung und Umsetzung eines Modellprojektes zur Betreuung und zur Arbeitsmarktintegration von Bezieher/innen der bedarfsorientierten Mindestsicherung das bisherige Hauptergebnis. Das gemeinsam ausgearbeitete Modellprojektkonzept mit den Foki Clearing und Case Management für die o.g. Zielgruppe wurde im November 2010 über einen Call öffentlich ausgeschrieben und im Februar 2011 an die ARGE Initiative40/Itworks vergeben. In weiterer Folge wurde zur Finanzierung des Modellprojektes ein Antrag auf ESF-SP3b-Fördermittel beim BMASK eingereicht und bereits genehmigt. Umsetzungsstart des Modellprojektes „akiworks“ war 2. Mai 2011. Die Koordination und Abwicklung des Calls sowie die Ausarbeitung des ESF-SP3b-Fördermittelantrags erfolgte durch die amg-tirol.

Facharbeiter/innenausbildung:

Um einem drohenden Facharbeiter/innenmangel entgegenzuwirken, beschloss die Steuerungsgruppe am 31. Mai 2010, sich diesem Themenbereich im Jahr 2011 zu widmen. Über in sich abgestimmte strategische Ansätze und Zielsetzungen sollen punktuell Aktivitäten und Maßnahmen im Sinne von Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung, Schaffung lernförderlicher Rahmenbedingungen, Ausbau kooperativer, unternehmensnaher Qualifizierungsmodelle, Entwicklung von individuellen Unterstützungsangeboten für berufliche Anpassungs-, Veränderungs- und Bildungsprozesse, umgesetzt werden.

Überbetriebliche Lehrausbildung:

Über die weitere Vorgehensweise hinsichtlich der überbetrieblichen Lehrausbildung bzw. der Umsetzung von überbetrieblichen Lehrwerkstätten wird nach Abschluss der Evaluierung „überbetriebliche Lehrausbildungen gemäß § 30b BAG“ von der Steuerungsgruppe beraten. Die diesbezügliche Beschlussfassung erfolgte in der Steuerungsgruppensitzung vom 31. Mai 2010.

Erhalt der Arbeitsfähigkeit von älteren Arbeitnehmer/innen:

Die beschriebenen Arbeitsschwerpunkte ergänzend, wurde im Herbst 2010 das bereits Ende 2008 gemeinsam mit dem Arbeitskreis „Wirtschaft-Arbeit-Innovation Landeck“ ausgearbeitete Pilotprojekt A_LAIFE (Arbeitsbewältigungsfähigkeit: Landecks Integratives Früh-Erkennungs-Netzwerk), mit dem Ziel des Erhalts der Arbeitsfähigkeit von „älteren“ Personen, durch die amg-tirol adaptiert. Das adaptierte Pilotprojektkonzept wurde als Finanzierungsvorantrag auf ESF-SP2-Fördermittel beim BMASK eingereicht und genehmigt. A_LAIFE soll ab Herbst 2011 umgesetzt werden.

3.2.2 bildungsinfo-tirol

Die bildungsinfo-tirol ist ein niederschwelliges, kostenfreies Beratungs- und Informationsangebot bei Fragen rund um Bildung und Beruf. Interessierte können in der bildungsinfo-tirol eigenständig in Broschüren, Kursprogrammen, Büchern oder im Internet recherchieren und/oder sich von den Berater/innen bei der Suche nach den richtigen Informationen zu Berufswechsel, Wiedereinstieg, Aus- und Weiterbildung, Förderungen, etc. unterstützen lassen. In vertiefenden Beratungsgesprächen werden gemeinsam berufliche Pläne strukturiert und konkrete Schritte zur Umsetzung erarbeitet. Die Zielgruppen die angesprochen werden sind neben bildungsfernen und niedrigqualifizierten Personen, ältere Personen mit überholten Qualifikationen und geringem Selbstwert, Frauen, insbesondere Wiedereinsteigerinnen, Alleinerzieherinnen, MigrantInnen, etc. sowie Personen mit Migrationshintergrund, insbesondere der zweiten und dritten Generation und Menschen in beruflichen Umbruchs- und Veränderungsphasen.

ESF-Projekt „Bildungs- und Berufsberatung Tirol“:

Die amg-tirol erarbeitete gemeinsam mit den Partner/innen Arbeiterkammer Tirol, Arbeitsmarktservice Tirol, Bundessozialamt Tirol, Land Tirol, Tiroler Bildungsinstitut Grillhof, Wirtschaftskammer Tirol, Frauen aus allen Ländern, Tiroler Bildungsservice ein Projektkonzept für ein flächendeckendes Bildungs- und Berufsberatungsangebot in Tirol, die Entwicklung der Vernetzungsarbeit, den Aufbau eines Multiplikator/innensystems und die Koordination der Bildungs- und Berufsberatungsangebote in Tirol.

Ziel des Projektes ist, im Sinne des „lifelong-guidance-Ansatzes“ ein tirolweit in sich abgestimmtes, sich ergänzendes, auf vergleichbaren Qualitätsstandards beruhendes und alle sogenannten arbeitsmarktpolitischen Zielgruppen abdeckendes Bildungs- und Berufsberatungsangebot zu entwickeln.

Die amg-tirol reichte, in der Rolle der Projektträgerin, dieses gemeinsam erarbeitete Projektkonzept im Herbst 2010 beim BMUKK zur Finanzierung aus ESF-Finanzmittel ein. Ebenso finanziell beteiligen werden sich das Land Tirol und die Arbeiterkammer Tirol. Das Projekt „Bildungs- und

Berufsberatung Tirol“ hat eine Laufzeit von drei Jahren. Die Projektumsetzung erfolgte Anfang 2011.

Bisherige Ergebnisse:

Im Juni 2010 wurde durch die Gesellschafter der amg-tirol beschlossen, das leicht erreichbare Geschäftslokal zu einem für alle Menschen in Tirol nutzbaren Informationsangebot zum Themenbereich Lebenslanges Lernen auszubauen. Es wurde vereinbart, dass das Konzept unter Einbindung der Gesellschaftervertreter erstellt wird. Ziel war es, eine Erstanlaufstelle für Fragen rund um Aus- und Weiterbildung, Förderungen und berufliche Veränderung zu schaffen und entwickeln. Am 26. Oktober 2010 wurde die neue Infostelle bildungsinfo-tirol durch den Landeshauptmann Günther Platter, den Präsidenten der Arbeiterkammer Tirol Erwin Zangerl und der Geschäftsführerin Maria Steibl offiziell eröffnet. Am 1. November 2010 startete parallel zur Anlaufstelle für Erstinformationen die Bildungs- und Berufsberatung der amg-tirol in Innsbruck.

919 Personen suchten das Angebot der bildungsinfo-tirol in Innsbruck zwischen dem 27. Oktober 2010 und dem 15. Mai 2011 auf. Zusätzlich haben 189 Personen (zwischen 2. November 2010 und 15. Mai 2011) ein vertiefendes einstündiges Beratungsgespräch in Innsbruck in Anspruch genommen.

Seit Februar 2011 ist die bildungsinfo-tirol regelmäßig an 8 Standorten in den Tiroler Regionen vor Ort. Bisher nahmen 199 Tirolerinnen und Tiroler das regionale Bildungs- und Berufsberatungsangebot der bildungsinfo-tirol in Anspruch.

3.2.3 Arbeitsstiftungen

Outplacementstiftungen:

Outplacementstiftungen zielen darauf ab, einen beruflichen und sozialen Abstieg vom Verlust ihres Arbeitsplatzes betroffener Arbeitnehmer/innen zu verhindern und die betroffenen Frauen und Männer bei der Wiedererlangung eines Arbeitsplatzes zu unterstützen. Die rasche und nahtlose Integration in den Arbeitsprozess wird durch maßgeschneiderte, am Arbeitsmarkt orientierte Schulungsmaßnahmen gewährleistet. Die Betreuungs- und Beratungsleistungen reichen dabei von der Laufbahnplanung/Berufsorientierung über individuelle Aus- und Weiterbildungen bis hin zur Aufnahme einer neuen Beschäftigung bzw. Selbständigkeit.

Im Rahmen der Outplacementstiftungen wurden im Jahr 2010 insgesamt 462 Personen begleitet und unterstützt, mit Ende Mai 2011 waren es 331 Personen.

Die Betreuung erfolgte im überwiegenden Ausmaß im Rahmen der **Offenen Arbeitsstiftung Tirol**, des weiteren innerhalb der **Offenen Insolvenzstiftung**, **Betriebsstiftungen**

(Geiger GesmbH, Linz Textil Reutte, Linz Textil Matrie a.B.) und **Insolvenzstiftungen** (Kematen Cosmetics GmbH, WUB Arquana Austria Print GmbH).

Die amg-tirol übernahm die Betreuung von Stiftungsteilnehmer/innen aus Tirol als **Kooperationspartnerin** von 5 österreichischen Stiftungsträgern in 4 Bundesländern.

AGAN NÖ (Ergee), Ausped 3, Wien (Gebrüder Weiss GmbH, B.R.Logistik GmbH, KKM SpeditionsgmbH), JUST Aufleb, Wien (USG Start People), Kärntner Arbeitsstiftungen (Hypo Group Alpe Adria), Qualifizierungsverbund Linz (Post AG, Austria Tabak Linz) und waff Wien (Siemens, Carrier Kältetechnik, Post AG, Merck, Sharp & Dohme).

Neue Eintrittsmöglichkeiten über den waff gibt es für ehemalige Mitarbeiter/innen von Coca Cola HBC Austria GmbH, Hewlett Packard GmbH, IBM Österreich GmbH und Nokia Siemens Networks Österreich GmbH. Für Tirol werden nur einzelne Teilnehmer/innen erwartet.

Die meisten Eintritte bis Ende Mai 2011 wurden im Bereich Offene Insolvenzstiftung auf Grund des Konkurses der Firma Guss Komponenten GmbH verzeichnet.

Implacementstiftungen:

- **Qualifizierung nach Maß – QnM-Tirol:**

Diese Form der Arbeitsstiftung fördert die Abdeckung des Personalbedarfes bei Unternehmen durch eine bedarfsgerechte, arbeitsplatzorientierte Qualifizierung arbeitslos gemeldeter Personen. Sie bietet arbeitssuchenden Personen die Chance, über eine Qualifizierung wieder in den Arbeitsmarkt integriert zu werden. Im Jahr 2010 wurden 39 Personen, vor allem in Klein- und Mittelbetrieben in allen Tiroler Bezirken über die Stiftung betreut. Ein Großteil der Qualifizierungen liegt im Bereich von Lehrabschlüssen am 2. Bildungsweg. Aktuell werden 29 Personen im Rahmen der Implacementstiftung qualifiziert.

- **Qualifizierungsoffensive Altenpflege und Pflegehilfe für Tirol:**

Die Implacementstiftung im Pflegebereich zielt mit ihrem Angebot darauf ab, die Abstimmung zwischen Angebot und Nachfrage an Arbeitskräften im Pflegebereich zu optimieren und die Integration arbeitsloser Menschen in den Arbeitsmarkt zu verstärken. Die Teilnehmer/innen können Ausbildungen in Gesundheitsberufen oder Sozialbetreuungsberufen absolvieren. Die Ausbildungen werden bedarfsorientiert - abgestimmt auf den Bedarf der Pflegeeinrichtungen - organisiert. Sie werden von anerkannten Ausbildungsträgern in ganz Tirol durchgeführt und finden in eigenen Stiftungsklassen oder über Einzelförderungen der regulären Ausbildungen statt. Im Jahr 2010 wurden 286 Personen in der Pflegestiftung betreut. Ende Mai 2011 waren es 196.

3.2.4 Projekte

naturwerkstatt-tirol:

Die „naturwerkstatt-tirol“ beschäftigte im Jahr 2010 im Schnitt 32 Projektmitarbeiter. Am Arbeitsmarkt benachteiligte Personen und Langzeitbeschäftigungslose des Tiroler Oberlandes wurden für den Bau, die Sanierung und die Qualitätsverbesserung von Wanderwegen eingesetzt. Sie arbeiteten in 3 Gruppen in den Bezirken Imst, Landeck und Reutte.

In Umhausen wurden der Waalweg im Weiterverlauf des Stuibenbaches total saniert und ausgebaut sowie wichtige Erhaltungsarbeiten im Ötzidorf und am Gemeindewegenetz durchgeführt. In Schnann am Arlberg konnte der Erlebnissteig in die Klamm verbessert und auf sichere Begehbarkeit ausgebaut werden. In der Gemeinde Galtür wurden Weideverbesserungsarbeiten auf der Alpe im Vermunt und Erhaltungsarbeiten am Wegenetz verrichtet. In Fließ waren die Mitarbeiter am Kulturprojekt Weißes Kreuz mit Freilegung von alten Mauerwerken und Rückbau von Fensterlichtern betraut. Die Ausbaumaßnahmen am dorfnahen Pfarrer Maasweges in Fließ konnten im Sommer abgeschlossen werden. Die Fertigstellung der Erlebnisstationen und der naturnahen Spielplätze am Venet kam ebenfalls heuer zum Abschluss. Abschluss der Arbeiten am Venet bildeten die Markierungsarbeiten an allen sanierten und neu angelegten Wander – und Erlebniswegen zwischen Zammer Alm – Meranzalm und Venetbergstation. Die Dorfrundwanderwege in Flirsch am Arlberg wurden in Hinsicht auf sichere und leichte Begehbarkeit nachgebessert. Im Bezirk Reutte kamen die Mitarbeiter im Lechtal beim Ausbau von Verbindungswegen in Elbigenalp und Holzgau zum Einsatz. Die Fertigstellung der Verbindungsrouten von Nesselwängle – Schneetalalm in den Abschnitten 1 und 2 konnte im September erreicht werden. Die neue Wegroute über die Bergzigeuner zum Alpenrosensteig wurde ebenfalls realisiert. Die Restarbeiten von ca. 40% und die Sanierung des Alpenrosensteiges mit Sabachjoch sind für das kommende Jahr eingeplant. Zum Abschluss der Aktivitäten 2010 konnten die ersten Arbeiten am Zubringersteig zur Schaller Klamm in See und der Ausbau des Paznauner Talweges durchgeführt werden.

Im derzeit laufenden saisonalen Beschäftigungsprojekt sind 19 Mitarbeiter beschäftigt. Sie sind mit der Sanierung und dem Ausbau von Wanderwegen im Naturpark Kaunergrad, in Landeck, in Umhausen, Ischgl, Galtür, in der Schaller Klamm, in See im Paznauntal, in Flirsch am Arlberg, im Lechtal, im Rofengebirge, in Nauders, in Nesselwängle und im Tannheimertal beschäftigt.

Girls´ Day:

Betriebe und Schulen sollen für eine geschlechterreflektierte Berufsorientierung sensibilisiert und damit das Berufswahlspektrum von Mädchen erweitert werden. Die Berufswahl von Mädchen konzentriert sich auf 3 von 280 Lehrberufen. Im Bereich von naturwissenschaftlichen Studien liegt der Frauenanteil knapp über 30%. In den nächsten 10 Jahren wird der Tiroler Wirtschaft ein massiver Fachkräftemangel prognostiziert, dem nur durch

langfristige bewusstseinsbildende Maßnahmen auf unterschiedlichsten Ebenen entgegenwirkt werden kann.

Unternehmen in allen Tiroler Bezirken öffnen am Girls` Day ihre Türen und geben Mädchen im Alter von 13-15 Jahren einen Einblick in zukunftsorientierte technische, handwerkliche und naturwissenschaftliche Berufsfelder. Schülerinnen aus ganz Tirol haben die Möglichkeit durch den Besuch eines Unternehmens oder einer Ausbildungsstätte Berufsfelder der Technik, Informationstechnik, Naturwissenschaft und des Handwerks für sich zu entdecken, einen praktischen Eindruck vom Arbeitsleben zu erhalten und erste Kontakte zu Arbeitgeber/innen zu knüpfen. Neben der Vorstellung des Betriebes/der Ausbildungsstätte, steht vor allem die aktive Mitarbeit der Mädchen im Mittelpunkt des Aktionstages. Somit bietet der Girls` Day Schülerinnen Einblick in oft noch unbekannte Berufsfelder, dient als Orientierungshilfe und trägt dazu bei, Lebens- und Berufswahlperspektiven von Mädchen zu erweitern.

Am Girls` Day 2010 beteiligten sich 630 Mädchen, 34 Schulen und 98 Unternehmen. Der Girls`Day 2011 nahmen 700 Mädchen, 30 Schulen und 100 Unternehmen teil.

Projekt zur geschlechtersensiblen Kindergartenpädagogik:

Im Pilotprojekt „Dani und Alex“, das mit dem Don Bosco Kindergarten Baumkirchen durchgeführt wurde, wurde durch Hospitation und Supervision der pädagogische Umgang in Bezug auf Geschlechtersensibilität erhoben. Die Erkenntnisse aus Feldstudie und Recherche fließen 2011 in eine Fortbildungsveranstaltung des Landes Tirol für KindergartenpädagogInnen ein. Die umgehende Kommunikation der Ergebnisse ist eine konkrete Maßnahme, um die geschlechtssensible Sichtweise in der Ausbildung der KindergartenpädagogInnen zu verfestigen.

Das Ausbilderforum:

Das Ausbilderforum ist eine Initiative zur Weiterbildung und Vernetzung von Lehrlingsausbilder/innen. Die Angebote des Ausbilderforums richten sich an alle, die in Tiroler Betrieben Lehrlingsausbildung planen, durchführen und kontrollieren. Das Ausbilderforum ist damit eine Initiative für alle in der betrieblichen Lehrlingsausbildung tätigen Personen und leistet so einen Beitrag zur ständigen Qualitätsentwicklung der Lehrlingsausbildung im Land Tirol. Die amg-tirol ist Geschäftsstelle des Ausbilderforums.

An den 7 Ausbilderstammtischen 2010, die in den verschiedensten Tiroler Bezirken stattfanden, nahmen 169 Personen teil. Insgesamt haben an den Seminaren 295 Ausbilder/innen teilgenommen, davon an den 18 stattgefundenen Abendseminaren 201 Personen und an den 5 abgehaltenen Tagesseminaren insgesamt 29 Personen. Im Rahmen der 6 Firmenschulungen wurden insgesamt 65 Ausbilder/innen qualifiziert.

Zum 14. Tiroler Lehrlingsausbilder/innenkongress unter dem Motto „Ausbilden statt Ausbrennen“ bei der Firma Plansee SE in Reutte haben sich 140 Teilnehmer/innen aus Tirol, Vorarlberg und Bayern angemeldet.

Im Rahmen dieses Kongresses wurden an 35 Lehrlingsausbilder/innen die Zertifikate des Weiterbildungspasses überreicht. 11 Ausbilder/innen bekamen das Diplom zum/r Diplomierte/n Lehrlingsausbilder/in des Landes Tirol.

Von 1. Jänner 2011 bis 31. Mai 2011 wurden bei 15 Abendseminaren 152 Ausbilder/innen qualifiziert. Bei zwei, vom Ausbilderforum organisierten Firmenschulungen, waren 21 Teilnehmer/innen angemeldet. Bei den fünf durchgeführten regionalen Ausbilder/innen-Stammtischen konnten insgesamt 134 interessierte Teilnehmer/innen zum Erfahrungsaustausch begrüßt werden.

Der 15. Tiroler Lehrlingsausbilder/innen-Kongress findet heuer am 11. November 2011 bei der Firma Adler Lacke in Schwaz statt.

xchange:

Mit dem Austauschprogramm "xchange" können Lehrlinge aller Lehrberufe bis zu vier Wochen in einem Unternehmen im angrenzenden Ausland wichtige Erfahrungen sammeln.

Lehrlinge und Betriebe können sich in verschiedenen Regionen von sechs Ländern um einen Austauschplatz bewerben: Deutschland, Österreich, Italien, Schweiz, Frankreich und im Fürstentum Liechtenstein.

2010 absolvierten vier Tiroler Lehrlinge im grenznahen Ausland ein Praktikum. Im Gegenzug kamen elf Lehrlinge aus dem Ausland zu Betrieben nach Tirol. 75 Tiroler Betriebe sind derzeit als Partnerbetriebe an xchange beteiligt.

Das Projekt wird seit Jänner 2011 von der Standortagentur Tirol weitergeführt.

Arbeitsschwerpunkte 2011:

Neben der Weiterentwicklung bereits laufender Projekte und Initiativen wird der Arbeitsschwerpunkt der amg-tirol im Jahr 2011 im Ausbau der bildungsinfo-tirol, der Umsetzung des ESF-Projektes Bildungs- und Berufsberatung Tirol“ und in der Entwicklung und Koordination der vom Beschäftigungspakt Tirol geplanten ESF-Projekte zur Integration arbeitsmarktferner Personen in den Arbeitsmarkt insbesondere im Bereich Übergang Schule–Beruf und im Bereich der Erhaltung der Arbeitsfähigkeit Älterer liegen.

4 Die Lage der Tiroler Tourismuswirtschaft

4.1 Entwicklungen im Tiroler Tourismus

Quelle: Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Raumordnung – Statistik; Tirol Werbung

4.1.1 Tourismusentwicklung im Kalenderjahr 2010

Quelle: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung WIFO, Monatsbericht 5/2011

Tourismus im Kalenderjahr 2010 - Übernachtungen:

	Insgesamt		Inländ. Reisende	Ausländische Reisende			Gewerbliche Quartiere			Privat- quartiere
				Insg.	Deutsche	Andere	5*-, 4* Betriebe	3* Betriebe	2*-, 1* Betriebe	
	in 1.000	Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Wien	10.860	+10,3	+13,9	+9,4	+11,3	+8,8	+9,4	+14,1	+11,0	+4,2
Nö	6.477	+0,5	+2,4	-3,5	-5,2	-2,0	+2,4	-2,9	-0,7	-4,1
Bgld	2.910	+1,5	+2,3	-1,1	-4,2	+6,8	+9,1	+3,0	-13,0	-3,2
Stmk	10.782	+1,1	+1,4	+0,4	-0,6	+1,7	+5,4	-1,1	-1,8	-5,5
Ktn	12.276	-3,7	-2,0	-4,7	-6,5	-2,4	+2,3	-9,4	-9,6	-9,0
Oö	6.735	-1,8	-0,3	-3,9	-6,7	+0,6	+1,8	-1,4	-6,2	-9,7
Sgb	23.886	+0,6	+1,9	+0,2	-0,9	+1,5	+4,6	-0,5	-3,6	-5,9
Tirol	42.790	-0,5	+1,4	-0,6	-1,3	+0,2	+2,3	-1,6	-4,4	-7,7
Vbg	8.165	+0,1	+0,2	+0,1	-1,6	+3,7	+1,9	+4,1	-4,4	-5,2
Österr.	124.881	+0,5	+1,7	0,0	-1,4	+1,7	+4,1	-0,2	-3,8	-6,7

Quelle: Statistik Austria

Die österreichische Tourismuswirtschaft erholte sich 2010 von den Einbußen im Zuge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, ohne den mittelfristigen Wachstumspfad wieder ganz zu erreichen. Zwar erlaubte das rege Gästeinteresse (Ankünfte +3,3%) trotz deutlich sinkender Aufenthaltsdauer ein beträchtliches Mengenwachstum (Nächtigungen +0,5%). Der weiter erhebliche Preisdruck und die Schwäche der Nebenausgaben ließen jedoch nur eine Umsatzentwicklung unter der Inflationsrate zu (nominell +0,9%, 2009 –5,0%). Damit verbesserte Österreich seine internationale Position nach einem deutlichen Marktanteils-gewinn im Krisenjahr nicht weiter.

Große regionale Unterschiede durch Boom im Städtetourismus:

Das regionale Muster der Tourismusedwicklung spiegelt ebenfalls die zunehmende Konjunkturerholung und die Rückkehr zu den vor der Krise beobachteten Trends im Reiseverhalten wider.

Vor allem aber war das **Jahr 2010 durch einen markanten Umschwung im Städtetourismus geprägt**. Hier war der Nachfrageeinbruch 2009 unter dem Eindruck von Vorsichtsmotiven bezüglich Privatreisen und Kostensenkungsmaßnahmen bei Dienst- und Geschäftsreisen besonders groß gewesen (Nächtigungen $-3,3\%$). Begünstigt durch weiter niedrige Angebotspreise und eine wohl geringere Krisenbetroffenheit der (meist höheren Bildungs- und Einkommensschichten angehörenden) Städtereisenden wurden aufgeschobene Städtereisen 2010 in hohem Maße nachgeholt, und auch der Konferenz- und Geschäftstourismus reagierte merklich auf die Konjunkturerholung. Der Mengenzuwachs in den Landeshauptstädten von $8,7\%$ (**Innsbruck $+13,4\%$** , Wien $+10,4\%$, Salzburg-Stadt $+6,4\%$, Graz $+4,6\%$) ging weit über die Einbußen des Jahres 2009 hinaus, während die Nächtigungen in den nicht-städtischen Regionen leicht unter dem Nächtigungsvolumen des Vorjahres blieben ($-0,7\%$).

Städte und extensive Tourismusregionen im Winter 2009/10 begünstigt:

Schon in der Wintersaison 2009/10 (November bis April) war im Einklang mit der Konjunkturbeliebung eine Erholung zu verzeichnen. Obwohl die Ankünfte anzogen ($+1,7\%$), wurden die rezessionsbedingten Nächtigungseinbußen des Vorjahres allerdings nur in der Ostregion ($+4,4\%$) wettgemacht. Im Süden ($-0,3\%$) und Westen ($-1,1\%$) blieben die Nächtigungen bei extremer Kälte in der Hochsaison und (im Westen) nur mäßiger Schneelage noch unter dem niedrigen Vorjahresniveau (alle Regionen $-0,3\%$).

Fortschreitende Erholung im Sommer erreicht auch intensive Tourismusregionen:

Die Sommersaison 2010 (Mai bis Oktober) verlief dank der anhaltenden Konjunkturerholung im Inland und auf den wichtigen Auslandsmärkten günstiger. Die kräftige Zunahme der Ankünfte ($+3,9\%$) ließen eine deutliche Verbesserung der Nächtigungsbilanz zu ($+1,3\%$).

Regional war auch im Sommer der Osten begünstigt ($+5,3\%$), insbesondere wegen des Booms der Nachfrage in allen Segmenten des Wiener Städtetourismus ($+10,0\%$). Auch in Niederösterreich ($+0,5\%$) und im Burgenland ($+1,2\%$) profitierten Angebote im Genuss-, Rad- und Thermentourismus vom auflebenden Trend zu (Mehrfach-)Kurzurlauben.

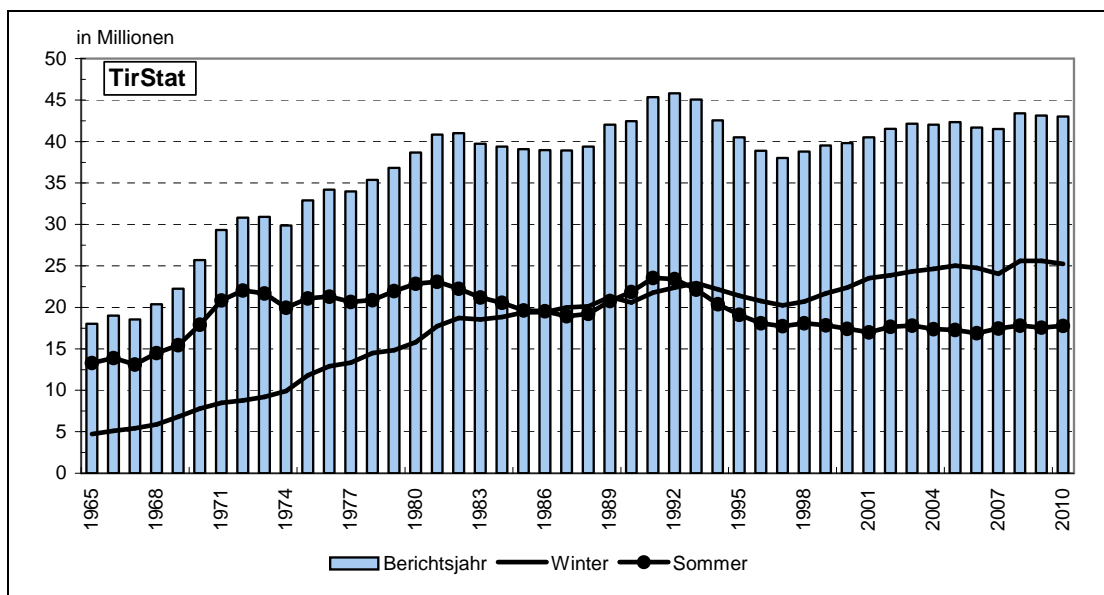
Im Süden ($-1,9\%$) entwickelte sich der Tourismus in der Steiermark ähnlich ($+1,0\%$). Bestimmt wurde die ungünstige Entwicklung im Süden durch die Schwäche der Kärntner Tourismuswirtschaft ($-3,7\%$). Für traditionelle Angebote im Badehaupturlaub (Kärntner Badeseen) geht der Produktzyklus zu Ende, auch häufiger Regen im August löste entsprechende Nachfragereaktionen (Inländer, Deutsche) aus.

Im Westen (+1,3%) blieb der Tourismussektor in Oberösterreich (-2,5%) aufgrund ähnlicher Probleme zurück. Dagegen profitierten fast alle intensiven Tourismusregionen im Westen von dem für Berg- und Wanderurlaube günstigen Wetter sowie dem Wiederaufleben der Nachfrage aus Übersee, Schweden, Großbritannien und den neuen EU-Ländern. Während die Erholung in Vorarlberg (+0,8%) wegen der weiterhin zurückhaltenden Nachfrage aus Deutschland (etwa am Bodensee) nur mäßig ausfiel, entwickelten sich die **Nächtigungen in Tirol (+1,6%)** und vor allem Salzburg (+3,0%) **ungleich günstiger**. Insgesamt übertraf das Nächtigungsvolumen hier sogar das hohe Niveau der Sommersaison 2008 (vor der Wirtschaftskrise). Der Städtetourismus in **Innsbruck (+16,9%)** und Salzburg-Stadt (+9,1%) setzte besondere Akzente.

4.1.2 Entwicklung der Ankünfte und Übernachtungen

Entwicklung 1965 bis 2010:

Übernachtungsentwicklung in Tirol:



Quelle: Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Raumordnung – Statistik

Entwicklung 2000 bis 2010:

Übernachtungen Winter-/Sommersaison:

- Sommer:
Die Ankünfte stiegen im Dekadenvergleich um +18,7%, die Übernachtungen um +2,0%.
- Winter:
Die Übernachtungen stiegen um +12,6%, die Ankünfte sogar um +20,4%.

Ankünfte und Übernachtungen im Vergleich:

- Die Übernachtungen stiegen in Tirol in den letzten 10 Jahren um +8,0%,
- Die Ankünfte mit einer höheren Steigerungsrate: +19,6% seit 2000
- Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste in Tirol sank in den letzten 10 Jahren von 5,1 auf 4,6 Tage
- Der Trend geht zu immer kürzeren, aber dafür mehreren Urlauben
- Die Gäste verweilen im Winter länger in Tirol als im Sommer
Winter: 5,0 Tage
Sommer: 4,1 Tage

Verteilung der Saisonen:

- 2010 Wintersaison klar stärker - Winter zu Sommer 59:41
- 2000 Überhang der Wintersaison noch nicht so deutlich (Winter zu Sommer 56:44)

4.1.3 Überblick über die wichtigsten Quellmärkte

Quellmärkte im Tourismusjahr 2009/10:

- Deutschland ist mit 51,4% der Quellmarkt Nr. 1
- Die Niederlande sind mit 11,3% auf Platz 2 vor Österreich mit 8,7% Marktanteil
- Einbußen in den letzten 10 Jahren für Deutschland und die USA
- Hohe Zuwachsraten in Zentral- und Osteuropa und Dänemark

Quellmärkte im Winter 2009/10:

- Deutschland mit 52% Marktanteil der Quellmarkt Nr. 1
- Niederlande im Winter mit 13,4% vor Österreich mit 6,9% Marktanteil
- Zuwächse für alle wichtigen Herkunftsmärkte außer Deutschland in den letzten 10 Jahren
- Hohe Zuwachsraten in Zentraleuropa, Dänemark und Irland

Quellmärkte im Sommer 2010:

- Deutschland ist mit 51,2% Marktanteil auch im Sommer die klare Nr. 1
- Österreich liegt im Sommer mit 11% an 2. Stelle vor den Niederlanden mit 8,2%
- Einbußen in den letzten 10 Jahren für Deutschland, Großbritannien, USA, Schweden
- Hohe Zuwachsraten: Schweiz, Italien, Spanien, Tschechien, Polen und Ungarn

4.1.4 Nachfrageentwicklung nach Destinationen

- Die Nummer 1 bei den Destinationen im Tourismusjahr 2009/2010 war der Tourismusverband Ötztal-Tourismus (Winter Rang 1, Sommer Rang 4)
- An zweiter Stelle platzierte sich Paznaun-Ischgl (Winter Rang 2, Sommer Rang 24) vor Innsbruck und seinen Feriendörfern (Winter Rang 7, Sommer Rang 1)

Rang	Tourismusverband	TJ 2009/10
1	Ötztal-Tourismus	3.413.999
2	Paznaun-Ischgl	2.414.798
3	Innsbruck/Feriendörfer	2.237.273
4	Erste Ferienregion im Zillertal	2.189.642
5	Mayrhofen-Hippach	2.169.245
6	Serfaus-Fiss-Ladis	2.091.532
7	Olympiaregion Seefeld	1.928.071
8	Osttirol	1.873.900
9	Wilder Kaiser	1.736.880
10	Stubai Tirol	1.715.826
11	Kitzbühler Alpen-Brixental	1.550.863
12	Achensee	1.453.781
13	Tiroler Oberland	1.406.112
14	St. Anton am Arlberg	1.387.258
15	Tiroler Zugspitz Arena	1.384.914

4.1.5 Nachfrageentwicklung nach Unterkunftsarten

- Zwei Drittel aller Übernachtungen in Tirol entfallen auf die Hotellerie
- Die Entwicklung bei den Privatquartieren ist im Sommer wie im Winter stark rückläufig
- Winter: hohe Steigerungsraten für Hotellerie und Ferienwohnungen
Sommer: Ferienwohnungen mit dem größten Zuwachs in den letzten 10 Jahren

Unterkunftsart	Winter 09/10	% 00-10	Sommer 2010	% 00-10
Hotellerie	15.566.690	9,0	12.014.312	4,4
Ferienwohnungen	7.144.998	47,0	3.192.587	13,2
Privatquartiere	1.627.425	-33,4	948.272	-48,7
Sonstige	875.717	6,9	1.601.835	30,1
Gesamt	25.214.830	12,6	17.757.006	2,0

4.1.6 Entwicklung des Bettenangebots und Auslastung

Bettenangebot:

- Tirol verfügt über mehr als 340.000 Betten
- Jedes zweite Bett entfällt auf die Hotellerie
- 30% entfallen auf Ferienwohnungen und 15% auf Privatquartiere
- Bettenangebot in der Hotellerie und bei den Privatquartieren rückläufig, bei den Ferienwohnungen stark steigend

Auslastung:

- Die höchste Auslastung in der gehobenen Hotellerie im Winter und im Sommer
- Die Betriebe sind generell im Winter besser ausgelastet als im Sommer
- Die Auslastung beträgt in Tirol im Winter 41,4% (konstant zum Vorjahr) und im Sommer 28,1% (leicht steigend)

4.1.7 Tiroler Seilbahnwirtschaft

Quelle: Wirtschaftskammer Tirol, Sparte Transport und Verkehr,
„Die Tiroler Seilbahnwirtschaft in Zahlen“, 19. November 2010

Investitionen 2010:

Für die Saison 2010/2011 getätigte Investitionen: 331 Mio. Euro, davon

- EUR 178 Mio. in Sicherheit und Komfort der Anlagen
- EUR 82 Mio. in Beschneiungsanlagen
- EUR 71 Mio. in Pisten, Parkplätze, Pistengeräte, Gastronomiebetriebe, Kassensysteme etc.

Kassenumsatz 2010:

rund 572 Mio. Euro Umsatz ganzjährig, davon ca. EUR 46 Mio. im Sommer

Beschäftigte 2009:

- im Winter durchschnittlich 6.600, zu Spitzenzeiten 8.600 Personen
- im Sommer durchschnittlich 3.200 Personen

Beförderungsfälle 2010:

- 279,5 Mio. Personen-Beförderungsfälle im Jahr, Tirol-Anteil: 46,9 Prozent
- 25,0 Mio. Skier-Days, Tirol-Anteil: 46,6 Prozent

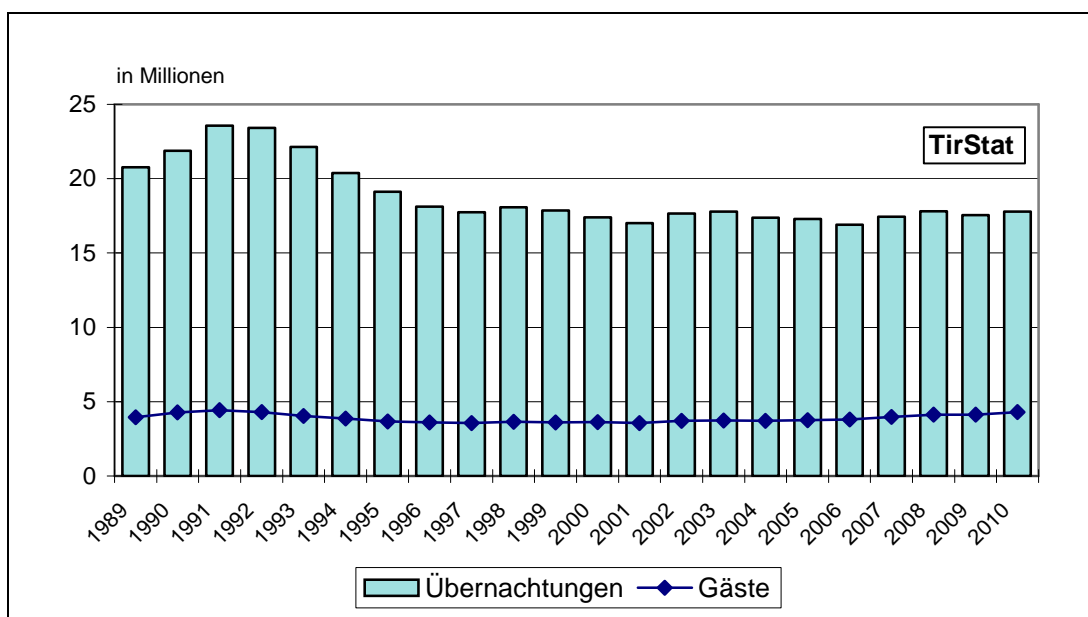
Angebotsstruktur:

- rund 7.300 ha Pisten, das sind nur rund 0,6% der Tiroler Landesfläche; ca. 5.500 ha davon beschneit.
- ca. 2.400 Pistenkilometer
- 969 Anlagen (133 Seilbahnen, 322 Sessellifte, 514 Schlepplifte)

4.1.8 Sommersaison 2010

ÜBERNACHTUNGEN:	17.779.028
Veränderung gegenüber 2009:	+1,3%
GÄSTE:	4.303.443
Veränderung gegenüber 2009:	+4,6%
BETTEN SOMMER:	336.611
Veränderung gegenüber 2009:	-0,8%
BETRIEBE SOMMER:	23.221
Veränderung gegenüber 2009:	-2,7%
AUSLASTUNG:	27,2%
UMSÄTZE:	
für Übernachtung/Frühstück (in Mio. Euro)	764,92
Veränderung gegenüber 2009:	+4,5%

Gäste- und Übernachtungsentwicklung in Tirol – Sommersaisonen:



Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Raumordnung – Statistik

Die zweithöchste bisher im Sommer registrierte Gästezahl liegt mit knapp 18 Mio. im Trend der letzten 15 Sommersaisonen.

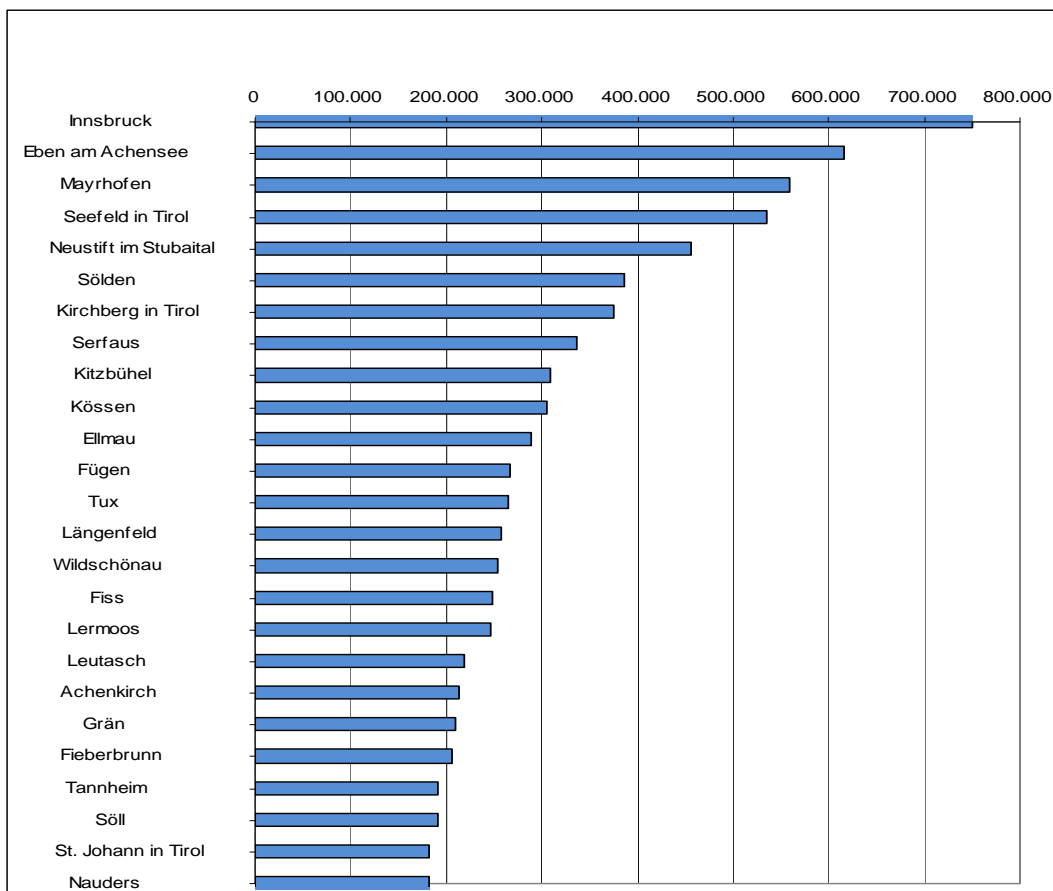
In der Sommersaison 2010 wurden in Tirol 4,3 Mio. Gäste und 17,78 Mio. Übernachtungen registriert. Die Zahl der Gäste erhöhte sich gegenüber der Vorsaison um 4,1%, die Näch-

tigungen stiegen um 1,3%. Das Ergebnis ist angesichts der nach wie vor anhaltenden globalen wirtschaftlichen Verunsicherung für die Tourismuswirtschaft mehr als zufrieden stellend zu bewerten. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist allerdings auf den bisherigen Tiefstwert von 4,1 Tagen gesunken. (Sommer 2009 4,3 Tage). Ein Grund dafür ist in der Abhaltung der Fußball WM in Südafrika zu suchen, die speziell viele Gäste aus Deutschland veranlasste Kurzurlaube zu machen oder zu Hause zu bleiben. In den 70er Jahren lag die Aufenthaltsdauer vergleichsweise noch bei sieben Tagen.

Herkunftsländer mit völlig unterschiedlichen Entwicklungen:

Herkunftsland	Ankünfte	Veränd. geg. Vorjahr in %	Übernachtungen	Veränd. geg. Vorjahr in %
Deutschland	1.961.801	1,0	9.082.923	-1,3
Niederlande	273.927	-0,3	1.458.913	-0,6
Schweiz u. Liechtenstein	288.530	3,4	1.211.743	3,1
Italien	188.272	0,3	757.870	1,3
Belgien	100.924	-1,7	607.983	-3,0
Frankreich u. Monaco	135.832	1,8	596.020	-0,4
Vereinigtes Königreich	106.108	24,5	545.496	16,7
USA	75.440	48,8	185.716	53,5
Dänemark	47.866	8,6	158.430	2,5
Tschechische Republik	40.644	9,7	138.473	7,9
Spanien	39.139	8,1	89.539	0,3
Schweden	30.065	39,7	81.422	27,2
Ungarn	24.057	0,1	66.467	-4,4
Polen	18.080	21,4	65.031	16,0
Luxemburg	9.706	2,8	56.747	1,1
Israel	13.031	21,2	54.386	20,7
China	39.130	47,4	42.028	44,2
Norwegen	13.650	21,5	41.442	12,9
Australien	22.302	15,8	39.563	18,3
Übriges Ausland	189.605	20,3	475.193	8,6
Ausland gesamt	3.623.591	4,4	15.769.997	1,0
Österreich	665.255	3,4	1.974.719	2,3
Insgesamt	4.288.846	4,2	17.744.716	1,1

Rangfolge der übernachtungsstärksten Gemeinden:



30.600 unselbständig Beschäftigte im Saisondurchschnitt:

In der Sommersaison 2010 waren durchschnittlich 30.551 Personen in Fremdenverkehrsberufen unselbständig beschäftigt. Das entspricht einer Zunahme von 914 Personen bzw. + 3,1 % gegenüber dem Vorsommer. 12.085 davon waren ausländische Arbeitskräfte. Der Zugang betrug 773 Personen bzw. + 6,8 %. Der Beschäftigtenhöchststand wurde im Juli mit 36.907 Unselbständigen erreicht. Die höchste Zahl ausländischer Arbeitskräfte wurde im Juli mit 14.169 Personen erreicht.

Ankünfte und Übernachtungen nach Unterkunftsarten:

Unterkunftsart	Ankünfte	Übernachtungen	Veränd. geg. dem Vorjahr in %	
			Ankünfte	Übernachtungen
GEWERBLICHE BETRIEBE	3.317.047	13.092.015	6,0	2,1
5/4-Stern	1.703.645	6.651.985	7,9	4,3
3-Stern	982.917	3.683.168	4,3	1,1
2/1-Stern	471.488	1.668.387	2,9	-3,5
Fewo Gewerblich	158.997	1.088.475	5,4	1,5
PRIVATQUARTIERE	180.228	947.821	-5,4	-7,5
Privat nicht Bauernhof	131.591	667.662	-5,6	-7,5
Privat auf Bauernhof	48.637	280.159	-4,8	-7,5
PRIV. FERIENWOHNUNGEN	272.079	2.104.002	0,0	-0,9
Fewo nicht Bauernhof	220.181	1.710.830	-0,4	-1,1
Fewo auf Bauernhof	51.898	393.172	1,7	0,0
ÜBRIGE UNTERKÜNFTE	519.492	1.600.878	-0,7	1,4
Campingplätze	213.237	929.909	-0,8	-2,9
Kurheime d. Soz.vers.	0	0	.	.
Priv. u. öff. Kurheime	2.434	26.923	1,1	0,0
Kindererholungsheime	13.015	59.327	-0,1	-7,1
Jugendherbergen	35.284	82.701	1,2	-8,2
Schutzhütten	195.680	286.500	-8,2	2,6
Sonstige Unterkünfte	59.842	215.518	34,0	34,0
INSGESAMT	4.288.846	17.744.716	4,2	1,1

Tourismusbarometer:

Das Tiroler Tourismusbarometer weist für die Sommersaison 2010 Umsätze für Übernachtung und Frühstück in der Höhe von 764,92 Mio. Euro auf, was einer Steigerung von + 4,5 % entspricht. Vergleichsweise wurde im Winter 2009/2010 ein Umsatz von 1.434,29 Mio. erzielt. Die Preise für Übernachtung/Frühstück wurden gegenüber dem Sommer 2009 um durchschnittlich +1,6 % angehoben.

Hauptverantwortlich für die Entwicklung des Sommers 2010 waren die um 5,8 % gestiegenen Umsätze in der gehobenen Hotellerie. Ausschlaggebend dafür war wiederum eine außerordentlich gestiegene Nachfrage nach 5/4-Stern-Hotels (+ 4,5 %) gegenüber einem durchschnittlichen Nächtigungszuwachs von 1,3 %. Die Bedeutung der 5/4-Stern-Betriebe wird insbesondere aus der Tatsache ersichtlich, dass den 37,5 % der Nächtigungen, die auf die gehobene Kategorie entfielen, 62,2 % der Umsätze zuzuschreiben sind. Umsatzeinbußen wurden für die 2/1-Stern-Betriebe (-0,1%) und Privatquartiere (-4,7%) errechnet.

4.1.9 Wintersaison 2010/2011

ÜBERNACHTUNGEN:	24.853.722
Veränderung gegenüber 2009/2010:	-1,5%
GÄSTE:	5.058.891
Veränderung gegenüber 2009/2010:	+0,9%
AUSLASTUNG:	39,7%
UMSÄTZE:	
für Übernachtung/Frühstück (in Mio. Euro)	1.464,20
Veränderung gegenüber 2009/2010:	+2,1%

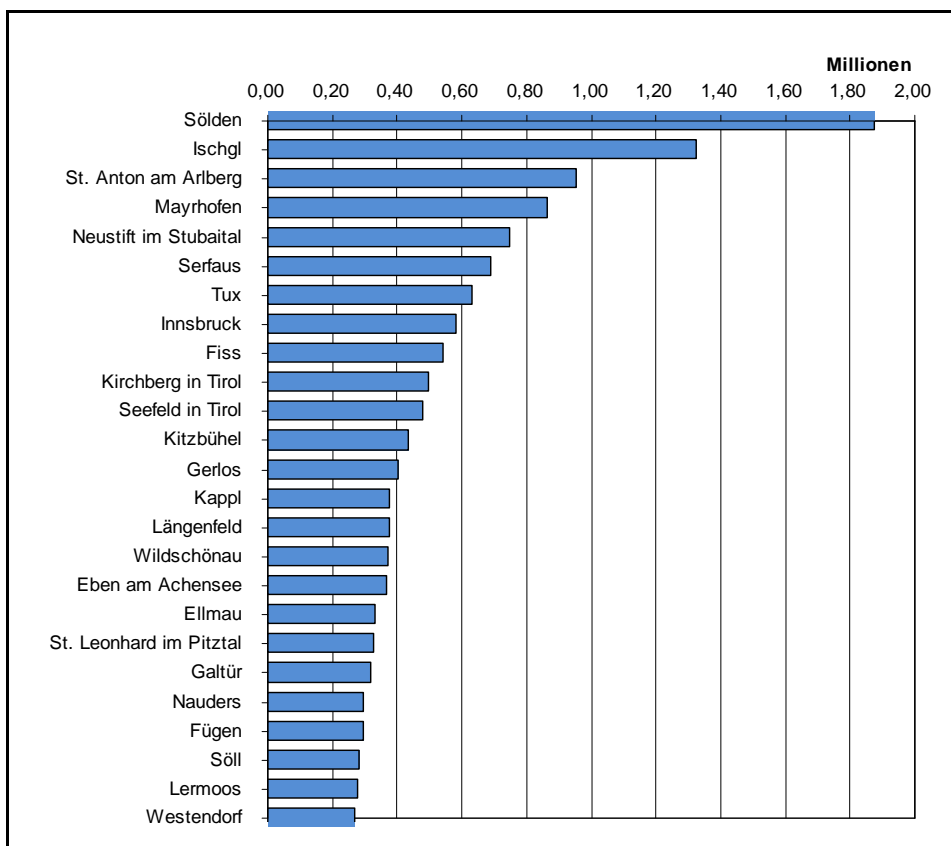
Insgesamt wurden 5.058.891 Gäste (+0,9%) in der Wintersaison vom 1. November 2010 bis 30. April 2011 bei 24.853.722 Nächtigungen (-1,5%) in Tirol begrüßt.

Ankünfte und Übernachtungen nach Herkunftsländern:

Herkunftsland	Ankünfte	Veränd. geg. Vorjahr in %	Übernachtungen	Veränd. geg. Vorjahr in %
Deutschland	2.497.950	-2,3	12.345.513	-5,1
Niederlande	553.717	1,0	3.362.516	-0,7
Vereinigtes Königreich	180.289	2,7	1.098.704	0,5
Schweiz u. Liechtenstein	226.605	14,3	998.429	12,7
Belgien	155.306	1,1	919.715	0,2
Polen	92.435	8,8	539.596	4,8
Russland	75.278	24,5	531.627	21,1
Tschechische Republik	103.108	-0,2	443.433	-0,4
Dänemark	77.522	-3,7	431.350	-4,9
Frankreich u. Monaco	70.115	4,6	372.176	4,2
Italien	123.441	-2,3	325.872	-3,8
Rumänien	31.115	4,1	196.600	2,9
Schweden	30.939	4,4	193.190	4,7
Luxemburg	21.096	6,2	128.651	5,5
Irland	18.217	-12,6	113.275	-12,9
USA	24.070	23,7	82.296	19,9
Ungarn	17.120	-3,2	81.114	-3,8
Ukraine	12.199	19,0	79.372	14,7
Slowakische Republik	15.145	0,6	72.128	4,5
Übriges Ausland	15.130	4,2	69.781	0,5
Ausland gesamt	4.522.972	0,8	23.118.952	-1,6
Österreich	535.919	1,9	1.734.770	-0,4
Insgesamt	5.058.891	0,9	24.853.722	-1,5

Quelle: Amt der Tiroler Landesregierung, Raumordnung – Statistik, aufbereitet: Tirol Werbung

Rangfolge der übernachtungsstärksten Gemeinden:



Ankünfte und Übernachtungen nach Unterkunftsarten:

Unterkunftsart	Ankünfte	Übernachtungen	Veränd. geg. dem Vorjahr in %	
			Ankünfte	Übernachtungen
GEWERBLICHE BETRIEBE	3.830.103	17.904.917	2	-0,9
5/4-Stern	1.799.682	7.900.225	3,6	1,3
3-Stern	1.048.616	4.811.144	3,2	-0,3
2/1-Stern	587.340	2.744.134	-3,5	-6,7
Fewo Gewerblich	394.465	2.449.414	0,2	-2,1
PRIVATQUARTIERE	300.280	1.507.376	-6,8	-7,5
Privat nicht Bauernhof	231.942	1.158.253	-6,9	-7,3
Privat auf Bauernhof	68.338	349.123	-6,4	-8,1
PRIV. FERIENWOHNUNGEN	729.524	4.599.044	-0,3	-1,3
Fewo nicht Bauernhof	636.623	4.027.571	-0,6	-1,4
Fewo auf Bauernhof	92.901	571.473	2,1	0,1
ÜBRIGE UNTERKÜNFTE	198.984	842.385	-1,9	-5,3
Campingplätze	50.014	281.114	1,4	-4,2
Priv. u. öff. Kurheime	2.154	18.180	-20,1	-35,9
Kindererholungsheime	22.613	113.735	-9,1	-5,4
Jugendherbergen	32.152	139.923	-2,9	-5,9
Schutzhütten	38.485	80.407	13,7	8,5
Sonstige Unterkünfte	53.566	209.026	-9,2	-7,1
I N S G E S A M T	5.058.891	24.853.722	0,9	-1,5

4.2 Wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus

Wertschöpfung:

- Die touristische Wertschöpfung Tirols beträgt rund EUR 4 Mrd.
- Der Anteil des Tourismus am BIP in Tirol wird im Schnitt auf 16% geschätzt, wobei dieser Wert in den Tourismuszentren naturgemäß noch weitaus höher ist
- Für Österreich dürfte der Anteil bei rund 5,2% liegen, in den Bundesländern Oberösterreich und Wien beispielsweise bei 3,2% bzw. 1,9%

Beschäftigung:

- Im Tiroler Tourismus sind über 53.000 Menschen beschäftigt
- 70% entfallen auf das Beherbergungs- und Gaststättenwesen, 23% im Bereich Verkehrs- und Nachrichtenübermittlung (öffentlicher Verkehr, Reisebüros und –veranstalter), 6% im Bereich Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen, 1% im Bereich Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen

Ausgaben und Umsatz:

- Tagesausgaben der Gäste im Winter höher als im Sommer
- Winter EUR 137,-- und Sommer EUR 104,--
 - davon ca. 40% für Unterkunft
 - ca. 20% für Verpflegung
 - Einkäufe im Sommer (8%) etwas höher als im Winter (6%)
 - Ausgaben für Seilbahnen, öffentliche Verkehrsmittel im Winter wesentlich höher (16% im Winter gegenüber 4% im Sommer)
 - Ausgaben für Unterhaltung, Erholung, Kultur und Wellness ebenfalls im Winter höher (9% im Winter gegenüber 6% im Sommer)
- Tourismus in Tirol generiert EUR 7,3 Mrd. Umsatz
 - EUR 5,6 Mrd. aus dem Nächtigungstourismus
 - EUR 1,6 Mrd. durch Tagestouristen

4.3 Tourismuspolitische Aktivitäten

4.3.1 Der Tiroler Weg 2008 bis 2012

Die landesweite Tourismus-Schwerpunktplanung „Tiroler Weg – Strategien für den Tiroler Tourismus 2008 bis 2012“ stellt konkrete Handlungsfelder ins Rampenlicht, um diese übergeordneten Zielsetzungen zu erreichen.

Angebotsentwicklung:

Tirol strebt die Themenführerschaft bei innovativen Freizeit- und Erholungsprodukten im alpinen Raum an, dabei stehen ganzjährig nutzbare Infrastrukturen im Vordergrund.

Unternehmertum (Entrepreneurship):

Tirol ist „der“ Standort für touristische Investitionen innerhalb des Alpenraums, die Zahl der Top-Tourismus-Unternehmen in Tirol soll sich bis 2012 erheblich steigern, durch gezielt etablierte Rahmenbedingungen ein Gunstklima für Unternehmer im Tourismus entwickelt werden.

Rahmenbedingungen (Raum und Umwelt):

In Tirol wird die perfekte Symbiose von Erholungs- und Lebensraum angestrebt. In Abstimmung mit den Planungsverbänden und Destinationen wird die Raumordnung touristisch differenziert. Das beinhaltet auch konkrete Ausstiegsmöglichkeiten aus dem Tourismus (beispielsweise durch Rückbau, Umwidmung sowie auch durch neue Angebote und Produkte).

Destinationen:

Tirol wird als die Summe seiner starken und professionell geführten Destinationsmarken betrachtet. Für die Professionalisierung der DMOs (Destination Management Organisation) sind Mustermuster erarbeitet und umgesetzt worden. Intelligente Kooperationen sichern den Wissensaustausch zwischen den Destinationen.

Tirol Werbung:

Tirol ist die beliebteste und stärkste Regionsmarke im Alpenraum und als solche auf den relevanten Märkten präsent. Tirol hat dabei im neu zu organisierenden Zusammenspiel der touristischen Akteure, der Destinationen und der Tirol Werbung seine Position in den

relevanten Marktsegmenten ausgebaut und unterstützt dadurch langfristig die touristische Wertschöpfung.

4.3.2 Tourismusförderungsbeiträge

Im Jahr 2010 wurden von den Pflichtmitgliedern nach dem Tiroler Tourismusgesetz 2006, LGBl. Nr. 19 in der geltenden Fassung, inklusive Abstattungen für Vorjahre, an Beiträgen für die Tiroler Tourismusverbände und den Tiroler Tourismusförderungsfonds insgesamt EUR 86,4 Mio. abgestattet. Davon wurden EUR 74,4 Mio. an die 36 Tourismusverbände und EUR 8,5 Mio. an den Tiroler Tourismusförderungsfonds zur Anweisung gebracht, dem Land Tirol flossen als 4%-ige Einhebekostenvergütung EUR 3,5 Mio. zu.

Der administrative Aufwand hierfür ist, wie bereits bisher, beträchtlich, wurde jedoch ohne nennenswerte Mängel abgewickelt. So hat die Tourismusabteilung im Jahr 2010 ca. 127.000 bescheidmäßige Erledigungen – etwa 70.000 davon als Bescheide für das laufende Kalenderjahr und ca. 57.000 als endgültige Bescheide für Vorjahre – abgefertigt. Um den tatsächlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten des Jahres 2010 Rechnung zu tragen, wurden aufgrund telefonischer oder schriftlicher Anträge von Beitragspflichtigen wiederum etwa 10.000 „berichtigte“ Bescheide erstellt. Für säumige Beitragszahler mussten ca. 27.000 Mahnschreiben erstellt und ca. 6.000 Erinnerungsschreiben zugestellt werden. Mit rund 5.000 Exekutionen erreichen die diesbezüglichen Veranlassungen das Ausmaß des Vorjahres. Nach Bezahlung der offenen Pflichtbeiträge waren ca. 3.500 Exekutionen einzustellen. Im Jahr 2010 wurden ca. 10.000 Einsprüche erledigt.

Infolge der seit 1. Jänner 2010 im Abgabenverfahren anzuwendenden Vorschriften der Bundesabgabenordnung waren überdies eine Vielzahl von Programmentwicklungen und Änderungen von bestehenden Programmen vorzunehmen. Im Jahr 2010 wurde die Umstellung sämtlicher Drucksorten auf den sogenannten „digitalen Dokumentenausgang - DDA“ abgeschlossen, wodurch künftig enorme Kosten gespart und auf etwaige Änderungen viel rascher reagiert werden kann.

4.3.3 Aufenthaltsabgaben

Als Abgabenbehörde in Aufenthaltsabgabesachen wurden ca. 1.650 Vorschreibungen versendet. Auf diese Weise konnten neben den direkt von den Beherbergungsbetrieben an die Tourismusverbände abgeführten Aufenthaltsabgaben in der Höhe von ca. EUR 44 Mio. weitere EUR 520.000,-- und zudem Abgabennachzahlungen von EUR 530.000,00 einbringlich gemacht werden.

Aufgrund eines Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes vom Juni 2010, wonach im § 6 des Tiroler Aufenthaltsabgabegesetzes 2003 bestimmte Wortfolgen mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 2011 aufgehoben und die Staffelung nach der Art der Unterkünfte als unzulässig erachtet wurden, musste das Tiroler Aufenthaltsabgabegesetz 2003 entsprechend angepasst werden. Im Zuge dessen wurden auch Erfahrungen aus der Vollzugspraxis sowie Anregungen der Tourismuswirtschaft berücksichtigt, insbesondere wurde die Obergrenze für die Festsetzung der Aufenthaltsabgabe auf EUR 3,-- angehoben. Die Novelle trat mit 1. Jänner 2011 in Kraft.

4.3.4 Zusammenschluss von Tourismusverbänden

Mit Verordnung der Landesregierung vom 14. Dezember 2010 wurden die Tourismusverbände Tirolmitte und Mieminger Plateau & Fernpass-Seen mit Ausnahme des Gebietes von Nassereith dem Tourismusverband Innsbruck und seine Feriendörfer eingegliedert. Das Gebiet Nassereith wurde dem Tourismusverband Imst-Gurgltal zugeschlagen, sodass ab dem 1. Jänner 2011 insgesamt 34 Tourismusverbände in Tirol bestehen.

Mit der Fusionierung der Tourismusverbände wurden für die Tirol Werbung als Landestourismusorganisation neue Perspektiven in der Zusammenarbeit mit den Verbänden geschaffen. Die Tourismusverbände sind insgesamt betrachtet heute wesentlich professioneller aufgestellt und haben höhere Marketingbudgets. Dies ermöglicht im Wege der Mittelbündelung Projekte zu realisieren, wie zum Beispiel den Tirol Berg in Garmisch anlässlich der Alpinen Schi WM 2011, welcher nicht nur national, sondern auch international großes mediales Aufsehen als das sportfachliche und gesellschaftliche Zentrum während der alpinen Schiweltmeisterschaft sorgte. Eine Realisierung dieser hochwertigen Marketingplattform wäre ohne die Beteiligung der großen Tourismusverbände im Land nicht möglich gewesen. Die Plattform wurde auch durch die Standortagentur und den Wirtschaftsstandort Tirol erfolgreich genutzt.

Die starken Regionalverbände haben darüber hinaus mittlerweile eigene Markenpositionierungen durchgeführt und sind heute teils starke Regionsmarken entstanden (Zillertal, Ötztal, Sölden, Ischgl, St.Anton a.A.). Die Grundregel „Ein Land – eine Marke“ gilt nicht mehr. Es benötigt daher ein geregeltes Zusammenspiel der Marke Tirol mit den starken Destinationsmarken.

All diese Aspekte fließen nun in einem gemeinsamen Projekt von Tirol Werbung und Tourismusverbänden in eine gemeinsame Marketingstrategie und Markenstrategie Tirol ein. Ziel ist, das Marketingsystem des Tiroler Tourismus effizienter im Mitteleinsatz und effektiver in der Marktwirkung zu machen. Dazu gehört auch eine bessere Abstimmung mit der Österreich Werbung.

4.3.5 Schischulrecht

Das Tiroler Schischulgesetz 1995 wurde geändert. Es wurden u.a. folgende Änderungen vorgenommen:

- die Aufhebung der Regelungen betreffend die sog. „Schibegleitung“ auf Pisten und Loipen, sodass nur mehr das erwerbsmäßige Führen oder Begleiten von Personen auf Schitouren und Abfahrten im freien Schiraum im Rahmen des Betriebes von Schischulen in den Geltungsbereich des Gesetzes fällt;
- die Aktualisierung und Präzisierung der im Gesetz verwendeten Begriffe (insb.: „Schi-laufen“, „Schiunterricht“) unter Bedachtnahme auf aktuelle Entwicklungen;
- Systemänderungen im Bereich der Regelungen über den Ausflugsverkehr von Schischulen und Schilehrern im Sinn des von der Europäischen Kommission im anhängigen Vertragsverletzungsverfahren Nr. 2009/4290 vertretenen Rechtsstandpunktes;
- die vollständige Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen („Diplomanerkennungsrichtlinie“) unter Berücksichtigung der Richtlinie 2004/38/EG über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, und der Richtlinie 2003/109/EG betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen;
- die Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Verwaltungszusammenarbeit im Rahmen der europäischen Integration nach Art. 8 und 56 Abs. 2 der Diplomanerkennungsrichtlinie sowie für die gegebenenfalls erforderliche Ausstellung von Bescheinigungen über das rechtmäßige Führen des Namens einer Schischule im Sinn des Art. 7 dieser Richtlinie;
- die Umsetzung der Richtlinie 2006/123/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt („Dienstleistungsrichtlinie“);
- die Berücksichtigung des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes vom 26. Februar 2010, G 275/09-6, mit dem § 8 Abs. 1 des Tiroler Schischulgesetzes 1995 als verfassungswidrig aufgehoben wurde;
- die Einführung von Spartenschischulen sowie der Möglichkeit der selbstständigen Erteilung von Schiunterricht ausschließlich durch den Inhaber der Schischulbewilligung;
- Änderungen im Bereich der für den Betrieb einer Schischule erforderlichen fachlichen Befähigung und Anpassungen im Bereich der Anforderungen an Lehrkräfte, die an einer Schischule verwendet werden dürfen; Einführung einer Ausbildung auf Diplomniveau im Bereich Snowboard und Langlauf sowie einer Ausbildung zum Snowboardführer;
- das Ermöglichen des Ruhens des Betriebes einer Schischule;
- Änderungen im Bereich des Ausweises nach § 36;

- Flexibilisierungen hinsichtlich der Zulassung zur Unternehmerprüfung sowie der Verordnungsermächtigungen nach § 37 Abs. 1 und 3;
- die Einfügung einer zeitgemäßen Datenschutzbestimmung;
- Anpassungen an das Eingetragene Partnerschaft-Gesetz – EPG, BGBl. I Nr. 135/2009, sowie
- Anpassung der Strafbestimmungen.

Weiters wurde die die Tiroler Schilehrerverordnung, LGBl. Nr. 67/1996, mit [LGBl. Nr. 62/2010](#), geändert.

4.3.6 Plattform „theALPS“

Die Verschärfung des internationalen Wettbewerbs im Tourismus, insbesondere auch in Europa, sowie die bis dato ausschließliche Präsentation des alpinen touristischen Angebotes Österreichs auf der österreichischen Tourismusfachmesse actb in Wien waren Anlass für die Initiative theAlps, welche sich als international wirkende Lobbying- und Verkaufsplattform für das beste touristische Angebot aus den Alpen versteht. Erstmals in der Geschichte des alpinen Tourismus fanden auf Einladung des Landes Tirol, der Tirol Werbung sowie der Wirtschaftskammer Tirol im September 2010 im Rahmen eines Prologes zu theAlps die politischen Tourismusreferenten der österreichischen wie auch benachbarten Länder zu einem Gipfeltreffen zusammen. An dem Treffen nahmen insgesamt 14 Tourismusreferenten aus Österreich, Deutschland, Italien und Schweiz zusammen und gaben ein Bekenntnis zur länderübergreifenden Zusammenarbeit im alpinen Tourismus ab. Mit der Veranstaltung von theAlps im Juni 2011 wird nun erstmals auch eine internationale Verkaufsmesse gemeinsam realisiert, wobei neben den Vertretern aus dem Ostalpenraum nun mit Rhones-Alpes erstmals auch die französischen Alpen vertreten sein werden.

4.3.7 Snow Card

In der vergangenen Saison konnte mit 19.000 verkauften Stück der Tirol Snow Card ein noch größerer Erfolg als im ersten Jahr der Einführung mit knapp 15.000 Karten verzeichnet werden. Über 5.500 Karten konnten an deutsche Gäste verkauft werden.

Das Angebot der Tirol Snow Card umfasst insgesamt 81 Skigebiete, davon vier Gletscher-skigebiete, und über 3.000 Pistenkilometer. Durch das große Angebot können die Skifahrer verschiedenste Skigebiete in ganz Tirol kennen lernen.

Einen besonderen Schwerpunkt will man in der kommenden Saison auf die Werbung im Süddeutschen Raum setzen. Darüber hinaus soll es für die Olympischen Jugendspiele im Jänner 2012 eine eigene YOG-Karte geben.

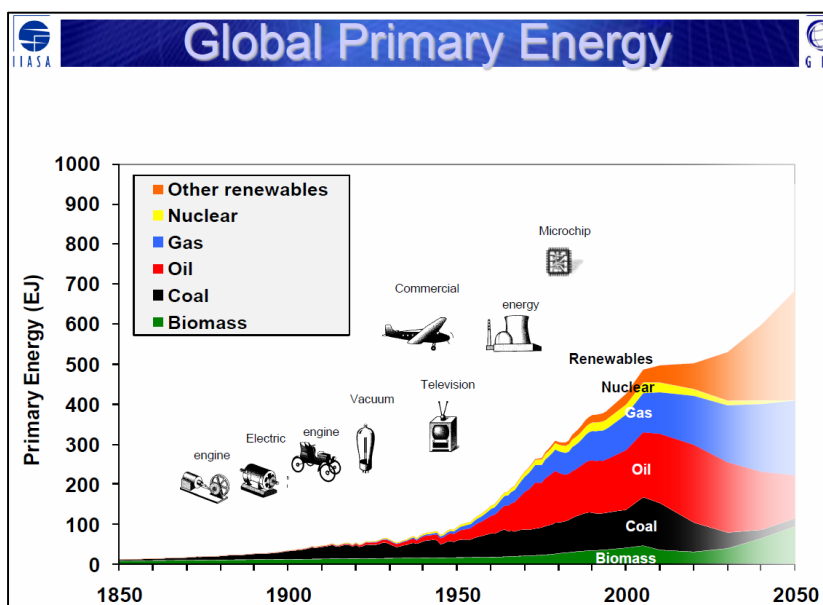
5 Die Lage der Tiroler Energiewirtschaft

5.1 Allgemeine Energiesituation

Eine nachhaltige Energienutzung, bei der Umweltauswirkungen minimiert und Ressourcen geschont werden, ist neben der Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit sowie sozialen Verträglichkeit das zentrale Ziel einer modernen Energiepolitik. Reduktionen im Energieverbrauch und die Steigerung der Energieeffizienz sind die Eckpfeiler dafür. Die dominierende Umweltbelastung aus Energieaufbringung und Energieeinsatz sind Treibhausgas-Emissionen. Zudem resultieren Schadstoffe und Abfall aus der Verbrennung fossiler und biogener Brennstoffe. Auch die Energiegewinnung beeinflusst die Umwelt. Erneuerbare Energieträger tragen substantziell zur Minderung der Treibhausgas-Emissionen bei.

5.1.1 World Energy Outlook 2010

Im letzten von der Internationalen Energieagentur (IEA) veröffentlichten Bericht „World Energy Outlook 2010“ geht man davon aus, dass die weltweite Ölförderung von derzeit 84 Mio Barrel/Tag auf 99 Mio Barren im Jahr 2035 steige. Wo dabei die nötigen Ölfelder liegen sollen, ist aus heutiger Sicht weitgehend unbekannt. Der Ölpreis wird nach den Prognosen der IEA nur moderat steigen auf inflationsbereinigte 113 Dollar/Barrel im Jahr 2035. Aktuell liegt der Ölpreis bei 88 Dollar, er hatte Mitte des Jahres 2008 kurzzeitig einen Wert von 147 Dollar erreicht!



Quelle: IIASA, Prof. Nakicenovic, 2011

Immer wichtiger wird auch der Energieträger Erdgas. Nach Einschätzung der IEA steigt der weltweite Verbrauch in den kommenden 25 Jahren um 44%. Besonders sei mit einem deutlichen Anstieg des Einsatzes von verflüssigtem Erdgas, sogenanntem LNG (liquified natural gas) zu rechnen. Dieses muss nicht mehr per Pipeline transportiert werden, sondern kann per Tanker verschifft und sogenannten Terminals zugeführt werden.

Wenig traut die IEA traditionell den erneuerbaren Energien zu. Von weltweit derzeit 19% werde ihr Anteil an der weltweiten Stromerzeugung im nächsten Vierteljahrhundert nur auf gut 30% steigen. Die Photovoltaik werde weltweit im Jahr 2035 gerade 2 % des Strombedarfes decken – das ist jener Wert, den Deutschland im Jahr 2010 in etwa erreicht. Der Einsatz von Kohle am globalen Strommix werde von 41% auf 32% zurückgehen, der Anteil des Atomstroms nur marginal zunehmen. Im Verkehrssektor, wo Biosprit heute 3% des Treibstoffs ausmacht, sollen es künftig 8% sein. Zur Wärmeversorgung werden die erneuerbaren Energien in 25 Jahren nach Einschätzung der IEA global 16% beitragen, heute sind es etwa 10%.

Reduziert man die IEA-Aussagen auf Europa, ergeben sich im Vergleich zur globalen Sicht deutliche Verbesserungen. So geht man beispielsweise in Deutschland davon aus, dass im Jahr 2050 eine vollständig auf erneuerbaren Energien basierende Stromversorgung machbar ist.

5.1.2 Entwicklung des Ölpreises

Der Untergang der Ölplattform Deepwater Horizon im April 2010 verursachte die bislang größte Ölkatastrophe in der Geschichte der Menschheit. Im Kampf um die immer aufwendigere und riskantere Erdölförderung zeigt das Unglück im Golf von Mexiko mit dramatischer Schärfe, dass die Welt vor einem Umbruch steht, dessen Folgen schwer abschätzbar sind. In diesem Zusammenhang werden um den Leitenergieträger Erdöl grundlegende Fragen diskutiert:

- Sind die Risiken der Ölgewinnung in der Tiefsee überhaupt verantwortbar?
- Welche Rolle spielen die Regierungen?
- Wer kontrolliert die Ölindustrie?
- Sind nicht die Nachfrager nach Erdöl mitschuldig?
- usw.



Aktuell gaben die Ölmärkte leicht nach. Der US-Dollar sank gegen den Euro weiter zurück. Die Mineralölpreise reagierten allerdings nur leicht nach unten. Rohöl BRENT schloss in der KW 21 bei 115 Dollar/Barrel, während die US-Leitsorte WTI 14,5 Dollar zurückhängt; dieses Phänomen ist inzwischen zur Normalität geworden. Im Umfeld der aktuellen Ölpreisentwicklungen zeichnen sich gewisse Entwicklungen ab, welche die Zukunft des Marktes zunehmend unsicher erscheinen lassen:

Spaniens Bürger fordern im Rahmen von Demonstrationen entsprechende Veränderungen, denn die übersteigerte Arbeitslosenquote (hohe Erdölpreise) lähmt das Land, welches immer tiefer in die Überschuldungsspirale rutscht. In Libyen verstärkt die NATO ihre Kampfeinsätze gegen die Gaddafi-Truppen. Weitere Protestaktionen beispielsweise in Syrien, Jemen, Georgien und Weißrussland. Auch die EU hat bislang keinen Ausweg aus der Schuldenstaatenkrise, welche wesentlich von den Ölpreismärkten mitbestimmt wird, gefunden. Es brodeln in Spanien und in Griechenland. Neben Italien bekommt nun auch Belgien Probleme. Die Rating-Agentur Fitch stufte zudem Japans Kreditwürdigkeit herab. Darüberhinaus haben die G8-Industrienationen beschlossen, ihre Neuverschuldung herunter zu fahren. Es wird erwartet, dass die OPEC die Förderquoten erhöhen wird, um die Weltkonjunktur zu stabilisieren.

5.1.3 Reaktorunfall in Fukushima

Die AKW-Katastrophe von Fukushima vom 11. März 2011 veränderte die Debatte um die Nutzung der Kernenergie einschneidend. Insbesondere auf EU-Ebene versucht man einen Balanceakt einerseits aktiv zu agieren (Stresstests) und andererseits Rücksicht zu nehmen auf die Energiepolitik der EU-Staaten. Kürzlich hat auch der schweizerische Bundesrat beschlossen, schrittweise aus der Kernenergie auszusteigen. Auch in Deutschland wird nach einem Atom-Moratorium von einer Ethik-Kommission geprüft, ob ein Festhalten an der Kernenergie überhaupt verantwortbar ist.

Mitte März 2011 hatte die EU die von Österreich eingeforderten europaweiten Stresstests für Atomkraftwerke positiv aufgegriffen. EU-Energiekommissar Oettinger kündigte an, es habe Zustimmung für Tests europäischer Kernkraftwerke in den EU-Mitgliedsstaaten gegeben. Man werde diese Tests durchführen, sobald man sich über Kriterien und Umfang einig sei. Als geplanten Zeitpunkt kündigte Oettinger dafür das zweite Halbjahr 2011 an. Nach geltendem Recht sind derartige Tests allerdings freiwillig und werden von unabhängigen nationalen Institutionen des jeweiligen EU-Staates durchgeführt. Die Internationale Energieagentur (IEA) warnt dagegen vor den Folgen eines Atomausstiegs. Chefökonom Fatih Birol hofft, dass die Konsequenzen nicht nur im Blick auf nukleare Risiken, sondern auch auf den Klimawandel und die Energiepreise bewertet werden. Ausgehend von der letzten IEA-Prognose (World Energy Outlook 2010) rechnet die IEA mit einer Steigerung der nuklearen Erzeugungskapazitäten von 360.000 MW in den kommenden 25 Jahren. Sollte sich diese noch Ende 2010 prognostizierte Entwicklung in etwa halbieren, würde der Anteil der Nuklearenergie von 14 auf 9 Prozent sinken. Neben höheren Preisen, mehr Treibhausgasen würde auch die Versorgungssicherheit sinken.

5.2 Entwicklungen in der Europäischen Union

5.2.1 „Energie-Strategie 2020“ der EU

Die Europäische Kommission hat am 10. November 2010 ihre neue Strategie für eine wettbewerbsfähige, nachhaltige und sichere Energie vorgestellt. Darin benennt die Kommission fünf oberste Prioritäten für die kommenden Jahre:

- **Energieeinsparungen als Hauptpriorität**, insbesondere bei Verkehr und Gebäuden,
- **Energieinfrastrukturinvestitionen** von insgesamt 1 Billion EUR in den nächsten 10 Jahren, mit vereinfachtem und beschleunigtem Baugenehmigungsverfahren und ei-

ner EU-Finanzierung sowie einer zentralen Anlaufstelle für die Koordinierung aller Genehmigungsanträge,

- **Bessere Koordinierung der Energiepolitik mit Drittstaaten,**
- **Führungsrolle Europas bei Energietechnologien** wie neue Technologien für intelligente Netze und Stromspeicherung, Biokraftstoffen der zweiten Generation und
- **Maßnahmen zum Verbraucherschutz,** die den Preisvergleich, den Versorgerwechsel sowie klare und transparente Abrechnungen betreffen.

In den nächsten 18 Monaten sollen dazu konkrete Rechtsvorschläge zu den einzelnen Themen unterbreitet werden. Diese Mitteilung bestimmt auch die Agenda, die von den Staats- und Regierungschefs auf dem **ersten EU-Energiegipfel am 4. Februar 2011** erörtert wurden.

Zu begrüßen ist der Tenor der neuen Strategie: Schnellere Genehmigungen für den Netzausbau, Energieeinsparungen und mehr Mittel für die Energieforschung sind die richtigen Schwerpunkte der EU-Energie-Strategie.

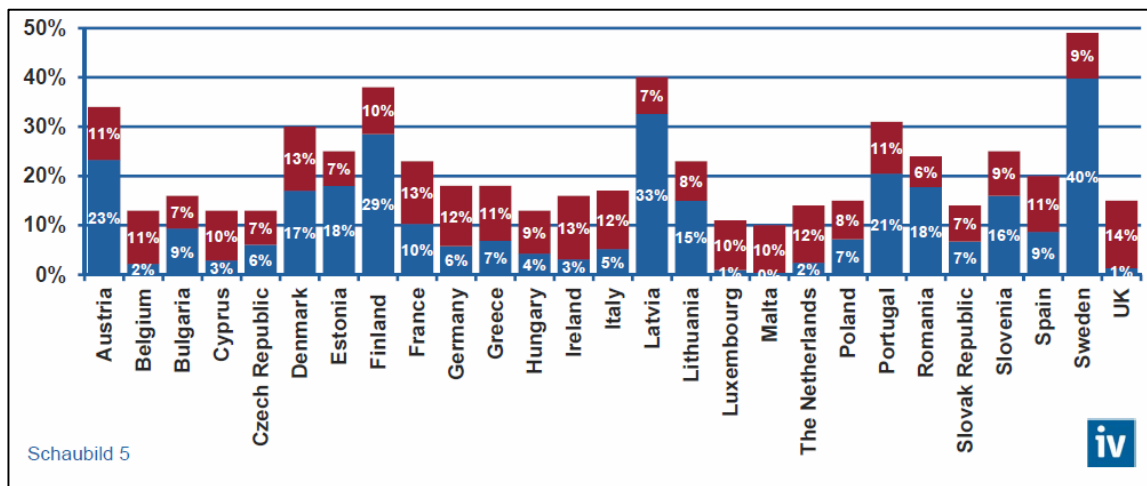
Mit dem im Dezember 2010 vorgelegten Energieinfrastrukturpaket bis 2020 und danach schlägt die Kommission eine Vorgehensweise zur Schaffung der erforderlichen Infrastruktur vor: Die Ermittlung wichtiger Vorhaben von europäischem Interesse, die Einholung einer EU-weiten Zustimmung für diese Projekte und die Gewährleistung, dass diese in beteiligten Mitgliedsstaaten mit gleichem Engagement umgesetzt werden. Die Kommission geht dabei von einem Investitionsbedarf von 1 Billion Euro, wovon 200 Mrd allein für Energienetze benötigt werden. Im Stromsektor werden vier vorrangige Korridore ausgewiesen:

- Anbindung der Offshore-Windparks in den nördlichen Meeren und Stromspeicherung in Wasserkraftwerken in den Alpen und nördlichen Ländern,
- Heranführung von Strom aus Wind- und Sonnenenergie sowie Wasserkraft aus Südwesteuropa,
- Regionales Netz in Mittelost- und Südosteuropa und
- Integration des Energiemarkts im Ostseeraum.

Im Gassektor wurden drei vorrangige EU-Korridore ausgewiesen:

- Pipeline aus dem Kaspischen Raum
- Integration des Energiemarkts im Ostseeraum und Anbindung an Mittel- und Südosteuropa und
- Nord-Süd-Korridor in Westeuropa.

Österreich wird hier als Drehscheibe für Nabucco und als Speicher eine zentrale Rolle zugewiesen. Es darf erwartet werden, dass sich insbesondere auch von der Ankündigung von Maßnahmen zur Verfahrensbeschleunigung, der Festlegung einer maximalen Zeitspanne von 5 Jahren bis zur endgültigen Entscheidung über eine Genehmigung sowie einer EU-Finanzierung neue Impulse für den Ausbau der Energieinfrastruktur ergeben.



Die Mittel zur Erreichung der Ziele des Ausbaues erneuerbarer Energien sollen bis 2020 etwa auf EUR 70 Mrd. verdoppelt werden. Dabei rechnet die EU mit Einsparungen von rund EUR 10 Mrd. auf Grund einer europäischen statt nationalen Sichtweise. Erneuerbare Energieressourcen sollen in jenen europäischen Regionen bevorzugt genutzt werden, wo dies auch am wirtschaftlichsten ist. Durch eine Weiterentwicklung der Netze zu sogenannten Smart-Grids sind dabei die erneuerbare Energien in den Markt zu integrieren.

5.2.2 EU-Richtlinie Endenergieeffizienz

Unter österreichischem Vorsitz wurde im März 2006 die Endenergieeffizienz- und Energiedienstleistungs-Richtlinie (Energy Service Directive, ESD) beschlossen. Diese Richtlinie verfolgt den Zweck, die Endenergieeffizienz in den Mitgliedstaaten zu steigern sowie Voraussetzungen für Entwicklung und Förderung eines Markts für Energiedienstleistungen und für andere Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz zu schaffen, wobei Unternehmen, die am System des Emissionshandels beteiligt sind und z. T. die Streitkräfte von der Richtlinie ausgenommen sind.

Auf Basis der Richtlinie muss jedes Land einen Einsparrichtwert festlegen, der 9 % des (um den Endenergieeinsatz der am Emissionshandel beteiligten Unternehmen bereinigten) Endenergieverbrauchs der Jahre 2001 bis 2005, das ist beispielsweise für Österreich

80,4 PJ, beträgt. Dieser Wert muss im Jahr 2016 erreicht werden, wobei die Erreichung dieses Ziels anhand des Vergleichs des tatsächlichen Verbrauchs mit einer Baseline-Entwicklung geprüft wird. Zur Berechnung dieser Baseline, die klarerweise maßgeblich die Erfüllung der Richtlinie bestimmt, soll ein harmonisiertes Verfahren entwickelt werden. Dieses liegt gegenwärtig jedoch noch nicht vor. Stattdessen wurden in Österreich nationale Berechnungsmethoden entwickelt. Es ist jedoch absehbar, dass die Zielerfüllung, die mit einer Steigerung der Energieeffizienz einhergeht, nicht bedeutet, dass es zu absoluten Energieeinsparungen kommen wird.

Zur Erreichung des Einsparrichtwertes, der „nur“ indikativ ist, müssen von den Mitgliedstaaten Energieeffizienzaktionspläne (EEAP) erstellt und an die Europäische Kommission übermittelt werden. Der 1. Österreichische EEAP wurde fristgerecht bis 30. Juni 2007 übermittlelt, weitere Berichte sind für 2011 (liegt ein Entwurf vor) und 2014 vorgesehen.

In der Energieeffizienzrichtlinie wird die Vorbildfunktion des öffentlichen Sektors hinsichtlich Investitionen, Instandhaltung und anderer Ausgaben für Energie verbrauchende Geräte, Energiedienstleistungen und andere Energieeffizienzmaßnahmen explizit hervorgehoben.

Die verschiedenen Arten von kostenwirksamen Maßnahmen, die der öffentliche Sektor ergreifen kann, sollen auf der geeigneten nationalen, regionalen und/oder lokalen Ebene getroffen werden.

Außerdem sollte der öffentliche Sektor bestrebt sein, Energieeffizienzkriterien bei öffentlichen Ausschreibungsverfahren anzuwenden, was laut EU-Recht zulässig ist. Hier finden sich also zahlreiche Ansatzpunkte für Energieeffizienzaktivitäten auf lokaler Ebene.

5.2.3 Weiter EU-Energieeffizienz-Maßnahmen „Energieeffizienzpaket“

Um bis 2020 das – rechtlich unverbindliche – strategische Ziel zu erreichen, 20% des EU-Energieverbrauchs, gemessen an den Prognosen für 2020 einzusparen, schlug die Kommission 2008 ein Energieeffizienzpaket vor. Dieses Paket enthielt Vorschläge zur Neufassung der Richtlinie über die Gesamteffizienz von Gebäuden, zur Überarbeitung der Etikettierungsrichtlinie, für eine neue Richtlinie über ein Kennzeichnungssystem für Reifen sowie eine Mitteilung über die Kraft-Wärme-Kopplung und eine Entscheidung der Kommission zur Festlegung von Leitlinien für die Berechnung der Strommenge aus der Kraft-Wärme-Kopplung. Zusammenfassend ergibt sich folgender Überblick über EU-Papiere betreffend Energieeffizienz.

5.2.4 EU-Regulierungsrahmen

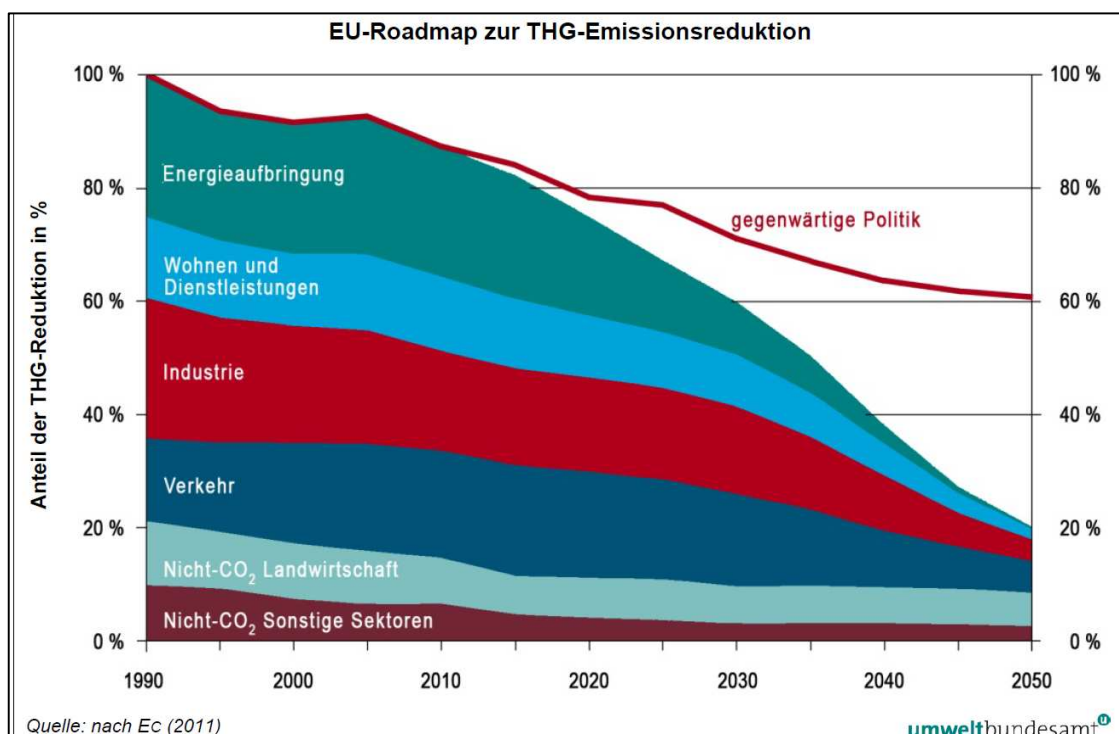
- Aktionsplan „Energieeffizienz“ der Kommission: KOM(2006) 545
- 20-20-20-Beschluss / Aktionsplan „Energiepolitik“ des Europäischen Rates (2007)
- Energieeffizienz und Energiedienstleistungen: Richtlinie 2006/32/EG
- Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden: Richtlinie 2010/31/EU
- Kennzeichnung des Energieverbrauchs von Produkten: Richtlinie 2010/30/EU
- Kennzeichnung des Energieverbrauchs von Bürogeräten: Energy-Star-Programm
- Umweltgerechte Produktgestaltung (Ökodesign): Richtlinie 2009/125/EG
- Energieeffiziente Straßenfahrzeuge: Richtlinie: 2009/33/EG
- Kennzeichnungssystem für Reifen: Verordnung Nr. 1222/2009
- Kraft-Wärme-Kopplung (KWK): Richtlinie 2004/8/EG
- Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT): KOM(2008) 241, KOM(2009) 111
- Entwurf Richtlinie Energieeffizienz (2011), ersetzt RL 2004/8/EC und RL 2006/32/EG

5.2.5 Roadmap der Europäischen Union bis 2050

Im Beschluss der UN-Klimakonferenz von November/Dezember 2010 in Cancun wurde die Notwendigkeit anerkannt, die Emissionen von Treibhausgasen so weit einzudämmen, dass die globale Durchschnittstemperatur gegenüber dem vorindustriellen Level um weniger als 2 °C ansteigt (UNFCCC 2010a). Ferner wurde beschlossen, dass die Vertragsparteien der Klimarahmenkonvention auf der Basis von Ausgewogenheit und gemäß den Erkenntnissen der Wissenschaft dringende Aktionen zur Erreichung dieses langfristigen Ziels setzen müssen.

Für die Kohlenstoffneutralität der Gesellschaft werden auch strukturelle Änderungen notwendig sein.

(Raum-)Planerische und infrastrukturelle Entscheidungen, die jetzt getroffen werden, haben Auswirkungen bis Mitte des Jahrhunderts und darüber hinaus. Daher sollten umgehend Perspektiven entwickelt werden, wie dies bis 2050 zu erreichen ist.



Die Abbildung zeigt exemplarisch jene Zielerreichungspfade auf, welche zur Erreichung des 2 °C-Ziels notwendig erscheinen.

Die Europäische Kommission hat einen **Fahrplan (Roadmap)** für Maßnahmen entwickelt, mit denen die Treibhausgas-Emissionen bis 2050 in Höhe von 80 bis 95 % gegenüber 1990 reduziert werden können. Dabei soll die EU bis 2050 eine wettbewerbsfähige Low-Carbon-Wirtschaft werden (EC 2011).

Ein kosteneffizienter Weg zur Erreichung dieses Ziels beinhaltet eine Emissionsreduktion innerhalb der EU von 80 %, die nicht durch einen Ausgleich über den CO₂-Markt erreicht werden soll. Ferner ist dafür die Einhaltung von Etappenzielen mit Reduktionen um 40 % bis 2030, um 60 % bis 2040 und um 80 % bis 2050 erforderlich.

THG-Reduktion	2030	2050
Gesamt (alle Sektoren)	-40 bis -44%	-79 bis -82%
Energieaufbringung (Power) (CO ₂)	-54 bis -68%	-93 bis -99%
Industrie (CO ₂)	-34 bis -40%	-83 bis -87%
Verkehr (einschl. CO ₂ aus der Luftfahrt, ohne Seeverkehr)	+20 bis -9%	-54 bis -67%
Wohnen und Dienstleistungen (CO ₂)	-37 bis -53%	-88 bis -91%
Landwirtschaft (Nicht-CO ₂)	-36 bis -37%	-42 bis -49%
Andere Nicht-CO ₂ -Emissionen	-72 bis -73%	-70 bis -78%

Generell zeichnet die Roadmap eine mögliche Entwicklung (Reduktion einzelner Sektoren gemäß Tabelle) auf, in der weniger radikale und abrupte Änderungen des Wirtschaftssystems erfolgen, sondern Effizienzsteigerungen sowie der Einsatz innovativer Technologien und erneuerbarer Energieträger sehr stark ausgereizt werden.

Beispielsweise sollen im Sektor Energieaufbringung bis 2050 praktisch keine Treibhausgas-Emissionen mehr anfallen, obwohl Elektrizität eine zentrale Rolle spielt und fossile Brennstoffe im Verkehr und beim Heizen ersetzen soll.

Im Sektor Verkehr sollen vor allem technologische Innovationen zu einem effizienten und nachhaltigen Verkehrssystem und damit zur Reduktion der Treibhausgase bis 2050 beitragen. Neue Motoren, neue Werkstoffe, neue Kraftstoffe und andere Systeme hin zu verstärkter Elektromobilität sollen dies ermöglichen. Dazu sind Maßnahmen wie Preisregelungen, Infrastrukturentgelte, intelligente Stadtplanung und vor allem ein massiver Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs erforderlich.

Im Gebäudebereich sollen nur noch Niedrigenergie- und Passivhäuser errichtet werden. Umfangreiche Investitionen sind vor allem bei der Gebäudesanierung von Altbauten notwendig.

5.3 Energiewirtschaft in Österreich

5.3.1 Energiestrategie Österreich

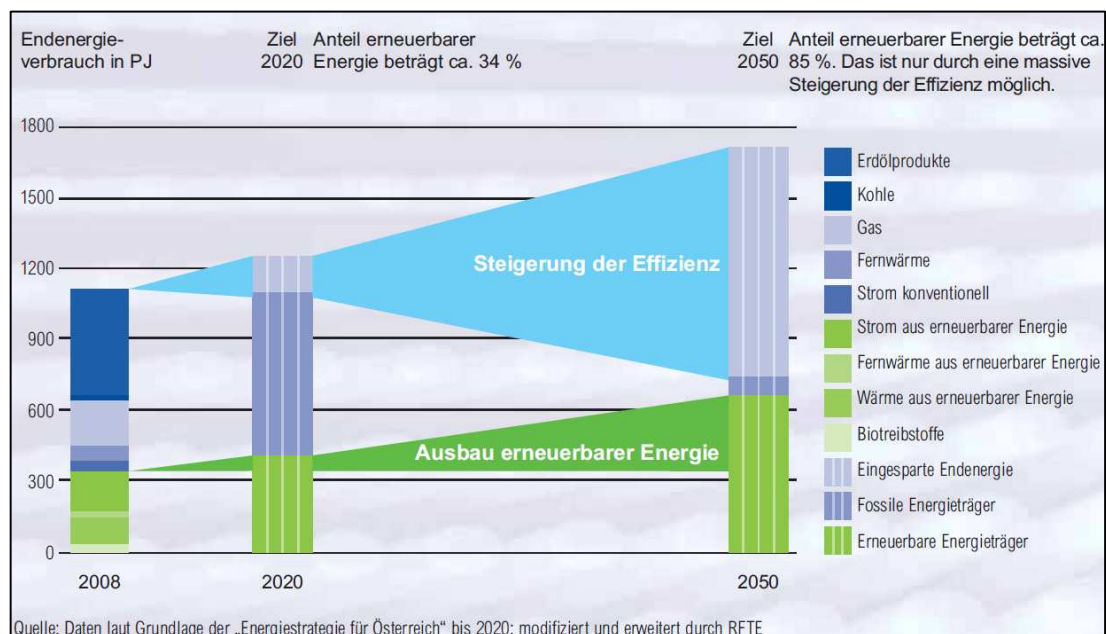
Im April 2009 haben der Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend sowie der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft im Auftrag der österreichischen Bundesregierung die Erarbeitung einer Energiestrategie für Österreich auf den Weg gebracht.

Damit wurde ein EU-weit einzigartiger, partizipativer Prozess gestartet, der durch eine Vielzahl von Institutionen aus dem öffentlichen und privaten Sektor getragen wurde. 180 Expertinnen und Experten von Bund, Länder, Wissenschaft, Unternehmen, Sozialpartner, Interessensvertretungen und NGOs bildeten ein professionelles Energienetzwerk. In intensiven Diskussionen wurden in neun Arbeitsgruppen rund 350 Maßnahmen erarbeitet – diese wurde in 43 Maßnahmenpakete geclustert und von vier unabhängigen Fachinstitutionen bewertet.

Die im März 2010 erfolgte Präsentation der Energiestrategie Österreichs ist nicht als Schlusspunkt, sondern als Beginn für einen langfristigen Prozess zu verstehen. Die Energiestrategie zeigt die strategischen Schwerpunkte einer künftigen Energie- und Klimapoli-

tik auf und die vorgeschlagenen Maßnahmen stellen einen Weg dar, wie der österreichische Anteil an den europäischen Energie- und Klimazielen erreicht werden kann.

Das evaluierte Maßnahmenpaket soll in weiterer Folge von Bund und Ländern unter Wahrung der kompetenzrechtlichen Gegebenheiten der österreichischen Bundesverfassung im Detail ausgestaltet und umgesetzt werden.



Um das 16%-Ziel bei den Treibhausgas(THG)-Emissionen und das 34%-Ziel bezüglich erneuerbarer Energiequellen zu erreichen, wurde 2009 ein Prozess zur Erarbeitung der Energiestrategie Österreich initiiert. Ziel ist es, im Rahmen eines zukunftsweisenden, effizienten und erneuerbaren Systems den Energieverbrauch auf dem Niveau von 2005 zu stabilisieren und eine Reduktion der THG-Emissionen durch die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energieträger auf 34% zu erreichen.

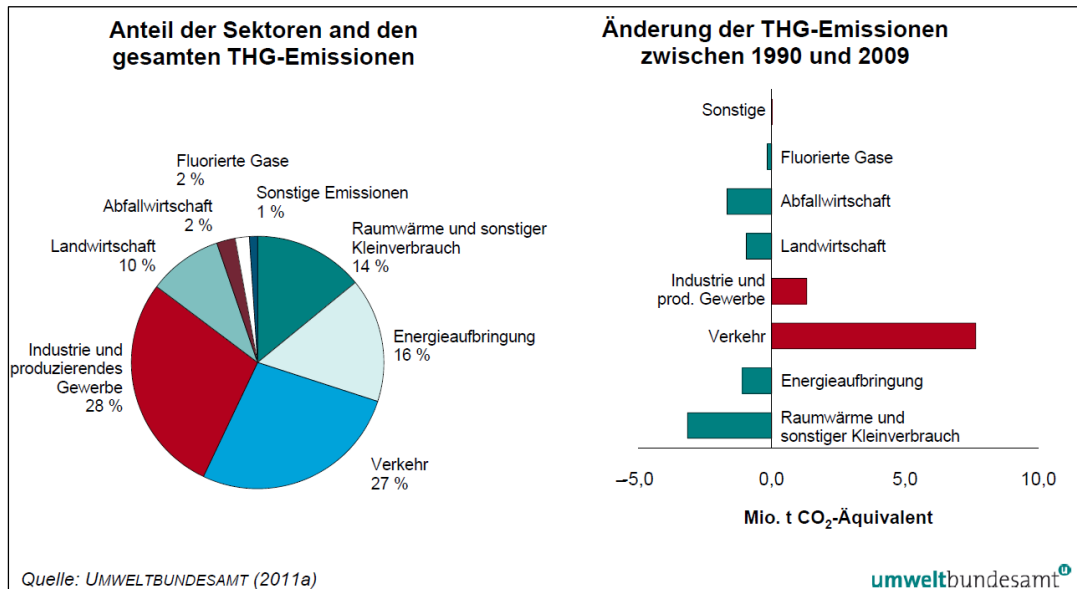
Hierzu sind insbesondere Maßnahmen in den Sektoren Raumwärme und Kleinverbrauch, Verkehr und Stromverbrauch vorgesehen. Eine Evaluierung der Maßnahmen kommt zu dem Ergebnis, dass eine Erreichung der gesteckten Ziele nur dann möglich ist, wenn vor allem nachfrageseitig wirksame Effizienzmaßnahmen unverzüglich und umfassend umgesetzt werden. Eine Reduktion der THG-Emissionen gegenüber 2005 wurde im Sektor Raumwärme und Kleinverbrauch mit 45% und im Sektor Verkehr mit 19% berechnet.

Wichtigste Maßnahmen sind im Bereich Raumwärme eine kontinuierliche Erhöhung der Gebäude-Sanierungsrate und eine Substitution von Heizungssystemen durch solche, die mit erneuerbaren Energieträgern betrieben werden. Im Verkehrssektor ist eine Reduktion des Einsatzes fossiler Energieträger zur Zielerreichung unumgänglich. Dafür sind u. a. deutliche zusätzliche Effizienzsteigerung bei Fahrzeugen durch ordnungsrechtliche und fiskalische Maßnahmen und eine Stärkung des Umweltverbundes notwendig.

5.3.2 Treibhausgas-Emissionen in Österreich in Relation zum Kyoto-Ziel

2009 war das zweite Jahr der fünfjährigen Kyoto-Periode. Im Jahr 2009 betrug die Treibhausgas-Emissionen Österreichs 80,1 Mio Tonnen Kohlendioxid-Äquivalent (CO₂-Äquivalent). Die Emissionen lagen im Jahr 2009 um 11,3 Mio Tonnen über dem jährlichen Durchschnittswert des für 2008 bis 2012 festgelegten Kyoto-Ziels. Unter Berücksichtigung des Emissionshandels, der Projekte aus Joint Implementation und Clean Development Mechanism (JI/CDM) sowie der Bilanz aus Neubewaldung und Entwaldung beträgt die Zielabweichung rund 5,0 Mio Tonnen CO₂-Äquivalent). Hinzu kommt die Lücke aus dem Jahr 2008 von 6,9 Mio Tonnen CO₂-Äquivalent. Die Gesamtlücke aus den Jahren 2008 und 2009 ergibt somit 11,9 Mio Tonnen CO₂-Äquivalent.

2009 lagen die Emissionen um 2,4 % über dem Niveau von 1990.



Den stärksten Anstieg der Treibhausgas-Emissionen seit 1990 verzeichnet entsprechend der aktuellen Inventur der Sektor Verkehr mit einem Plus von 7,6 Mio Tonnen Kohlendioxid-Äquivalent bzw. 54,4 %. Die Emissionen im Sektor Industrie und produzierendes Gewerbe sind im betrachteten Zeitraum um 1,2 Mio Tonnen (+ 5,8 %) CO₂-Äquivalent gestiegen. In den Sektoren Energieaufbringung (-1,1 Mio Tonnen, -7,9 %), Raumwärme und sonstiger Kleinverbrauch (-3,1 Mio Tonnen, -21,8 %), Abfallwirtschaft (-1,7 Mio Tonnen, -46,3 %) und Landwirtschaft (-0,9 Mio Tonnen, -11,0 %) sind die Treibhausgas-Emissionen gesunken.

5.3.3 Klimaschutzgesetz

Auf nationaler Ebene ist das Klimaschutzgesetz ein Thema, das regelmäßig wiederkehrt. Vor einiger Zeit hat das BMLFUW einen erneuten Anlauf genommen. Aus Sicht des BMLFUW sollte damit die Zielerreichung sowohl in der laufenden Kyoto-Periode als auch darüber hinaus gewährleistet bzw. erleichtert werden, indem die nationalen Ziele auf diverse Ressorts sowie die Länder aufgeteilt werden und neue Gremien geschaffen werden.

- Der aktuelle Entwurf des Klimaschutzgesetzes teilt das Kyotoziel (2008 – 2012) auf Grundlage der „Klimastrategie 2007“ auf die einzelnen Sektoren auf. Darüber hinaus wird den anderen Ressorts (insb. BMWFJ und BMVIT) vorgeschrieben, Maßnahmen in den „jeweiligen Sektoren gemäß Zuständigkeit im Bundesministeriengesetz“ auszuverhandeln, um die Höchstmengen in den Sektoren in der Kyotoperiode (und auch danach) einzuhalten.
- Werden die Höchstmengen in einem Sektor überschritten, sollen die Kosten für den Zukauf von Zertifikaten gemäß einer noch zu verhandelnden Vereinbarung auf Bund und Länder (und in Folge wohl auf die „zuständigen“ Ministerien) aufgeteilt werden (die Länder sollen in der Kyoto-Periode keinen Beitrag leisten).
- Strukturell soll ein neues Gremium (Nationales Klimaschutz Komitee (NKK)), in dem Ressorts und Länder vertreten sind, die zentrale Koordination und Festsetzung von Zielen, Maßnahmen, etc. beschließen.
- Die Sozialpartner und Energiewirtschaft werden statt in der HLG und dem aktuellen Interministeriellen Komitee (IMK) in einem dem NKK untergeordneten neuen „Nationalen Klimaschutzbeirat“ vertreten sein.

Derzeit laufen auf politischer Ebene Gespräche zum Klimaschutzgesetz; der weitere Fahrplan in zeitlicher Hinsicht steht noch offen.

5.3.4 Österreichs Position zur Antiatom-Politik

Die Atom-Katastrophe in Japan ist ein weiteres dramatisches Beispiel dafür, dass der Betrieb von Atomkraftwerken und die Energiegewinnung durch Atomkraft ein höchstgefährliches Risiko für Umwelt und Mensch darstellt. Die Geschehnisse zeigen die besonderen Sicherheitsrisiken von Atomkraft und deren weitreichenden Negativfolgen auf.

Die Notwendigkeit und Wichtigkeit einer konsequenten Antiatom-Politik wird dadurch einmal mehr bestätigt. Auch bietet diese Katastrophe die einmalige Chance, ein Umdenken in jenen Staaten zu erreichen, die sich noch der Kerntechnologie verschreiben und Kernkraftwerke für die Energiegewinnung betreiben.

Anlässlich der Sondersitzung des Nationalrates am 22. März 2011 wurde appelliert, einen nationalen Schulterchluss in der Antiatom-Frage zu realisieren und sich miteinander in Europa gegen die Kernenergie stark zu machen. Dabei sollen sich auch die Bundesländer aktiv einbringen und nicht nur verstärkt zusammenarbeiten, sondern auch eine Arbeitsteilung erreichen und dabei verstärkt gegen jene Reaktoren auftreten, die sich in angrenzenden Ländern befinden.

5.3.5 Zweiter Nationaler Energieeffizienzaktionsplan

Laut Endenergieeffizienz- und Energiedienstleistungsrichtlinie der EU haben die Mitgliedstaaten spätestens bis zum 30. Juni 2011 einen zweiten nationalen Energieeffizienzaktionsplan (NEEAP) vorzulegen. Der vorliegende Bericht umfasst alle diesbezüglich geforderten Inhalte und beschreibt ausgewählte Maßnahmen Österreichs zur Umsetzung der Endenergieeffizienz- und Energiedienstleistungsrichtlinie.

Der Endenergieverbrauch sowie die Energieintensität gemessen als Endenergieverbrauch je EinwohnerIn stiegen in Österreich seit 1995 tendenziell an. Ab dem Jahr 2005 ist jedoch eine Trendumkehr zu beobachten: seitdem sinken die oben genannten Kenngrößen.

Im ersten Nationalen Energieeffizienzaktionsplan (NEEAP) hat Österreich richtlinienkonform den Einsparrichtwert in Höhe von 80,4 PJ im Jahr 2016 bzw. 17,9 PJ im Jahr 2010 berechnet ((BMWFJ 2007). 4-11). Bis 2016 sollen demnach mindestens 80,4 PJ Endenergie durch Energieeffizienzmaßnahmen eingespart werden.

Im Rahmen der Österreichischen Energiestrategie wird das Ziel der Stabilisierung des Endenergieverbrauchs auf Basis des Verbrauchs im Jahr 2005 als unverzichtbare Grundlage zur Erreichung der von der Europäischen Union angestrebten Ziele für 2020 vorgeesehen.

Nur so können die von der EU für 2020 gesetzten Ziele für die Reduktion der Treibhausgase und die Erhöhung des Anteils an Erneuerbaren Energieträgern auf 34 % am Bruttoendenergieverbrauch für Österreich erreicht werden. Der Zielwert für den Endenergieverbrauch in Österreich im Jahr 2020 beträgt 1.100 PJ.

5.3.6 Neues Ökostromgesetz 2012

Mit der Vorlage Entwurf eines Bundesgesetzes über die Förderung der Elektrizitätserzeugung aus erneuerbare Energieträgern (Ökostromgesetz 2012) soll das bestehende Ökostromgesetz außer Kraft treten. Gleichzeitig wird in den Übergangsbestimmungen angeordnet, dass das derzeit geltende Ökostromgesetz für bestehende Anlagen weiter gelten

soll. Es werden daher in Hinkunft zwei Ökostromgesetze in Geltung sein, eines für Altanlagen, wobei einige Bestimmungen des Ökostromgesetzes 2012 auch diese Anlagen Geltung haben werden, und eines für Neuanlagen. Wesentliche Inhalte des Entwurfes (Ökostromgesetz 2012) betreffen

- Abbau des Förderungsrückstaus
- Erhöhung der jährlichen Förderungsmittel über Einspeisetarife und/oder Investitionszuschüsse
- Neugestaltung des Aufbringungsmechanismus der Mittel
- Absicherung bestehender Anlagen
- Herkunftsnachweise, Pflichten der Stromhändler
- Entsprechende Übergangsbestimmungen

Der Entwurf des Bundesgesetzes wird derzeit auf politischer Ebene diskutiert. Ein Ökostromgesetz 2012 kann unter Beschlussfassung mit 2/3-Mehrheit im Parlament Anfang 2012 in Kraft treten.

5.4 Tiroler Energiestrategie 2020

Die Handlungsgrundsätze der Tiroler Energiestrategie 2020 orientieren sich am Prinzip des nachhaltigen Wirtschaftens, welches gleichermaßen die ökonomische, ökologische und soziale Dimension umfasst. Alle Handlungsstrategien sind im Wesentlichen vielschichtige Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in allen Erzeugungs- und Verbrauchssektoren sowie ein verstärkter Ausbau aller heimischen Energieressourcen definiert.

In den nunmehr seit Beschlussfassung der Energiestrategie 2020 vergangenen 3 Jahren wurden im Rahmen der beschriebenen Handlungsfelder mehrere Schwerpunkte gesetzt, welche insgesamt mehrere Programme und Maßnahmen beinhalten:

- **Schwerpunkt 1: Energieeffizienz und erneuerbare Energien im Gebäudebereich.**
Umfassende Gesamtanierungen bei Altbauten in Verbindung mit dem Einsatz erneuerbarer Energieformen Sonne, Holz und Umweltwärme. Darüber hinaus wurden zukunftsfähige Baukonzepte (Passivhaus, Aktivhaus etc.) vorangetrieben (z. B.: Installation eines Lehrstuhles nachhaltiges Bauen Prof. Feist, Prof. Streicher, Prof. Flach). Damit entwickelte sich Tirol zum Mekka des zukunftsfähigen Bauens. Die vor kurzem in Innsbruck stattgefundene internationale Passivhaustagung mit rund 1.200 Teilnehmern aus über 50 Nationen mag dafür ein leuchtendes Beispiel sein.

- **Schwerpunkt 2: Vorbereitungen zum verstärkten Ausbau heimischer erneuerbarer Energien.**

Projektentwicklung und Förderung nicht an Gebäude gebundene Produktion von Strom und Wärme aus Wasserkraft, Biomasse, Biogas, Abfallstoffe. Darüberhinaus wurden notwendige Grundlagenarbeiten vorangetrieben (Solarkartierung, Biomasseversorgungs-konzept, Wasserkraftpotenzialstudie, Bearbeitung eines Kriterienkataloges, Abwärmekataster, Grundwasserschichtenkartierung etc.).

- **Schwerpunkt 3: Verbesserung der Netzwerke für Information Technologietransfer, Beratung und Ausbildung.**

Kompetente Fachleute und vernetzte Akteure der Energiepolitik vermitteln dabei Information, Beratung und Ausbildung und führen dabei zur Umsetzung zukunftsfähiger Lösungen.

Eine erste Bestandsanalyse der energiepolitischen Entwicklung findet sich im Dezember 2009 vorgelegten „Tiroler Energiebericht 2009“. Dieser Bericht informiert im Detail über Stand und die vielfältigen und umfassenden energiepolitischen Maßnahmen in Tirol und liefert damit eine wertvolle Zwischenbilanz. Er ist Bestandteil eines vom Landesenergiebeauftragten initiierten gerade im Aufbau befindlichen „Energie-Monitoring Tirol“, welches die Beschreibung und Bewertung des Tiroler Energiesystems insgesamt ermöglicht. Es ist selbstverständlich, dass dieses Energie-Monitoring Tirol ein dynamisch aufgesetztes strategisches Werkzeug darstellt, welches neben der ständigen Anpassung der energie- und umweltpolitischen Rahmenbedingungen auch längerfristige und deutlich über 2020 hinausgehende Szenarien beinhaltet.

Vorgesehen ist, einen ersten „Energie-Monitoring-Bericht“ mit Herbst 2011 auf der Grundlage des Tiroler Energieberichtes 2009 zu veröffentlichen; dieser „Energie-Monitoring-Bericht“ wird dann eine umfassende Zustandsbeschreibung des Energiesystems sowie eine Evaluierung der eingeleiteten Maßnahmen und Programme erlauben. Eine entsprechende Evaluierung wird dazu beispielsweise für folgende energiepolitische Vorgänge enthalten sein.:

- „Sonnenstrom für Tirol“ (Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Ernst vom 28.01.2010)
- „Konkrete Zielsetzungen Stromproduktion in Tirol bis 2025“ (Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Scheiber vom 24.06.2010)
- „Vereinbarung gemäß 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen“ (Antrag vom 30.10.2008)
- „Revitalisierung von Kleinwasserkraftanlagen“ (Antrag vom 30.03.2009, Entschlie-ßung vom 06.05.2009)
- „Energie-Monitoring Tirol“ (Regierungsbeschluss vom 09.07.2009)
- „Förderung von Pelletkaminöfen“ (Regierungsbeschluss vom 15.09.2009)“
- „Erstellung eines Tiroler Abwärmekatasters (Regierungsbeschluss vom 28.09.2009)“

- „Förderung für Elektrofahrzeuge und Strategieplan Elektromobilität“ (Entschießung vom 01.10.2009)
- „Kriterienkatalog für Wasserkraftkonzept Tirol“ & „Wasserkraft-Potenzialstudie Tirol“ (Regierungsbeschluss 2009)
- „Energie-Effizienzprogramm der Energie Tirol von 2010-2012“ (Regierungsbeschluss vom 24.11.2010)
- „Energieeffizienzmonitoring in Tirol“ (Regierungsbeschluss vom 22.02.2011)
- „Ausbau der heimischen Wasserkraft“ (Regierungsbeschluss vom 10.03.2011)
- „Photovoltaik-Förderaktion 2011 des Landes Tirol“ (Regierungsbeschluss vom 22.03.2011)